

# Aus Politik und Zeitgeschichte

Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament

Gert-Joachim Glaeßner

Vom „realen Sozialismus“ zur Selbstbestimmung  
Ursachen und Konsequenzen der Systemkrise in der DDR

Hubertus Knabe

Politische Opposition in der DDR  
Ursprünge, Programmatik, Perspektiven

Doris Cornelsen

DDR-Wirtschaft: Ende oder Wende?

Volker Ronge

Die soziale Integration von DDR-Übersiedlern  
in der Bundesrepublik Deutschland

B 1-2/90  
5. Januar 1990

Gert-Joachim Glaeßner, Dr. rer. pol. geb. 1944; Professor für Politische Wissenschaft an der Freien Universität Berlin.

Veröffentlichungen u. a.: (Hrsg.) Die Bundesrepublik in den 70er Jahren. Versuch einer Bilanz, Opladen 1984; Auszug aus der Gesellschaft? Gemeinschaften zwischen Utopie, Reform und Reaktion, Berlin 1986; (Hrsg.) Die DDR in der Ära Honecker. Politik — Kultur — Gesellschaft, Opladen 1988; Die andere deutsche Republik. Gesellschaft und Politik in der DDR, Opladen 1989.

Hubertus Knabe, geb. 1959; Studium der Geschichte und Germanistik; 1985—1987 Forschungsaufenthalt in Ungarn; Studienleiter an der Evangelischen Akademie Berlin (West).

Veröffentlichungen u. a.: Klaus Ehring (Pseudonym)/Martin Dallwitz, Schwerter zu Pflugscharen. Friedensbewegung in der DDR, Reinbek 1982; Gesellschaftlicher Dissens im Wandel. Ökologische Diskussionen und Umweltengagement in der DDR, in: Redaktion Deutschland Archiv (Hrsg.), Umweltprobleme und Umweltbewußtsein in der DDR, Köln 1985; Neue Soziale Bewegungen im Sozialismus. Zur Genesis alternativer politischer Orientierungen in der DDR, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, (1988) 3; (Hrsg.) Aufbruch in eine andere DDR. Reformen und Oppositionelle zur Zukunft ihres Landes, Reinbek 1989.

Doris Cornelsen, Dr. rer. pol., Dipl.-Volkswirt, geb. 1933; Leiterin der Abteilung DDR und östliche Industrieländer im Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (Berlin); Arbeitsgebiete: Wirtschaftssystem und Wirtschaftsentwicklung der DDR.

Zahlreiche Veröffentlichungen zur DDR-Wirtschaft, vor allem in den Publikationen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung.

Volker Ronge, Dr. rer. pol., geb. 1943; Dipl.-Politologe; seit 1982 Professor für Allgemeine Soziologie an der Bergischen Universität Wuppertal.

Veröffentlichungen u. a.: Von drüben nach hüben. DDR-Bürger im Westen, Wuppertal 1985<sup>2</sup>; (Hrsg.) Berufliche Integration ausländischer Flüchtlinge, Wuppertal 1986; (Hrsg.) Der institutionelle Kontext der Sozialarbeit mit Flüchtlingen, Wuppertal 1989.



ISSN 0479-611 X

Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, Berliner Freiheit 7, 5300 Bonn 1.

Redaktion: Rüdiger Thomas (verantwortlich), Dr. Ludwig Watzal, Dr. Klaus W. Wippermann, Dr. Heinz Ulrich Brinkmann.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleischstraße 62—65, 5500 Trier, Tel. 06 51/46 04 186, nimmt entgegen

- Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preis von DM 14,40 vierteljährlich, Jahresvorzugspreis DM 52,80 einschließlich Mehrwertsteuer; Kündigung drei Wochen vor Ablauf des Berechnungszeitraumes;
- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von DM 6,50 zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer;
- Bestellungen von gebundenen Bänden der Jahrgänge 1985, 1987 und 1988 zum Preis von DM 25,— pro Jahrgang (einschl. Mehrwertsteuer) zuzügl. Versandkosten.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Für Unterrichtszwecke können Kopien in Klassensatzstärke hergestellt werden.

# Vom „realen Sozialismus“ zur Selbstbestimmung

## Ursachen und Konsequenzen der Systemkrise in der DDR

### I. Emanzipation der Gesellschaft vom Staat

Als nach stundenlangen Verhandlungen am „runden Tisch“ die Vertreter von 14 Parteien und Gruppierungen sich am Abend des 7. Dezember 1989 darauf verständigten, Wahlen für den 6. Mai 1990 vorzuschlagen und die Ausarbeitung einer neuen Verfassung zu beginnen, die nach den Volkskammerwahlen in einem Referendum der Bevölkerung zur Abstimmung vorgelegt werden soll, war für jedermann erkennbar, daß sich die Herrschaft der SED ihrem Ende zuneigt. Sie hatte die neu entstandenen Gruppierungen und Parteien als gleichberechtigte Partner bei der Suche nach einem Ausweg aus der Existenzkrise der DDR akzeptieren müssen.

Die von der Gesellschaft erzwungene, von der SED lange Zeit nicht zugelassene offene Diskussion über die Zukunft des politischen Systems ist die Folge einer generellen Krise des poststalinistischen Sozialismus. Die notwendige Modernisierung in allen Bereichen der Gesellschaft ließ sich mit den seit Jahrzehnten praktizierten Mitteln administrativer Veränderungen, technokratischer Politikkonzepte und bürokratischer Reformen nicht realisieren. Ökonomische Krisenerscheinungen, katastrophale ökologische Zustände und ein wachsendes kritisches Selbstbewußtsein der Bürger zwangen zu einem Überdenken bisheriger Politikvorstellungen.

Die Komplexität der neuen Problemkonstellation besteht darin, daß sich in der DDR seit den sechziger Jahren soziale, kulturelle und politische Veränderungen vollzogen haben, die alle Politikebenen tangieren. Weder die bestehenden normativen Regelungen noch das existierende Institutionensystem oder die tradierten Politikmuster sind in der Lage, die neuen Problemlagen zu verarbeiten.

Entgegen dem Willen der SED hat die Gesellschaft seit dem Beginn der sechziger Jahre eine gewisse Eigenständigkeit gewonnen. Sie hat sich von der Partei emanzipiert. Die ursprüngliche Erwartung, daß sich die Arbeits- und Lebensbedingungen immer mehr vereinheitlichen sowie die Normen und Werte des Sozialismus von immer mehr Menschen akzeptiert und bewußt gelebt würden, sich also eine neue, „sozialistische Lebensweise“ herausbilden werde, hat sich nicht erfüllt. Vielmehr hat auch die DDR — wie jeder moderne Industriestaat — einen

Prozeß sozialen Wandels durchgemacht, der zur Herausbildung neuer sozialer Gruppen (z. B. der Intelligenz) mit differenzierten Normen und Wertehaltungen geführt hat.

Aufgrund der leicht zugänglichen Informationen aus den Massenmedien der Bundesrepublik ist in der DDR seit langem ein deutlicher Einfluß westlicher Werte und sich verändernder individueller und gesellschaftlicher Normen zu beobachten. Dieser Prozeß schlug sich seit den siebziger Jahren u. a. im Entstehen „alternativer“ Gruppen und Zirkel nieder, die in den letzten Jahren unter dem Dach der evangelischen Kirche viel zur Veränderung des Bewußtseins in der DDR-Gesellschaft beigetragen haben. Er ist jetzt in den Aufbruch einer ganzen Gesellschaft gemündet.

Es wird eine der interessantesten Aufgaben für künftige Historiker sein, die Frage zu klären, wann und warum die politische und gesellschaftliche Entwicklung in der DDR im Laufe der achtziger Jahre in die falsche Richtung gelenkt wurde, warum die SED-Führung unter Erich Honecker den Weg moderater Anpassung des Systems an sich verändernde innergesellschaftliche und äußere Bedingungen verließ, alle Versuche einer Modernisierung des Systems blockierte und dieses zunehmend in Korruption und Mißwirtschaft verstrickt wurde.

Es war wohl in erster Linie die Unfähigkeit, die Zeichen der Zeit zu erkennen, zu begreifen, daß das Gesellschaftsmodell des „realen Sozialismus“, dieses Derivat stalinistischer Herrschaft, an sein Ende gekommen war. Und es war das Unvermögen, von ideologischen Beschwörungsformeln wie: „Alles mit dem Volk, alles durch das Volk, alles für das Volk!“ Abschied zu nehmen, die einen vorurteilslosen Blick auf die eigene Gesellschaft versperrten. Aus der Sicht der Parteiführung der SED bot der DDR-Sozialismus „mit seinem humanistischen Anliegen Raum für die Entfaltung jeder Persönlichkeit“. Jeder sei angesprochen, „an unserem gemeinsamen Vorhaben zum Wohle des Volkes schöpferisch mitzuarbeiten“<sup>1)</sup>.

<sup>1)</sup> Erich Honecker, Durch das Volk und für das Volk wurde Großes vollbracht, in: Neues Deutschland vom 9. Oktober 1989, S. 4.

Diese Formulierungen, die angesichts der gegenwärtigen Entwicklung geradezu gespenstisch wirken, zeigen, daß die SED ein Politikverständnis propagierte, das in die Zeit des Stalinismus zurückgeht und sich von dem westlicher Demokratien fundamental unterscheidet<sup>2</sup>). Sie vertrat einen Totali-

tätsanspruch, den sie in den letzten Jahren zwar modifizieren und de facto in vielen Lebensbereichen aufgeben mußte (so duldeten sie z. B. in Grenzen die Tätigkeit informeller Gruppen), an dem sie aber prinzipiell festhielt und ihn in konkreten Situationen auch einforderte.

## II. Die programmierte Krise

Die gesellschaftliche und politische Entwicklung in den sozialistischen Ländern hat in den letzten Jahren eine ungeahnte Dynamik entfaltet. Die politischen und sozialen Strukturen entwickelten sich immer weiter auseinander. Der Sozialismus sowjetischen Typs, der diesen Ländern nach dem Krieg aufgezwungen worden war, ist in eine tiefe Krise geraten. 40 Jahre nach ihrer Gründung ist die DDR, bis zum Oktober 1989 – neben Rumänien – der Hort des politischen Konservatismus und des Spät-Stalinismus, in diese Systemkrise hineingezogen worden.

Wenn man die Unbeweglichkeit der Honecker-Führung und ihr Beharren auf überkommenen Positionen mit der Entwicklung vergleicht, die sich in anderen sozialistischen Ländern seit einigen Jahren vollzogen hatte, ist der in der Sowjetunion für die Breschnew-Ära verwendete Begriff „Stagnation“ für die achtziger Jahre in der DDR angebracht.

Interessant ist, daß die Parteiführung der SED über viele Jahre eine kontinuierliche Politik betrieben hat – dafür wurde sie lange Zeit vom Westen gelobt. Kontinuität aber geriet zum Konservatismus, als die Welt um die DDR herum in Bewegung geriet. Statt eine notwendige Reform und Modernisierung des politischen und ökonomischen Systems in Angriff zu nehmen, verschanzte sich die Partei- und Staatsführung hinter den Mauern ihrer abgeschirmten Wohngebiete und ideologischen Vorstellungen. Nepotismus wurde zum beherrschenden Prinzip der politischen und gesellschaftlichen Ordnung in der DDR. Die letzten Jahre waren durch Erstarrung und wachsende Resignation gekennzeichnet. Noch im Sommer 1989 hat niemand ahnen können, daß die Massenflucht von DDR-Bürgern über Ungarn zum Katalysator einer einzigartigen, friedlichen Volksrevolution werden würde.

Die Stagnation der letzten Jahre könnte den Blick dafür versperren, daß es in der DDR durchaus signifikante Veränderungen und Reformversuche gegeben hat. So richtig die Kennzeichnung des politischen Systems als poststalinistisch ist – die Grundstrukturen und ideologischen Grundpositio-

nen haben alle Entstalinisierungsbemühungen überlebt –, so problematisch wäre es, die vielfältigen Veränderungen außer acht zu lassen, die die DDR seit dem XX. Parteitag der KPdSU 1956 durchlaufen hat.

Es hat mehrere Versuche gegeben, die Binnenstrukturen des politischen und ökonomischen Systems zu verändern. Diese Veränderungen zielten aber stets nur auf den ökonomischen Planungs- und Lenkungsmechanismus. Sie bezogen das Verhältnis des Parteistaates zu seinen Bürgern, zu gesellschaftlichen Interessengruppen und zur Gesellschaft insgesamt nicht ein. Zudem waren sie, wie ein Blick auf die verschiedenen Phasen der Wirtschaftsreform zeigt, stets halbherzig und von kurzer Dauer.

Auf der 10. Tagung des ZK der SED vom 8. bis 10. November 1989 gestand Egon Krenz ein, daß die „heute in aller Öffentlichkeit behandelten Probleme und Fragestellungen . . . nicht über Nacht und auch nicht erst im letzten Sommer entstanden“ seien. Die SED sei von falschen ökonomischen Annahmen ausgegangen, einer Fehleinschätzung der internationalen Situation unterlegen und habe sich von Wunschdenken leiten lassen<sup>3</sup>).

Die SED-offiziellen Äußerungen über die Gründe der schwersten politischen Krise seit dem 17. Juni 1953 blieben aber bis Anfang Dezember an der Oberfläche, da sie die strukturellen Ursachen nicht oder nur ungenügend benannten. Erst nachdem die SED-Parteiführung unter Egon Krenz am 3. Dezember 1989 das Feld geräumt hatte, begann eine offene Diskussion über den „strukturellen Stalinismus“, der alle Reformversuche überlebt hatte, die zwar das Planungs- und Lenkungssystem modifizierten, die politisch-gesellschaftlichen Grundstrukturen aber unangetastet ließen. So verwundert es nicht, daß seit der ersten Debatte über die Notwendigkeit tiefgreifender Reformen des ökonomischen Mechanismus 1956/57 noch immer die gleichen Fragen auf der Tagesordnung stehen: Dezentralisierung, Demonopolisierung, Rolle des Marktes, Preisreform, Liberalisierung des Außenhandels und vor allem die Unabhängigkeit der

<sup>2</sup>) Vgl. hierzu Gert-Joachim Glaebner, Die andere deutsche Republik. Gesellschaft und Politik in der DDR, Opladen 1989; ders. (Hrsg.) Die DDR in der Ära Honecker. Politik – Kultur – Gesellschaft, Opladen 1988.

<sup>3</sup>) Egon Krenz, In der DDR – gesellschaftlicher Aufbruch zu einem erneuerten Sozialismus, in: Neues Deutschland vom 9. November 1989, S. 3.

Wirtschaftsunternehmen von der Partei- und Staatsadministration.

Seit Beginn der sechziger Jahre hat es in der DDR mehrere Versuche gegeben, durch Reformen die Fesseln des alten stalinistischen Systems abzustreifen und die ideologische und politische Eigenständigkeit des zweiten deutschen Staates zu betonen. Das 1963 in der DDR eingeführte „Neue ökonomische System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft“ (NÖSPL) war als eine Art Pilotprojekt auch für andere sozialistische Länder in Gang gesetzt worden. Der terminologische Bezug zur „Neuen ökonomischen Politik“ (NEP) Lenins war nicht zufällig. Dieses Experiment mußte dann nach dem Sturz Chruschtschows 1964 modifiziert und 1968/69 abgebrochen werden. Die von der Sowjetunion gewährten Spielräume für Reformen waren sehr eng geworden. Unter anderen politischen Rahmenbedingungen hätte das NÖSPL durchaus zum Vorbild einer, wenngleich technokratisch orientierten, Systemreform in den sozialistischen Ländern werden können.

Mitte der sechziger Jahre formulierte die Parteiführung unter Walter Ulbricht eigenständige, von der sowjetischen Position unabhängige Vorstellungen auf verschiedenen Gebieten der Politik. Sie verabschiedete sich von der Erwartung, daß die kommunistische Gesellschaft in absehbarer Zukunft erreicht werden könne. Das Konzept einer „sozialistischen Menschengemeinschaft“, einer konfliktfreien sozialistischen Gesellschaft, trat an die Stelle utopischer Zukunftserwartungen, verkleisterte zugleich aber die realen gesellschaftlichen Konflikte. Die SED versuchte, mit Hilfe neuer wissenschaftlicher Methoden, die aus der Systemtheorie und Kybernetik entnommen waren, den Aufbau des „entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus“ zu bewerkstelligen. Schließlich nahm sie eine eigenständige Haltung in der Frage der Ost-West-Beziehungen und des deutsch-deutschen Verhältnisses ein. Sie konnte diese Position jedoch nicht lange durchhalten.

Der endgültige Abbruch aller Reformexperimente in der Sowjetunion 1968/69 ging einher mit einer Rezentralisierung des Planungs- und Lenkungsmechanismus. Die tschechoslowakische Krise 1968 beendete alle Bestrebungen, Strukturreformen einzuleiten und brachte für zwei Jahrzehnte eine Rückkehr zum alten, politisch kontrollierten und determinierten Zentralismus<sup>4)</sup>.

Die Ablösung Walter Ulbrichts und die Übernahme des Parteivorsitzes durch Erich Honecker im Mai 1971 beendete eine Etappe der DDR-Politik. Dieser Wechsel öffnete nicht nur den Weg zu einer

realistischeren Westpolitik der SED, er war auch die Voraussetzung für eine Wende in der Wirtschafts- und Sozialpolitik, die ebenfalls erkennbar eigenständige Züge trug. Der SED gelang es in der ersten Hälfte der siebziger Jahre, neue Akzente in der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik zu setzen und mit Hilfe einer paternalistischen Sozialpolitik ihr Ansehen in der Bevölkerung zu erhöhen. Die Weltwirtschaftskrise Mitte der siebziger Jahre machte die weitreichenden Pläne einer „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“ zunichte.

Es gerät heute häufig aus dem Blick, daß die SED-Führung in den Jahren der Breschnew-Ära einen eigenen Kurs eingeschlagen hatte: Das Programm der „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“ vermochte über Jahre, die Legitimationsbasis der SED in der DDR-Gesellschaft zu festigen und schuf Spielraum für eine relativ selbständige Außen- und Sicherheitspolitik. In der Zeit des neuen kalten Krieges Anfang der achtziger Jahre blieben die deutsch-deutschen Beziehungen unter der proklamierten Zielsetzung einer „Schadensbegrenzung“ von den weltpolitischen Turbulenzen relativ unbeeinflusst.

Ohne Verständnis und ohne erkennbare politische Konzeption stand die SED-Führung den vielfältigen neuen sozialen Erscheinungen gegenüber: dem Wertewandel, vor allem in Teilen der jungen Generation, dem Aufkommen neuer „issues“ wie Umwelt, Frieden, individuelle Selbstbestimmung usw. Ein Reformbedarf war hier seit längerem unübersehbar. Allen Behinderungen zum Trotz bildeten sich in den letzten Jahren viele der heute aktiven informellen Gruppen und Vereinigungen. In den Ulbricht-Jahren wären solche Versuche im Keim erstickt worden und die Repräsentanten solcher „feindlichen Bestrebungen gegen den Sozialismus“ hätten sich in den Gefängnissen von Brandenburg oder Bautzen wiedergefunden.

Innerhalb weniger Jahre verspielte die SED-Führung den Kredit, den sie sich in den siebziger und frühen achtziger Jahren mühsam erworben hatte. Was noch fünf Jahre zuvor als liberale Haltung gegolten hätte, erschien angesichts der dynamischen Veränderungsprozesse in der Sowjetunion und anderen sozialistischen Ländern als Festhalten an überholten Vorstellungen und als fortdauernde politische Repression. Je mehr die Veränderungen in der Sowjetunion, Polen und Ungarn vorangingen, um so unsicherer wurde die überalterte Führung der SED. Sie spann sich in ein Netz von Selbsttäuschungen ein und sah jeden Versuch zur Veränderung als „Anschlag des Klassegegners“ an. Die massenhafte Abwanderung, vor allem junger DDR-Bürger, wurde – wie vor dem 13. August 1961 – dem negativen Einfluß, Abwerbungskampagnen und der „Frontberichterstattung“ der Westmedien zugeschrieben, die die „organisatorischen

<sup>4)</sup> Vgl. Andrzej Korbonski, *The Politics of Economic Reforms in Eastern Europe: The Last Thirty Years*, in: *Soviet Studies*, XLI (1989) 1, S. 11.

Regieanweisungen“ gäben, um „Bürger der DDR zum Verlassen ihrer Heimat anzustiften“<sup>5)</sup>. Die absurdeste Geschichte druckte das „Neue Deutschland“, das von einem Koch berichtete, der angeblich mit einer Mentholzigarette betäubt wurde und in Österreich wieder aufwachte<sup>6)</sup>. Denen, die die DDR verließen, müsse man keine Träne nachweinen. Presse und Fernsehen berichteten – wie 1953 – von „durch Provokateure von langer Hand vorbereitete“ Aktionen, die nicht zufällig am 40. Jahrestag der DDR kulminierten.

Berichterstatte des Neuen Deutschland stellten noch am 10. Oktober 1989 – einen Tag, nachdem in Leipzig ein Bürgerkrieg knapp verhindert worden war – einen unmittelbaren Bezug zwischen der Berichterstattung westlicher Medien und „antisozialistischen Ausschreitungen“ her: „Die Provokation war von langer Hand vorbereitet. Westberliner Rundfunk- und Fernsehstationen haben sich dabei hervor getan. Auch schickte man Hetzballons mit Flugblättern wie in Hochtagen des kalten Krieges.“ Von einer „aufgeputschten Meute“ war die Rede, die Polizeibeamte mit dem Nazigruß empfangen hätte. Die Gethsemane-Kirche wurde als Ort ausgemacht, von dem die Übergriffe ausgegangen seien<sup>7)</sup>. In allen Bezirkszeitungen der SED kamen „empörte Bürger“ zu Wort, die „einhellig“ die „gewissenlosen Provokationen“ verurteilten. Jegliche Übergriffe der „Ordnungskräfte“ wurden geleugnet, wahr sei vielmehr, „daß Randalierer, aufge-

putschte Störer und kriminelle Elemente staatsfeindliche Parolen riefen und die im Ordnungseinsatz befindlichen Volkspolizisten tätlich angriffen“<sup>8)</sup>. Später wurde im Berliner Untersuchungsausschuß deutlich, daß die Gewaltanwendung durch die Sicherheitsorgane politischen Vorgaben folgte. Erich Mielke hatte am Ort des Geschehens in Ost-Berlin erklärt: „Haut sie doch zusammen, die Schweine!“<sup>9)</sup>

Am 11. Oktober 1989 verabschiedete das Politbüro der SED eine Erklärung, in der erstmals Zeichen der Einsicht in die tatsächliche Lage zu erkennen waren. Den Bürgern wurde ein sachlicher und vertrauensvoller Dialog angeboten, die Abwanderung vieler DDR-Bürger wurde bedauert: „Die Ursachen für ihren Schritt mögen vielfältig sein. Wir müssen und werden sie auch bei uns suchen, jeder an seinem Platz, wir alle gemeinsam.“ Zwar ist auch hier noch von Abwerbung und Erpressung die Rede, aber der Ton hat sich deutlich geändert. Gemeinsamkeit wird beschworen, „demokratisches Miteinander“ angeboten und „engagierte Mitarbeit“ eingefordert. Zugleich aber wird deutlich gemacht, daß sich an den Strukturen von Staat und Gesellschaft nichts ändern werde: Die DDR verfüge über „alle erforderlichen Formen und Foren der sozialistischen Demokratie“. Es komme nur darauf an, diese „noch umfassender“ zu nutzen<sup>10)</sup>.

### III. Das Ende der Honecker-Ära

In einem Spiegel-Essay denkt der DDR-Schriftsteller Rolf Schneider darüber nach, was geschehen wäre, wenn Erich Honecker und mit ihm der Rest der alten Garde nach seinem erfolgreichen Besuch in Bonn im September 1987 ihren Rücktritt erklärt hätten, und all das eingeleitet worden wäre, was die Bürger der DDR im Herbst 1989 der politischen Führung abgetrotzt haben. Schneider bemerkt resi-

gnierend, daß genau dies nicht vorstellbar sei, weil die gesellschaftlichen und politischen Strukturen des „realen Sozialismus“ keine grundlegende Reform aus eigener Kraft ermöglichen. „Der reale Sozialismus nach der Oktoberrevolution in Rußland und nach dem militärischen Zusammenbruch im östlichen Deutschland erbrachte die blutige Unterdrückung und die parasitäre Herrschaft der Nomenklatura. Statt Gerechtigkeit gab es Korruption, statt kultureller Vielfalt Zensur, statt freier Persönlichkeitsentwicklung Opportunismus, statt wirtschaftlichen Fortschritts Verelendung. Die Deformationen beschädigten alles, auch die Deformatoren.“<sup>11)</sup>

In seiner Rede vom 6. Oktober 1989 zum 40. Jahrestag der DDR hatte Erich Honecker ein wahrhaft idyllisches Bild der Situation in der DDR gemalt. Statt einer gemäßigt kritischen Einschätzung, die ihm dem Vernehmen nach vorgelegt worden war, trug er einen Text vor, der jeden Wirklichkeitsbezug vermissen ließ und sich in platte Losungen wie

<sup>5)</sup> Kampagne gegen die DDR im Stile des kalten Krieges, in: Neues Deutschland vom 25. August 1989, S. 2.

<sup>6)</sup> Ich habe erlebt, wie BRD-Bürger ‚gemacht‘ werden, in: Neues Deutschland vom 21. September 1989, S. 1 und S. 3; ein halbherziges Dementi erfolgte im Neuen Deutschland vom 3. November 1989 (In eigener Sache).

<sup>7)</sup> Bürger der DDR: Wir wollen unser sozialistisches Land zum Wohle der Menschen weiter ausgestalten und alles für den Frieden tun, in: Neues Deutschland vom 10. Oktober 1989, S. 3.

<sup>8)</sup> Mitteilung der Presseabteilung des Ministeriums des Innern, in: Neues Deutschland vom 11. Oktober 1989, S. 2.

<sup>9)</sup> Erich Mielke hat Hauptverantwortung für die Oktoberüberfälle in Berlin. Erschütternder Augenzeugenbericht eines Bereitschaftspolizisten wurde vorgelesen, in: Neues Deutschland vom 7. Dezember 1989, S. 8.

<sup>10)</sup> Erklärung des Politbüros des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, in: Neues Deutschland vom 12. Oktober 1989, S. 1.

<sup>11)</sup> Rolf Schneider, Die Einheit wird kommen, in: Der Spiegel, Nr. 48 vom 27. November 1989, S. 44.

„Vorwärts immer, rückwärts nimmer!“ flüchtete, die vom Auditorium mit stürmischem Beifall beklatscht wurden. Die DDR überschreite die Schwelle zum Jahr 2000 mit der Gewißheit, daß dem Sozialismus die Zukunft gehöre, auch wenn „einflußreiche Kräfte der BRD“ die Chance witterten, „die Ergebnisse des zweiten Weltkrieges und der Nachkriegsentwicklung durch einen Coup zu beseitigen“. Statt eines Hinweises auf die realen Probleme des Landes war von einer „Politik der Kontinuität und Erneuerung“ die Rede, die sichere, daß auch künftig der „Sozialismus in den Farben der DDR“ leuchten werde. Während Tausende die DDR verließen oder auf den Straßen demonstrierten, sprach Honecker von dem „vertrauensvollen Gespräch in Stadt und Land“, das in Vorbereitung des XII. Parteitag, der für Mai 1990 einberufen war, im Gange sei<sup>12)</sup>. In der Scheinwelt einer politischen Führung, die ihr eigenes Lebenswerk von außen bedroht sah, blieben Volk und Partei nur noch in realitätsblinder Festtagrhetorik im gemeinsamen Bemühen vereint.

Bis zum November 1989 hat die SED an ihrer Führungsrolle in Staat und Gesellschaft gegen alle Versuche einer Systemreform festgehalten. Ihre Unfähigkeit, rechtzeitig eine Reform des politischen und ökonomischen Systems einzuleiten, hat die DDR an den Rand eines Bürgerkrieges gebracht. Nur ein Zusammentreffen glücklicher Umstände hat bewirkt, daß die friedliche Revolution am 9. Oktober in Leipzig im Gegensatz zu den blutigen Ereignissen des 4. Juni 1989 in Peking möglich geworden ist<sup>13)</sup>. Am 4. November 1989 versammelten sich in Ost-Berlin Hunderttausende Menschen und beklebten die öffentlichen Gebäude mit Tapeten, auf denen die Forderung nach einem Umbau des „Hauses DDR“ erhoben wurde. Der SED, als dem Baumeister dieser Gesellschaft und dieses Staates blieb nur, diesen Forderungen Rechnung zu tragen. Sie versprach tiefgreifende Reformen.

Nach einer anfänglichen „Reformeuphorie“ zeigte sich sehr bald, daß die Resistenz des poststalinistischen Herrschaftssystems gegenüber weitreichenden Veränderungen nicht unterschätzt werden durfte. Es waren nicht allein die alten Männer im Politbüro, oder — wie die spätere Legende es darstellt — einige wenige Führungspersonen, sondern viele Tausende, die im Partei- und Staatsapparat, in der Wirtschaft, im kulturellen Leben, in der Wissenschaft daran mitgearbeitet haben, daß das offizielle Bild der DDR mit der Realität immer weniger übereinstimmte.

In der apologetischen Sicht führender Gesellschaftswissenschaftler in der DDR war der Sozialis-

mus vor dem Oktober 1989 eine effektive und zukunftsorientierte „Leistungsgesellschaft“<sup>14)</sup>, ein System, das „Leistung, Fortschritt und Gerechtigkeit“<sup>15)</sup> miteinander verbindet. Die Wirtschaft sei stabil und gesund, „vielfältige Reformprozesse“ im Gange, der „Reifeprozess des Volkseigentums“ widerlege die Behauptung, daß ihm die inneren Triebkräfte verlorengegangen seien<sup>16)</sup>. Die DDR wurde als ein „sozialistischer Rechtsstaat“ beschrieben<sup>17)</sup>, in dem die Masse der Bürger das Recht und die Rechtsanwendung als gerecht empfinde<sup>18)</sup>. Die Arbeiterklasse verwirkliche ihre historische Mission in einer „erbitterten ideologischen Auseinandersetzung“ mit dem Kapitalismus<sup>19)</sup>. Jedes Reden über eine Krise in der DDR offenbare nur die Krise in den Köpfen derer, die darüber schrieben<sup>20)</sup>.

Daß sich in solchen Äußerungen in Wahrheit eine Krise der Sozialwissenschaften und sozialwissenschaftlicher Politikberatung sowie eine Deformation des politischen Denkens zeigte, die die ökonomische, politische und soziale Situation der DDR verzeichnet hatte, macht ein Artikel des Direktors des Zentralinstituts für Jugendforschung in Leipzig, Walter Friedrich, deutlich: „Die Ereignisse der letzten Zeit, besonders die Zuspitzung der gesellschaftlichen Krise sowie die vom Volk erzwungene revolutionäre Umgestaltung, werfen auch Fragen nach dem Zustand, Einfluß, Mitverantwortung und damit nach einer schnellen Neuorientierung unserer Gesellschaftswissenschaften auf. Diese Fragen sind nicht neu, sie wurden seit langem von vielen Wissenschaftlern und Kollektiven reflektiert, diskutiert und zu beantworten versucht. Aber erst in diesen Tagen können (dürfen!) sie in der Öffentlichkeit mit jener Entschiedenheit, Ehrlichkeit, Radikalität debattiert werden, die der Wissenschaft eigen ist.“<sup>21)</sup>

Mit der Wirklichkeit hatten die publizierten Ergebnisse der Wissenschaft ebensowenig zu tun, wie das Bild, das in der Presse vom Zustand des Landes gezeichnet wurde. Zu diesem Eingeständnis sah

<sup>14)</sup> Otto Reinhold, Der Sozialismus als Leistungsgesellschaft, in: Neues Deutschland vom 8. August 1989, S. 3.

<sup>15)</sup> Harry Nick, Leistung, Fortschritt und Gerechtigkeit, in: Neues Deutschland vom 9. August 1989, S. 3.

<sup>16)</sup> Gerhard Schulz, Sozialistisches Eigentum — eine Grundfrage der Gesellschaftskonzeption der SED in: Neues Deutschland vom 1. September 1989, S. 3.

<sup>17)</sup> Harald Wessel/Peter Przybylski, Der sozialistische Rechtsstaat DDR — seine Fortschritte und seine Kritiker, in: Neues Deutschland vom 14. August 1989, S. 3.

<sup>18)</sup> Klaus Heuer, Warum sich jeder einzelne mit unserem Recht identifizieren kann, in: Neues Deutschland vom 5./6. November 1988, S. 10.

<sup>19)</sup> Kurt Tiedke, Die neue Epoche auf deutschem Boden, in: Neues Deutschland vom 30. August 1989, S. 3.

<sup>20)</sup> Die Krise der Ute Reinhart und die Wirklichkeit der DDR, in: Neues Deutschland vom 3. August 1989, S. 3f.

<sup>21)</sup> Walter Friedrich, Nicht Diener wollen wir sein, sondern Partner der Politik, in: Neues Deutschland vom 18./19. November 1989, S. 10.

<sup>12)</sup> E. Honecker (Anm. 1), S. 3.

<sup>13)</sup> Vgl. dazu die Recherchen in: Der Spiegel, Nr. 48 vom 27. November 1989, S. 19 ff.; Die Tageszeitung vom 24. November 1989, S. 5.

sich schließlich auch Egon Krenz bei seinem Plädoyer für einen „erneuerten Sozialismus“ gezwungen: „Anstatt Lösungen von Problemen zu beraten, wurden allgemeine Lösungen in Umlauf gebracht und stereotyp wiederholt, um in Ordnung zu bringen, was noch nicht in Ordnung ist . . . Anstatt unsere Genossen und alle Bürger ins Vertrauen zu

ziehen und sie so für eine engagierte Mitarbeit zur Lösung zu gewinnen, wurde versucht, ihnen ein DDR-Bild zu suggerieren, das immer weniger den Alltagserfahrungen der Menschen entsprach. Konflikte wurden verdrängt und notwendige Antworten oft durch Administration und Gängelei ersetzt.“<sup>22)</sup>

#### IV. Die „Wende“

Seit Mitte Oktober haben sich die Ereignisse überschlagen. Die Ablösung Erich Honeckers und die Abberufung der Mitglieder des Politbüros Joachim Hermann, zuständig für Agitation und Propaganda, und Günter Mittag, ZK-Sekretär für Wirtschaft, am 18. Oktober 1989 war als Befreiungsschlag gedacht. Die Wahl von Egon Krenz, stellvertretender Vorsitzender des Staatsrates und verantwortlicher Wahlleiter der manipulierten Kommunalwahl vom 7. Mai 1989, Politbüromitglied und ZK-Sekretär für Sicherheit (und damit für die brutalen Polizeieinsätze am 7./8. Oktober verantwortlich), zum Generalsekretär der SED und – wenige Tage später – am 24. Oktober, zum Vorsitzenden des Staatsrates und des Nationalen Verteidigungsrates (bei 26 Gegenstimmen und 26 Enthaltungen in der Volkskammer), hinterließ den Eindruck, daß die SED-Spitze mit einer Rochade den Anschein von Einsicht zu erwecken suchte, in Wahrheit aber an ihrer Politik und ihren Machtpositionen festhielt. Diesen Makel konnten Krenz und das neue Politbüro nie loswerden.

Der Sturz des Politbüros und des gesamten Zentralkomitees der SED durch den Druck der Parteibasis und die anhaltende öffentliche Kritik der Partei am 3. Dezember sowie der unfreiwillige Rücktritt von Egon Krenz als Vorsitzender des Staatsrates und des Nationalen Verteidigungsrates der DDR am 6. Dezember 1989 zeigten das völlige Desaster dieser Strategie. Trotz einer verblüffenden Anpassungsfähigkeit an die veränderte Lage vermochte es die „erneuerte“ SED-Führung nicht, die Initiative wieder zu erlangen. Über Wochen hinweg blieb ihr nichts anderes übrig, als der Bewegung hinterherzulaufen.

Bei den Massendemonstrationen in Leipzig, Dresden und vielen anderen Städten der DDR und der Kundgebung vom 4. November 1989 in Ost-Berlin, an der nach Schätzungen zwischen 500 000 und 1 000 000 Menschen teilnahmen, zeigte sich eine verblüffende politische Reife und Phantasie. Nur einige Transparentaufschriften mögen als Beispiel dienen: „Egon, was sagst Du jetzt zu China?“; „40 Jahre Wasser gepredigt und Wein getrunken“; „Jetzt geht es nicht mehr um Bananen, jetzt geht es

um die Wurst“; „Mein Vorschlag für den 1. Mai: die Führung zieht am Volk vorbei“; „40 Jahre Frust sind nicht mit 4 Wochen Dialog zu bezahlen“; „1789–1989“; „Jedem seinen Paß – der SED-Führung den Laufpaß“.

Die politische Strategie der SED zielte seit der Wahl von Egon Krenz auf Schadensbegrenzung. Hatte man zuerst noch gehofft, durch Nachgeben im Detail den Unmut der Bevölkerung beruhigen zu können, so zeigte sich bald, daß dies nicht mehr möglich war. Der 4. November 1989 wird wohl als der Tag in die Geschichte eingehen, an dem auch der Parteiführung der SED klar wurde, daß ihre bisherige Taktik der Verzögerung und verbaler Zugeständnisse nichts mehr fruchtete. Abgeordnete des Verfassungs- und Rechtsausschusses der Volkskammer mißbilligten die Haltung des Präsidiums, das – trotz des Drängens von mehr als einem Drittel der Abgeordneten – eine Plenartagung systematisch verhindert hatte<sup>23)</sup>. Die Regierung Stoph trat am 7. November unter dem wachsenden Druck der Öffentlichkeit zurück, die „befreundeten Parteien“ sahen sich, mit Ausnahme der LDPD, gezwungen, ihre bisherigen Vorsitzenden abzusetzen. Die anderen Stützen des alten Systems verhielten sich ähnlich widerstrebend wie die SED.

Währenddessen ging die Massenflucht weiter – über Prag. Um diese Flut, wenn schon nicht zu stoppen, so doch umzulenken, entschied sich die SED-Führung am 9. November 1989, die deutsch-deutschen Grenzübergänge zu öffnen. Dann geschah spontan und friedlich, was die DDR-Führung immer befürchtet hatte – Zehntausende von Menschen strömten an die Grenze und überwandern in einer Nacht die Spaltung Berlins. Die Mauer war offen.

Nun überschlugen sich die Ereignisse. Der Dresdener SED-Bezirkschef Hans Modrow wurde am 13. November 1989 zum neuen Regierungschef gewählt, eine „Koalitionsregierung“ gebildet. Die Regierung wurde von 44 auf 28 Mitglieder verkleinert, den „Blockparteien“ wurden mehr Ministerien zugestanden (17 Mitglieder der neuen DDR-Regie-

<sup>22)</sup> E. Krenz (Anm. 3), S. 3.

<sup>23)</sup> Sofortige Tagung der Volkskammer gefordert. Verfassungs- und Rechtsausschuß mißbilligt Zögern des Präsidiums, in: Neues Deutschland vom 8. November 1989, S. 1.



rung gehören der SED an, insgesamt 11 den anderen Parteien). In seiner Regierungserklärung vom 17. November 1989 versprach der neue Regierungschef Modrow einen grundsätzlichen Wandel der Politik und bat um einen „Vertrauensvorschuß“. Ein umfangreiches Reformprogramm wurde angekündigt: Rechtsstaatlichkeit und Rechtssicherheit, ein neues Wahlgesetz und freie Wahlen 1990, eine Neufassung des Gesetzes über den Ministerrat, eine Strafrechtsreform und die Schaffung eines Verfassungsgerichts stellen einige der wichtigsten Vorhaben im politischen Bereich dar<sup>24</sup>). Die Wirtschaftsreform müsse die Eigenverantwortung der Wirtschaftssubjekte erhöhen, die zentrale Leitung und Planung vermindern und das

Leistungsprinzip verwirklichen<sup>25</sup>). Ökologische Probleme, Fragen der Stadtentwicklung, Bildungsfragen wurden besonders hervorgehoben, ein Ende der „Verstaatlichung des kulturellen Lebens“ versprochen — Bereiche, deren Vernachlässigung und/oder ideologische Durchdringung wesentlich zur Unruhe im Lande beigetragen hatten.

Einige bedeutsame Hinweise gingen in Richtung Westen. Modrow bot der Bundesrepublik Deutschland in seiner Regierungserklärung eine „Vertragsgemeinschaft“ an, die weit über die bisherigen Verträge hinausgehen soll. Schließlich kündigte Modrow eine eigenständige „Europapolitik“ der DDR an.

## V. Vom Block zur Koalition?

Am 7. Dezember 1989 erschien im Neuen Deutschland ein Kommentar mit der Überschrift: „Der Block ist zerbrochen“. Was in den ersten Nachkriegsjahren als „antifaschistisch-demokratisches Bündnis“ begann und sehr schnell zur völligen politischen Unterordnung der anderen Parteien LDPD, CDU, DBD und NDPD unter die SED führte, endete Anfang Dezember 1989 mit dem Austritt dieser Parteien aus dem „Demokratischen Block“ und dem Zerfall der „Nationalen Front“. Der Kommentator des Neuen Deutschland bezeichnete diesen Block völlig zu Recht als „überkommene, vom stalinistischen Geist geprägte“ Struktur<sup>26</sup>).

Noch im Oktober hatten die „Blockparteien“ einhellig die Führungsrolle der SED unterstützt: „Bei aller Entwicklung und Veränderung, bei allem Nachdenken halten wir an bestimmten Axiomen fest. Die LDPD ist unwiderruflich eine *im und für den Sozialismus wirkende demokratische Partei*. Ihre Mitglieder wollen diese Gesellschaft, diesen Staat . . . Die LDPD (steht) zum Bündnis der Parteien in der DDR ebenso unwandelbar . . . wie zum Sozialismus. Dieses Selbstverständnis einer mit der SED befreundeten Partei wird bekanntlich weder genetisch vererbt noch an unseren Bildungseinrichtungen gelehrt. Wer zu uns kommt, muß damit erst vertraut gemacht werden . . . Wir Liberaldemokraten anerkennen die führende Rolle der marxistisch-leninistischen Partei. Wir wissen (und internationale Erfahrungen der letzten Zeit bestäti-

gen es), daß von dieser Führung, von ihrer Qualität sehr viel für das Schicksal eines Landes, für den Sozialismus überhaupt abhängt.“<sup>27</sup>)

Der LDPD-Vorsitzende Manfred Gerlach, der bereits vor der „Wende“ in einer Rede zum 40. Jahrestag der DDR gefordert hatte, neue Entwicklungen nicht zu blockieren<sup>28</sup>), antwortete am 1. November 1989 in einem Interview auf die Frage nach seiner Auffassung über die führende Rolle der SED und die Rolle des „sozialistischen Eigentums“: „Ich bin für die Beibehaltung der Prinzipien aus historischen Gründen und aufgrund der Kenntnis der Gesetzmäßigkeiten der Entwicklung der menschlichen Gesellschaft . . . Man kann die allgemeingültige Gesetzmäßigkeit von der führenden Rolle der Arbeiterklasse und ihrer Partei nicht deshalb in Frage stellen, weil sie in bestimmten Punkten in der Geschichte schlecht ausgeübt wurde.“<sup>29</sup>) Einen Monat später traten die LDPD, die CDU, die DBD und die NDPD aus dem Bündnis aus.

In der Volkskammer wurde am 1. Dezember 1989 Art. 1 der DDR-Verfassung mit großer Mehrheit bei nur 5 Enthaltungen geändert. Er hatte in der Verfassung von 1968 gelaute: „Die Deutsche Demokratische Republik ist ein sozialistischer Staat deutscher Nation.“ In der Fassung von 1974 wurde der nationale Bezug durch die Formulierung „sozialistischer Staat der Arbeiter und Bauern“ ersetzt. Und weiter hieß es: „Sie ist die politische Organisation der Werktätigen in Stadt und Land unter

<sup>24</sup>) Diese Regierung wird eine Regierung des Volkes und der Arbeit sein. Erklärung von Ministerpräsident Hans Modrow, in: Neues Deutschland vom 18./19. November 1989, S. 3—5.

<sup>25</sup>) Vgl. dazu: Diskussionsvorschlag für Ansatzpunkte zu einer Wirtschaftsreform in der DDR. Vorgelegt von einer Arbeitsgruppe der Staatlichen Plankommission in: Neues Deutschland vom 6. Dezember 1989, S. 6.

<sup>26</sup>) Uwe Stemmler, Der Block ist zerbrochen, in: Neues Deutschland vom 7. Dezember 1989, S. 2.

<sup>27</sup>) Lutz Heuer, In diesen Wochen, in: Der Morgen vom 30. September/1. Oktober 1989, S. 5.

<sup>28</sup>) Die DDR ist das Ergebnis tiefgreifender gesellschaftlicher Umwälzung. Festansprache des Vorsitzenden der LDPD, Prof. Dr. Manfred Gerlach, auf der Veranstaltung der Partei zum 40. Jahrestag der DDR, in: Der Morgen vom 20. September 1989, S. 3.

<sup>29</sup>) Bündnispolitik. Interview mit dem Vorsitzenden der LDPD, Prof. Dr. Manfred Gerlach, in: Der Morgen vom 1. November 1989, S. 5.

Führung der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei.“ Die Volkskammer strich den Halbsatz „unter Führung der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei“.

Eine CDU-Abgeordnete hatte im Namen ihrer Fraktion gefordert, sich auf die Formulierung zu beschränken: „Die Deutsche Demokratische Republik ist ein sozialistischer Staat“. Wenn man neue Zeichen setzen wolle, müsse deutlich werden, daß die DDR nicht nur ein „Staat der Arbeiter und Bauern“, sondern der Staat aller sei. Nach einer kurzen, emotionalen Debatte, in der der Vorsitzende des Schriftstellerverbandes, Hermann Kant, erklärte, daß die Arbeiter und Bauern schließlich die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung darstellten und ein SED-Abgeordneter meinte, „meine Arbeiter“ würden eine solche Zurückweisung nicht akzeptieren, es sei „ein rein menschliches und Klas-

senproblem“, daß sie besonders erwähnt würden, lehnte die Volkskammer den CDU-Antrag mit großer Mehrheit ab. Für den Antrag stimmten 112 Abgeordnete, 20 enthielten sich<sup>30)</sup>.

Der Führungsanspruch der SED war bis zum 1. Dezember 1989 nicht nur in der Verfassung verankert. In der Präambel des Statuts der SED hieß es: „Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands als die höchste Form der gesellschaftlichen Organisation der Arbeiterklasse, als kampferprobter Vortrupp, ist die führende Kraft der sozialistischen Gesellschaft, aller Organisationen der Arbeiterklasse und der Werktätigen, der staatlichen und gesellschaftlichen Organisationen.“<sup>31)</sup> Eine Vielzahl von Gesetzen, Statuten und Programmen der Parteien und Massenorganisationen normierten bisher detailliert diesen Anspruch.

## VI. Struktureller Stalinismus

In einem Kommentar des Neuen Deutschland vom 6. Dezember 1989 hieß es, daß die Umwandlung der SED zur Partei neuen Typs 1948 und die damals gefundene Struktur der Partei abgeschafft werden müßten, wenn es gelingen sollte, die SED in eine demokratische Partei zu verwandeln. Es gehe um die Überwindung des „strukturellen Stalinismus“<sup>32)</sup>.

Diese Kennzeichnung meint eine Politikvorstellung, von der die SED auf ihrem außerordentlichen Parteitag am 8. Dezember 1989 ausdrücklich Abschied genommen hat. Sie läßt sich folgendermaßen kennzeichnen: Die SED begriff das politische System als einen Zusammenhang, innerhalb dessen die Eigenständigkeit einzelner Politikbereiche und Politikfelder ebensowenig akzeptiert wurde wie eine Teilung der Gewalten. Die Verwirklichung der gesellschaftspolitischen Ziele „Sozialismus/Kommunismus“ bedurfte nach ihrer Auffassung einer zentralisierten, nach einheitlichen Prinzipien gestalteten Politik. Nur innerhalb dieser Einheit von Partei, Staat und Gesellschaft konnte sie sich eine funktionale Aufgabenverteilung zwischen Partei, Exekutive, Legislative und Judikative, zwischen staatlichen Institutionen und „gesellschaftlichen Organisationen“ vorstellen<sup>33)</sup>.

Alle Teile des politischen Systems hatten den gleichen Zielen zu dienen, nach den gleichen Prinzipien zu funktionieren. Das bedeutete vor allem, den „demokratischen Zentralismus“ als Regelungsprinzip der gesamten Gesellschaft anzuerkennen, mit dem die Suprematie der SED gesichert wurde.

Der Anspruch des Parteistaates, alle Bereiche der Gesellschaft seinem lenkenden und regelnden Zugriff zu unterwerfen, verhinderte eine problem- und sachbezogene Politik und führte zu einer „künstlichen“ Politisierung des täglichen Lebens.

Der tradierte Zentralismus und Autoritarismus waren — vor allen Erscheinungen der Korruption und neofeudaler Privilegien — entscheidende Hemmfaktoren für die gesellschaftliche Entwicklung und die Bewältigung der ökonomischen, sozialen und kulturellen Herausforderungen, vor denen die DDR heute steht<sup>34)</sup>.

Die parteizentrierte Struktur von Gesellschaft und Politik verhinderte einen erfolgreichen Modernisierungsprozeß. Der anstehende Umbau der administrativen Strukturen wird ohne eine größere Durchschaubarkeit ökonomischer und politischer Entscheidungen nicht vorankommen können. Dies erfordert Offenheit in allen Bereichen der Gesellschaft. Gegenwärtig wird sie von kritischen Bürgergruppen erzwungen<sup>35)</sup>.

<sup>30)</sup> Mitschrift der 13. Sitzung der Volkskammer am 1. Dezember 1989.

<sup>31)</sup> Statut der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Berlin (Ost) 1976, S. 5.

<sup>32)</sup> Günther Anders, Braucht eine erneuerte SED ein Politbüro?, in: Neues Deutschland vom 6. Dezember 1989, S. 1.

<sup>33)</sup> Vgl. DDR. Gesellschaft Staat Bürger, Berlin (Ost) 1978<sup>2</sup>, S. 26; ferner Gordon Skilling/Franklyn Griffiths (Hrsg.), Pressure Groups in der Sowjetunion, Wien 1974.

<sup>34)</sup> Einen umfassenden Überblick über das traditionelle System, seine Widersprüche sowie die Konflikte zwischen Politik und Gesellschaft geben die Beiträge zur DDR in: Werner Weidenfeld/Hartmut Zimmermann (Hrsg.), Deutschland-Handbuch. Eine doppelte Bilanz 1949–1989, Bonn-München 1989.

<sup>35)</sup> Vgl. dazu den Beitrag von Hubertus Knabe in diesem Heft, S. 21 ff.

Auch die „Wende“ vollzog sich zunächst noch unter Ausschluß der Öffentlichkeit. Eine Reihe angekündigter Gesetzesvorhaben und der erklärte Wille, die Volkskammer zu einem wirklichen Parlament zu machen, hat dies bereits partiell geändert. Die Abgeordneten jedenfalls haben erste Forderungen in diese Richtung formuliert und beginnen, Parlamentarismus zu praktizieren, auch wenn im verstärkten Umfang die Frage nach ihrer Legitimation gestellt wird.

Der Umbau und die Modernisierung der sozialistischen Gesellschaft erfordern aber mehr als eine partielle, auf bestimmte Bereiche und gesell-

schaftliche Gruppen begrenzte Öffentlichkeit. Die wachsende Differenziertheit sozialer Lagen und der unverkennbare Wertewandel drängten seit langem in Richtung einer offenen Gesellschaft, einer „civil society“. Dazu zählen die Sicherung bürgerlicher Freiheiten, Informationsfreiheit, umfassende Partizipationsmöglichkeiten der Bürger, eine wirksame soziale Interessenvertretung und — für poststalinistische Gesellschaften von besonderer Bedeutung — die Sicherung des Individuums gegenüber allen Eingriffsmöglichkeiten des Staates, der Partei oder von ihnen abhängiger Organisationen und Institutionen<sup>36</sup>).

## VII. Die Wandlungen der SED

Am 3. November 1989, einen Tag vor der großen Demonstration in Ost-Berlin, war das Politbüro der SED zu einer Sitzung zusammengetreten. Anschließend gab Egon Krenz in einer überraschend angekündigten Fernsehrede den Rücktritt der fünf Politbüromitglieder Hermann Axen, Kurt Hager, Erich Mielke, Erich Mückenberger und Alfred Neumann bekannt und umriß die Grundzüge eines Aktionsprogramms der SED, das einen Tag später veröffentlicht wurde. Die Rede enthielt weitreichende politische Zugeständnisse, die noch Wochen zuvor als bedeutender Schritt vorwärts gefeiert worden wären, jetzt aber nur noch als halbherziges Zugeständnis einer Partei erschienen, die sich an die Macht klammert.

Krenz versprach<sup>37</sup>):

- die Veröffentlichung des Entwurfs eines Reisegesetzes<sup>38</sup>;
- die Aufhebung des § 213 (Republikflucht) des Strafgesetzbuches;
- die Ausarbeitung eines Mediengesetzes;
- die Veröffentlichung von Umweltdaten;

- eine Amnestie des Staatsrates;
- eine „Reform des politischen Systems“<sup>39</sup>;
- die Einrichtung eines Verfassungsgerichtshofes;
- eine Verwaltungsreform<sup>40</sup>;
- die Einführung eines zivilen Ersatzdienstes, den Kirchen und Bürgerrechtsgruppen seit Jahren vergeblich gefordert hatten;
- eine umfassende Wirtschaftsreform;
- die Reform des Bildungswesens<sup>41</sup>;
- Erneuerungen innerhalb der Partei selbst: „Im Leben der Partei, in ihren Strukturen und im Parteistatut sind Garantien für die Unumkehrbarkeit der Erneuerung zu schaffen. Erforderlich ist die Demokratisierung der Kaderpolitik und die Begrenzung der Zeitdauer für die Ausübung von Wahlfunktionen.“<sup>42</sup>

Auf der 10. ZK-Tagung vom 8. bis 10. November 1989 wurde ein „Aktionsprogramm der SED“ verabschiedet, in dem die wesentlichen Aussagen der Krenz-Rede aufgenommen und erweitert wurden. Darin wurde eingestanden, daß es der „friedlichen

<sup>36</sup> Vgl. dazu John Keane, *Democracy and Civil Society. On the Predicaments of European Socialism, the Prospects for Democracy, and the Problem of Controlling Social and Political Power*, London–New York 1988.

<sup>37</sup> Fernseh- und Rundfunkansprache von Egon Krenz an die Bürger der DDR, in: *Neues Deutschland* vom 4./5. November 1989, S. 1.

<sup>38</sup> Am 6. November 1989 wurde der „Entwurf des Gesetzes über Reisen ins Ausland. Durchführungsverordnung zum Reisegesetz“ im Neuen Deutschland veröffentlicht. Seine bürokratischen Regelungen und unklaren Formulierungen wurden vom zuständigen Ausschuß der Volkskammer kritisiert und riefen einen öffentlichen Sturm der Entrüstung hervor, so daß sich die SED bereits am 9. November zur Öffnung der Mauer genötigt sah. Dieser Sachverhalt zeigt wohl am deutlichsten, in welchem rasanten Tempo sich wichtige politische Entwicklungen vollzogen haben.

<sup>39</sup> E. Krenz (Anm. 37), S. 1: „Der mündige Bürger, sein Anspruch auf freie Entfaltung und demokratische Teilnahme an allen Angelegenheiten von Gesellschaft und Staat gehören in den Mittelpunkt unserer Politik.“

<sup>40</sup> In seiner Regierungserklärung betonte Hans Modrow, daß eine Verwaltungsreform vor allem eine Stärkung der kommunalen und regionalen Ebene und eine verbesserte Ausstattung mit eigenen Finanzmitteln zum Ziel habe (vgl. H. Modrow [Anm. 24], S. 3f.). Manfred von Ardenne hat auf der Volkskammer-Tagung vom 1. Dezember 1989 die Wiedereinrichtung der alten Länder gefordert. Auch die SED hat auf ihrem Sonderparteitag am 15./16. Dezember 1989 diese Forderung übernommen.

<sup>41</sup> Die starre ideologische Ausrichtung des Bildungssystems unter Volksbildungsministerin Margot Honecker — insbesondere im Hinblick auf die „sozialistische Wehrerziehung“ — hatte in der DDR-Gesellschaft wachsende Kritik hervorgerufen.

<sup>42</sup> Vgl. E. Krenz (Anm. 37).

Massenproteste der Bevölkerung, der Willensbekundungen vieler politischer Organisationen, des konstruktiven Wirkens kirchlicher Kreise und des wachsenden Drucks der Basis unserer eigenen Partei sowie eines Lernprozesses in der Parteiführung (bedurfte), um die erstarrten politischen Strukturen aufzubrechen und erste Schritte einer Wende einzuleiten“<sup>43)</sup>.

Die politische Praxis sah anders aus. Große Teile des Apparates und die Führung der SED versuchten bis zum 3. Dezember 1989 hartnäckig, ihre Positionen zu verteidigen, eine schonungslose Aufdeckung der wahren Situation zu verhindern und die Entwicklung — vor allem die Vorbereitung des Parteitag — in ihrem Sinne zu manipulieren<sup>44)</sup>.

Die Parteiführung, die anfangs noch gehofft hatte, ihre Position bis zum vorgezogenen XII. Parteitag im Frühjahr 1990 festigen zu können, konzidierte auf der 10. ZK-Tagung unter Hinweis auf die Bestimmungen des Parteistatuts zunächst nur die Einberufung einer Parteikonferenz.

Das Mißtrauen der Parteibasis gegenüber dem Willen der alten/neuen Führung ging aber inzwischen so tief, daß sie noch für 1989 einen außerordentlichen Parteitag forderte, um einen tiefgreifenden personellen und programmatischen Wechsel durchzusetzen. Die Führung mußte diesen Bestrebungen unter dem Eindruck massenhafter Parteiaustritte schließlich nachgeben. Das Politbüro beschloß am 12. November die Einberufung eines außerordentlichen Parteitages für den 15. bis 17. Dezember 1989<sup>45)</sup>.

Daß es hinter den Kulissen zu heftigen Kämpfen um die inhaltliche Ausgestaltung des Parteitags und die Wahl der Parteitagsdelegierten kam, läßt ein Appell der SED-Kreisleitung der Humboldt-Universität Berlin ahnen. Dort wurden alle Genossinnen und Genossen der SED aufgerufen, „zum außerordentlichen Parteitag nur solche Delegierte zu wählen, die durch nachweisbare selbstkritische, aufrichtige Haltungen und Handlungen die Konsequenzen aus der Vergangenheit ziehen und mit Entschiedenheit für die Erneuerung des Sozialismus eintreten . . . Wählt Delegierte, die sich für die radikale Neuformierung unserer Partei von der Basis bis zum Generalsekretär verbürgen.“<sup>46)</sup> Gefor-

dert wurden eine neue Tagesordnung, um eine kritische Diskussion über die Vergangenheit zu führen, und die Neuwahl des Zentralkomitees und des Generalsekretärs, der bisher vom ZK gewählt wurde. Dieser ursprünglich schärfer formulierte Text zeigt die Unzufriedenheit der Parteibasis mit dem Verzögerungskurs der Parteiführung, der jeder konkrete Reformschritt abgerungen werden mußte. Als erkennbar wurde, daß sie diese Haltung nicht aufgeben würde, hat die Parteibasis die Führung hinweggefegt. Der Rücktritt aller Führungsgremien am 3. Dezember 1989 war der vorletzte Schritt in die Agonie<sup>47)</sup>. Zuvor hatte das alte ZK noch zwölf prominente Mitglieder aus der Partei ausgeschlossen, unter ihnen Erich Honecker, Werner Krolkowski, Erich Mielke, Horst Sindermann, Willi Stoph und Harry Tisch<sup>48)</sup>.

Der als Übergangsführung eingesetzte „Arbeitsausschuß“, dem neben den neuen Bezirkssekretären bekannte Reformer wie Wolfgang Berghofer, Lothar Bisky, Gregor Gysi, Klaus Höpcke, Dieter Klein, Roland Wötzel, Markus Wolf angehörten (den Vorsitz übernahm Herbert Kroker, 1. Sekretär der Bezirksleitung Erfurt), berief den Parteitag unter dem Eindruck zunehmender Auflösungserscheinungen in der SED kurzfristig bereits für den 8. Dezember 1989 ein und legte ein als „Diskussionsstandpunkt“ bezeichnetes Papier vor, das als Grundlage für eine „Neuformierung der SED als moderne sozialistische Partei“ dienen sollte<sup>49)</sup>. Nur der radikale Bruch mit den „stalinistisch geprägten Grundstrukturen“ könne jenen in der SED, die sich „für eine freie, gerechte und solidarische Gesellschaft einsetzen, eine neue politische Heimat geben“<sup>50)</sup>. Der stalinistische Sozialismus habe auf keine der drängenden ökonomischen, sozialen, sicherheitspolitischen, ökologischen und kulturellen Existenzprobleme der Menschheit eine Antwort gehabt. Er sei vielmehr selbst Teil dieser Probleme. Angestrebt wird ein dritter Weg „jenseits von administrativem Sozialismus und Herrschaft transnationaler Monopole“.

Der Teil des Papiers, der sich mit konkreten Problemen befaßt, wiederholt alle, inzwischen auch von der SED akzeptierten Forderungen, die eine grundlegende Reform des politischen Systems und der Wirtschaft betreffen. Unverkennbar aber ist, daß die Reformer Probleme mit alten Machtapparaten haben, denen noch immer bonapartistische

<sup>43)</sup> Schritte zur Erneuerung. Aktionsprogramm der SED, in: Neues Deutschland vom 11./12. November 1989, S. 1.

<sup>44)</sup> Im „Apparat“ wird noch manövriert. (Leserzuschrift von Dr. Dieter Folde, Politischer Mitarbeiter im ZK der SED), in: Neues Deutschland vom 6. Dezember 1989, S. 3.

<sup>45)</sup> Politbüro des ZK der SED schlägt außerordentlichen Parteitag vor, in: Neues Deutschland vom 13. November 1989, S. 1; Beschluß zur Vorbereitung und Durchführung eines außerordentlichen Parteitages der SED, in: Neues Deutschland vom 14. November 1989, S. 1.

<sup>46)</sup> Delegierte zum Parteitag sorgfältig auswählen. Appell der Kreisleitung der Humboldt-Universität Berlin, in: Neues Deutschland vom 20. November 1989, S. 3.

<sup>47)</sup> Kritik der Basis führte zum Rücktritt des Politbüros, in: Neues Deutschland vom 4. Dezember 1989, S. 1.

<sup>48)</sup> ZK der SED trat zurück, in: Neues Deutschland vom 4. Dezember 1989, S. 1.

<sup>49)</sup> Für einen alternativen demokratischen Sozialismus. Diskussionsstandpunkt des Arbeitsausschusses zu der von der Basis ausgehenden Neuformierung der SED als moderne sozialistische Partei, in: Neues Deutschland vom 8. Dezember 1989, S. 3.

<sup>50)</sup> Ebd.

Gelüste zuzutrauen sind: Der Arbeitsausschuß fordert ein neues Sicherheitsdenken und eine Neubestimmung der Aufgaben für die Sicherheitsorgane, vor allem in bezug auf das „Amt für Nationale Sicherheit“, dessen Auflösung der „runde Tisch“ vom 7. Dezember 1989 der Regierung vorschlug. (Am 17. Dezember 1989 wurde durch die DDR-Regierung die Auflösung des „Amtes für Nationale Sicherheit“ mitgeteilt. Statt dessen sollen ein Nach-

richtendienst der DDR und ein Organ des Verfassungsschutzes geschaffen werden, die direkt dem Ministerpräsidenten unterstellt sein sollen.) Die Betriebskampfgruppen, die in der Gesellschaft der DDR auf wachsende Kritik gestoßen waren, „sollen sich bereit finden“, sich zum Schutz der Bürger, von Betrieben und Einrichtungen in „unbewaffneten Formationen zusammenzuschließen“<sup>51</sup>).

## VIII. Der außerordentliche Parteitag der SED

In der Nacht vom 8. zum 9. Dezember 1989 trat in der Ostberliner Dynamo-Sporthalle der vorgezogene außerordentliche Parteitag der SED zu seiner ersten Sitzung zusammen. Die Mitgliedschaft der Partei war zu diesem Zeitpunkt von über 2,3 Millionen auf knapp 1,8 Millionen geschrumpft. Am selben Tag war bekannt geworden, daß gegen Erich Honecker, Erich Mielke, Willi Stoph, Günter Kleiber, Werner Krolikowski und Hermann Axen Ermittlungsverfahren eingeleitet und die Beschuldigten (außer Honecker, der schwer krank sei und Axen, der sich zu einer Operation in Moskau befinde) in Haft genommen seien. Vor diesem Hintergrund hielt Ministerpräsident Hans Modrow vor den 2 750 Delegierten eine leidenschaftliche Rede, in der er vor einem Zerfall und einer Selbstauflösung der SED warnte. Es komme darauf an, die Partei nicht zerbrechen, nicht untergehen zu lassen: „Macht sie sauber und stark, damit jeder Genosse jedem Bürger gerade in die Augen blicken kann! Macht sie stark, damit sie dem gesellschaftlichen Fortschritt in unserem Lande dienen kann, und das bedeutet für mich, dem Volke zu dienen.“<sup>52</sup> Die Krise der DDR könne nur gelöst werden, wenn alle Kräfte zusammen an ihrer Überwindung arbeiteten. Hintergrund dieses Appells war die dramatische Zuspitzung der Lage in den vorausgegangenen Tagen. Immer neue Enthüllungen über Korruption und Amtsmissbrauch, die Verhaftung eines großen Teils der alten Führung und Übergriffe auf Gebäude der Staatssicherheit hatten eine gespannte Situation geschaffen. Modrow forderte die Achtung von Recht und Gesetz ein und versprach, daß die Regierung alles tun werde, um Ungesetzlichkeiten aufzudecken. Aber: „Es darf beim Aufdecken von Amtsmissbrauch und Korruption keine Ungesetzlichkeiten geben.“<sup>53</sup>

Der Bericht des Arbeitsausschusses, vorgetragen von Gregor Gysi, enthielt ebenfalls eine entschiedene Ablehnung einer Auflösung der SED. Gefordert wurde ein vollständiger „Bruch mit dem gescheiterten stalinistischen, das heißt administrativ zentralistischen Sozialismus in unserem Land“, Angestrebt werde ein „dritter Weg sozialistischer Prägung“, der gekennzeichnet sei durch „radikale Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, Humanismus, soziale Gerechtigkeit, Umweltschutz, Durchsetzung einer wirklichen Gleichberechtigung der Frau“. Dabei werde sich die Partei auf „sozialdemokratische, sozialistische, nichtstalinistisch-kommunistische, antifaschistische und pazifistische Traditionen“ berufen. „Es geht nicht um neue Tapesen“, äußerte Gysi in Anspielung auf einen gegen die Politik Gorbatschows gerichteten Ausspruch Kurt Hagers, „wir wollen eine neue Partei“<sup>54</sup>).

Drei Hauptargumente für die Nichtauflösung der SED lassen sich aus den verklausulierten Formulierungen herauschälen. Erstens: Wenn die SED sich auflöst, ist die letzte halbwegs funktionierende staatliche Institution, die Regierung unter Hans Modrow, nicht mehr zu halten. Es entstünde „ein politisches Vakuum, das niemand ausfüllen kann und das die Krise mit unabsehbaren Folgen verschärfen würde“<sup>55</sup>). Zweitens: Damit würden auch die Einflußmöglichkeiten der SED auf staatliche Entscheidungen aufgegeben. Drittens: Die SED würde bei einer Selbstauflösung ihr riesiges Parteivermögen (Immobilien, Verlage, wissenschaftliche Institute usw.) aufs Spiel setzen, und die soziale Existenz der Mitarbeiter des Parteiapparates wäre erheblich gefährdet.

Die anschließende Diskussion glich mehr einer studentischen Vollversammlung im Jahre 1968 als dem Parteitag einer „gestählten marxistisch-leninistischen Partei“, die sich 40 Jahre lang als „höchste Form der gesellschaftlich-politischen Organisation der Arbeiterklasse, als ihr kampferprobter Vor-

<sup>51</sup>) Ebd. — Am 15. Dezember 1989 hat die DDR-Regierung den Beschluß bekanntgegeben, alle Betriebskampfgruppen bis zum 30. Juni 1990 aufzulösen.

<sup>52</sup>) Souveräne DDR muß ein solider Baustein für europäisches Haus sein. Referat von Hans Modrow, in: Neues Deutschland vom 9./10. Dezember 1989, S. 1.

<sup>53</sup>) Ebd.

<sup>54</sup>) Wenn wir alle für die neue Partei streiten, wird sie stark bleiben. Referat von Gregor Gysi, in: Neues Deutschland vom 9./10. Dezember 1989, S. 3.

<sup>55</sup>) Ebd., S. 4.

trupp, (als) die führende Kraft der sozialistischen Gesellschaft“ beschrieben hat<sup>56)</sup>.

Deutlich wurden drei Grundsatzpositionen, die sich unvereinbar gegenüberstanden: Auflösung der SED und Gründung einer neuen sozialistischen Partei; Erneuerung der SED und Umbenennung; Beibehaltung des bisherigen Namens – wobei unklar blieb, wie weit die Erneuerung gehen sollte. Als die Diskussion aus dem Ruder zu laufen drohte, legte das Parteitagspräsidium eine Pause ein, nach der die Debatte sowie die Wahl der Vorsitzenden und des Parteivorstandes unter Ausschluß der Öffentlichkeit fortgeführt wurde. In einer Abstimmung, die offenkundig nach langer Diskussion und scharfen Kontroversen erfolgte, sprachen sich die Delegierten vor allem unter dem Eindruck der Rede von Hans Modrow einstimmig für den Fortbestand der SED aus. Bei 647 Gegenstimmen und 7 Enthaltungen beschlossen sie, der Partei einen neuen Namen zu geben<sup>57)</sup>.

Bereits im Vorfeld des Parteitages war klar geworden, daß die alten Parteistrukturen abgeschafft werden sollten. Es sollte kein Politbüro und keinen Generalsekretär, kein Zentralkomitee und keine Zentrale Parteikontrollkommission mehr geben, stattdessen einen Vorsitzenden, Stellvertreter, ein Präsidium, einen Parteivorstand und eine Schiedskommission, wie in demokratischen Parteien üblich. Der Parteitag wählte den Berliner Anwalt Gregor Gysi mit 95,32 Prozent der Stimmen in geheimer Wahl zum Vorsitzenden. Zu seinen Stellvertretern wurden gewählt: Hans Modrow (mit 99,4%), der Dresdener Oberbürgermeister Wolfgang Berghofer (er wurde zugleich Leiter der Kommission Politisches System), Wolfgang Pohl, 1. Sekretär der Bezirksleitung Magdeburg (er übernahm den Vorsitz der Kommission Organisation und Parteileben). Der vierte Stellvertreter wird noch vom Parteivorstand gewählt und soll die Kommission Wirtschafts- und Sozialpolitik leiten. Zu weiteren Präsidiumsmitgliedern wurden Monika Werner als künftige Vorsitzende der SED-Fraktion in der Volkskammer, Marlies Deneke als Leiterin der Kommission für Jugend- und Frauenpolitik, Lothar Bisky (Rektor der Film- und Fernsehhochschule) für Medien und Fernsehen sowie vorübergehend zusätzlich für Bildung und Schule), Klaus Höpcke für Kultur und Wissenschaft, Helmar Hegewald für Umweltpolitik und Hans-Joachim Willerding für Internationale Politik. Willerding ist das einzige Mitglied des neuen, aus 100 Mitgliedern bestehenden Parteivorstandes der – wenn auch nur für einige Tage nach der 10. ZK-Tagung – als Kandidat

dem Politbüro angehört hatte. Lediglich drei Mitglieder des alten Zentralkomitees gehören dem Parteivorstand an: Hans Modrow, Gerd König, Botschafter der DDR in der UdSSR, und Herbert Richter, Generaldirektor des Gaskombinats „Fritz Selbmann“ Schwarze Pumpe. Ferner sind neun der fünfzehn 1. Bezirkssekretäre Mitglieder des Parteivorstandes: Heinz Albrecht, Berlin; Roland Claus, Halle; Hansjoachim Hahn, Dresden; Norbert Kertscher, Karl-Marx-Stadt; Bernd Meier, Frankfurt/Oder; Wolfgang Pohl, Magdeburg; Wolfgang Thiel, Cottbus; Heinz Vietze, Potsdam und Roland Wötzel, Leipzig.

Nach der Wahl des Parteivorstandes vertagte sich der Parteitag auf den 15. Dezember und verabschiedete einen „Bericht zur Diskussion auf dem ersten Beratungstag des außerordentlichen Parteitages“, in dem sich die SED von der bisherigen Politik distanziert. „Die Delegierten . . . sehen es als ihre Pflicht an, sich im Namen der Partei gegenüber dem Volk aufrichtig dafür zu entschuldigen, daß die ehemalige Führung der SED unser Land in diese existenzgefährdende Krise geführt hat. Wir sind willens, diese Schuld abzutragen. Wir danken aufrichtig den mündigen Bürgern unseres Landes, die die radikale Wende durch ihren mutigen, gewaltlosen Kampf erzwungen und uns damit auch die Chance zur revolutionären Erneuerung unserer Partei gegeben haben. Der außerordentliche Parteitag hat den Bruch mit der machtpolitischen Überhebung der Partei über das Volk, mit der Diktatur der Führung über die Parteibasis vollzogen. Er stellt den Parteimitgliedern . . . die Orientierung für einen demokratischen Sozialismus, jenseits von stalinistischem Pseudosozialismus und Herrschaft des Profits vor.“<sup>58)</sup>

Entscheidendes Element jeder Parteireform ist die Veränderung der grundlegenden Organisationsprinzipien der „Partei neuen Typs“, wie sie im Statut der SED von 1976 festgelegt waren. In deutlicher Abweichung von der bisherigen Praxis sind in der Woche zwischen den Sitzungen des Parteitages drei Entwürfe eines Parteistatus<sup>59)</sup> und zwei pro-

<sup>58)</sup> Bruch mit der machtpolitischen Überhebung der Partei, mit der Diktatur der Führung vollzogen. Als Dokument beschlossen: Bericht zur Diskussion auf dem ersten Beratungstag des außerordentlichen Parteitages, in: Neues Deutschland vom 11. Dezember 1989, S. 3.

<sup>59)</sup> Entwurf eines dem außerordentlichen Parteitag der SED vorliegenden vorläufigen Statuts einer sich erneuernden Partei, in: Neues Deutschland vom 13. Dezember 1989, S. 3; Joachim Thron/Michael Geiger/Dirk Emmerich/Gerd Aderhold, Entwurf für ein neues Parteistatut, in: Neues Deutschland vom 14. Dezember 1989, S. 3 f.; Helga Königsdorf (mit Unterstützung von Mitgliedern der Kreisorganisation der Akademie der Wissenschaften und der Martin-Luther-Universität Halle), Entwurf, Statut der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, in: Neues Deutschland vom 14. Dezember 1989, S. 4.

<sup>56)</sup> Statut der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Berlin (Ost) 1976, S. 7.

<sup>57)</sup> Parteivorsitzender Gysi: Hart arbeiten für die Rettung des Landes und unserer Partei, in: Neues Deutschland vom 11. Dezember 1989, S. 1.

grammatische Dokumente<sup>60</sup>) veröffentlicht werden. Sie stimmen in der Forderung nach der Einführung des sog. Territorialprinzips, d. h. der Organisierung der Parteimitgliedschaft in Gemeinde, Orts- oder Stadtteilverbänden überein. Auf dem Parteitag wurde in dieser wichtigen Frage jedoch eine halbherzige Entscheidung getroffen: Den Grundorganisationen soll das Recht gegeben werden, sich entsprechend ihren jeweiligen Bedürfnissen, auch auf Betriebsebene zu organisieren. Dies soll allerdings nicht für den Staatsapparat und die „bewaffneten Organe“ gelten. Gregor Gysi machte in seiner Abschlusßrede<sup>61</sup>) zwar deutlich, daß „langfristig“ die Grundorganisationen in den Territorien „die entscheidende Struktur werden“, sprach aber zugleich davon, daß viele Betriebsorganisationen ihren Fortbestand beschlossen hätten. Bei der Erarbeitung eines neuen Wahlgesetzes wird es vermutlich zu einer harten Auseinandersetzung kommen, ob die SED in den Betrieben ihre mit der Betriebsparteioorganisation verbundenen Einflußmöglichkeiten aufrechterhalten kann.

Halbherzig war auf dem Parteitag auch die Entscheidung über die Festlegung eines neuen Parteinamens. Die neue Parteibezeichnung „Sozialistische Einheitspartei Deutschlands — Partei des Demokratischen Sozialismus (SED-PDS) stellt einen fragwürdigen Kompromiß dar, der zwei unvereinbare Ziele miteinander zu verbinden trachtet. Daß der neue Name SED-PDS nur schwer verständlich ist, zeigt eine Stellungnahme des Parteivorstandes, in der es u. a. heißt: „Dieser Parteitag ist nicht bereit sich wegen des Namens zu spalten.“ Die Partei will sich einerseits zu ihrer Geschichte bekennen und erklärt gleichzeitig ihren Willen zu einem ernsthaften Neubeginn. Beiden — schwer vereinbaren — Anliegen soll die Namensgebung gerecht werden, doch wird sie gleichzeitig als eine vorläufige Entscheidung bezeichnet. Über den endgültigen Parteinamen soll auf dem nächsten ordentlichen Parteitag beschlossen werden, der nach Verabschiedung eines Wahlgesetzes zusammentreten soll. Der am ersten Verhandlungstag des Parteitages geäußerten Ansicht, die SED habe „ihre faktische Neugründung eingeleitet“ und strebe einen

demokratischen Sozialismus an<sup>61a</sup>), kann man im Hinblick auf die organisatorischen und programmatischen Konsequenzen bisher kaum folgen.

Wie schwierig sich ein solcher Neuanfang gestaltet, zeigte die Diskussion bei der Fortsetzung des Parteitages am 15./16. Dezember 1989 deutlich. Generalabrechnung mit der alten Führung auf der einen Seite, Rechtfertigung der Arbeit der „vielen ehrlichen Genossen“ und Beschwörung der ursprünglichen Ziele auf der anderen Seite prägten die Diskussion. Erkennbar wurde auch eine deutliche Distanz zwischen den intellektuellen Reformern der Partei und vielen „einfachen“ Delegierten, aus deren Beiträgen oft die Angst vor der Zukunft, bei vielen hauptamtlichen Funktionären auch die Sorge vor Arbeitslosigkeit und sozialem Abstieg sprachen. Viele Delegierte beschworen die positiven Züge der Vergangenheit, sie sprachen von den Erfolgen, die trotz allem erreicht worden seien und betonten die Risiken für die Zukunft wie wachsende Arbeitslosigkeit, Kriminalität, Nationalismus, Rechtsradikalismus.

Im Gegensatz zu diesen eher rückwärts gewandten Beiträgen standen die beiden Hauptreferate der Professoren Dieter Klein und Michael Schumann<sup>62</sup>). Klein forderte eine „ganzheitliche Politik“ der Partei, ein Bündnis aller progressiven Kräfte. Er wandte sich gegen eine Einengung des sozialen Spektrums der Partei auf die „Arbeiter“, da dies der differenzierten Sozialstruktur und den aktuellen Problemen der DDR-Gesellschaft nicht mehr gerecht werde. Er plädierte für eine Verwirklichung der Volkssouveränität und Ausweitung der Demokratie über den engeren Bereich des Politischen hinaus. Ziel sei die freie Entfaltung der Individualität, die Gewährung der Menschenrechte, eine humanistische, soziale und ökologische Leistungsgesellschaft auf der Grundlage des Volkseigentums, genossenschaftlichen und privaten Eigentums, also einer gemischten Eigentumsordnung, die eingebunden sei in die dringend notwendige Lösung der Menschheitsprobleme.

Michael Schumann formulierte eine scharfe Kritik bisheriger Herrschaftspraxis und eine schonungslose Abrechnung mit dem Stalinismus. Deutlicher als bisher wies er darauf hin, daß es nicht allein die „Verfehlungen“ einer kleinen Führungsklique waren, die das Land in eine Krise geführt hätten, die Herrscherallüren der Führungsgruppe hätten auch viele Nacheiferer auf unterer Ebene gehabt und die Partei in Verruf gebracht. Die Bewegung zur Erneuerung des Sozialismus sei ihrem

<sup>60</sup>) Für eine sozialistische Partei der DDR. Ein Angebot für die Diskussion zum Programm, in: Neues Deutschland vom 12. Dezember 1989, S. 3 f. (Autoren dieses Papiers sind Mitarbeiter des Projekts „Sozialismustheorie“ der Humboldt-Universität Berlin: André Brie, Michael Brie, Wilfried Ettl, Jürgen Jünger, Dieter Klein, Hans-Peter Krüger, Dieter Segert, Hans Wagner, Rosi Will); Für eine menschlichen, demokratischen Sozialismus in der DDR. Ein Beitrag zur Programmdiskussion — Ausgearbeitet von Parteitagdelegierten sowie von Wissenschaftlern aus der Akademie für Gesellschaftswissenschaften, Gesamtedaktion: Rolf Reißig und Frank Adler, in: Neues Deutschland vom 16./17. Dezember 1989, S. 3 f.

<sup>61</sup>) Wie kämpfen für die DDR, für soziale Sicherheit, für Stabilität und Frieden. Referat von Gregor Gysi zu aktuellen Aufgaben unserer Partei, in: Neues Deutschland vom 18. Dezember 1989, S. 4.

<sup>61a</sup>) G. Gysi (Anm. 57), S. 1.

<sup>62</sup>) Dieter Klein, Fertige Lösungen — das wäre wieder der Anfang von alten Strukturen. Über die Neuformierung einer modernen sozialistischen Partei und ihren Beitrag für eine sozialistische Gesellschaft, in: Neues Deutschland vom 19. Dezember 1989, S. 10 f. — Michael Schumann, Zur Krise in der Gesellschaft und ihren Ursachen, zur Verantwortung der SED, Stenographische Mitschrift, S. 309 f.

Wesen nach eine revolutionäre Bewegung, die „Politbürokraten verunglimpften den Aufbruch des Volkes als Konterrevolution und wollten ihn mit Gewalt niederdrücken. In Wirklichkeit waren sie in dieser Situation die Konterrevolutionäre.“

Als wesentliche Ursachen dieser Erscheinungen nannte Schumann „ein Geflecht von Strukturen allgegenwärtiger Apparate und eine Rechtfertigungs-ideologie“, die den Mißbrauch ermöglicht hätten. „Die Symptome dieses Machtmißbrauchs liegen offen zutage: Konzentration der Macht in den Händen eines arroganten Alleinherrschers, Steuerung der Wirtschaft durch eine Kommandozentrale, der es an Verständnis für elementare Bedürfnisse der produktiven und sozialen Bereiche der Gesellschaft und für die Lebensqualität der Bevölkerung fehlte, Reglementierung und bürokratische Zentralisation von Kultur, Wissenschaft und Bildung, die kritische Geister außer Landes trieb, politische Entmündigung der Bürger unserer Republik und Kriminalisierung Andersdenkender, Verwandlung der Medienlandschaft in eine trostlose Informationswüste und eine widerliche Hofberichterstattung, Ausgrenzung der Parteibasis aus allen innerparteilichen Willensbildungs- und Entscheidungsprozessen.“ Der Parteiführung unter Egon Krenz warf Schumann vor, daß sie kein Konzept gehabt hätte und nicht in der Lage gewesen sei, den radikalen Bruch mit der Vergangenheit zu wagen.

## IX. Institutionalisierte Pluralismus

Im Hinblick auf die Wahlen zur Volkskammer, die für den 6. Mai 1990 terminiert worden sind, haben sich die ehemaligen Parteien des „Demokratischen Blocks“ neu zu formieren begonnen. Als erste dieser Parteien führte die CDU am 15./16. Dezember 1989 in Ost-Berlin einen Sonderparteitag durch, auf dem sich die etwa 800 Delegierten mit einem politischen Schuldbekenntnis von den Fehlern der Vergangenheit distanzieren. Der bisherige amtierende Vorsitzende der Partei, der Ostberliner Rechtsanwalt Lothar de Maizière, wurde mit großer Mehrheit in seinem Amt bestätigt. Er bezeichnete den demokratischen Zentralismus als „genetischen Defekt der DDR“, der den Mißerfolg und das Ende des Pseudosozialismus programmiert habe<sup>63</sup>). De Maizière, zugleich Vizepräsident der Synode der evangelischen Kirche in der DDR, würdigte ausdrücklich die positive Rolle, die die Kirchen bei der Veränderung der Gesellschaft in der Vergangenheit geleistet haben: „Unsere Partei steht beschämt vor der Klarheit und Öffentlichkeit des Einsatzes der Kirchen, der sich immer als Dienst für den Einzel-

Wenn man den Parteitag bilanziert, muß man feststellen, daß die SED trotz einer weitreichenden Kritik an der Vergangenheit nicht den Mut aufgebracht hat, den angekündigten Neubeginn tatsächlich umfassend zu vollziehen. Ihre Bemühungen waren vornehmlich darauf gerichtet, die Einheit der Partei um jeden Preis zu wahren. Es muß auch als sehr zweifelhaft erscheinen, ob die neue Parteibezeichnung in der DDR-Gesellschaft als ein glaubwürdiges Signal akzeptiert wird — kommt sie doch eher der Quadratur des Kreises nahe. Es dürfte schwer verständlich sein, wenn man den — nach eigenem Selbstverständnis mit dem Stalinismus untrennbar verbundenen — traditionellen Parteinamen mit einer Kennzeichnung verbindet, die von der westlichen Sozialdemokratie in Anspruch genommen wird und dort einen Inhalt besitzt, der primär an parlamentarisch-demokratischen und wirtschaftsdemokratischen Vorstellungen und nicht am Marxismus (oder gar Leninismus) orientiert ist. Die Tradition der SED, und das heißt spätestens seit 1948 die einer leninistischen Partei, erscheint mit der des — auf dem Parteitag nicht näher definierten — demokratischen Sozialismus unvereinbar. Ob das machtpolitische Kalkül aufgehen wird, das die SED-PDS ohne Spaltung und einem weiteren großen Mitgliederschwund die stärkste politische Kraft bleiben wird, ohne die keine (Regierungs-)politik möglich ist, wird die Zukunft zeigen müssen.

nen und für das Ganze unserer Gesellschaft verstand . . . Als CDU haben wir uns klarzumachen, daß es viel zu wenig unsere Partei, daß es vielmehr die Kirchen waren, die über Jahre hinweg für das Volk gesprochen und dem Volk Raum gegeben haben, seine Sprache zu finden.“

Die Delegierten des Parteitages — auf dem auch der frühere Regierende Bürgermeister von Berlin (West), Eberhard Diepgen, und der CSU-Generalsekretär Erwin Huber zugegen waren — bekannten sich zu einer „Marktwirtschaft mit sozialer Bindung“ und zur „Einheit der deutschen Nation“. Für eine Übergangsperiode wird auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechts eine deutsche Konföderation in einem freien und vereinigten Europa vorgesehen. Die Garantie der polnischen Westgrenze wird als unverzichtbare Bedingung für diesen Entwicklungsprozeß betrachtet. Bei der Neuorientierung der CDU wurde der Begriff „Sozialismus“ eliminiert. In ihrer Satzung charakterisiert sich die CDU, die ausdrücklich an ihrem alten Parteinamen festhält, als „eine Partei von Bürgern, die sich in ihrem Handeln zum Wohl der Gesellschaft von christlicher Verantwortung, von religiösen Moral- und Wertvorstellungen und von humanistischer Ethik leiten lassen“.

<sup>63</sup>) Dieses und die folgenden Zitate nach einem Korrespondentenbericht, in: Kölner Stadt-Anzeiger vom 16./17. Dezember 1989, S. 6.



Seit Mitte Dezember wird zunehmend deutlich, daß sich die alten Parteien ebenso intensiv um eine programmatische Neuorientierung bemühen, um für den schon bald beginnenden Wahlkampf gerüstet zu sein, wie sich auch die Oppositionsgruppen um eine politische Formierung bemühen, mit der sie die Wähler um Zustimmung zu ihrer Position gewinnen wollen. Dafür bietet der Gründungsparteitag des Demokratischen Aufbruchs, der am 16./17. Dezember 1989 in Leipzig stattfand, ein erstes instruktives Beispiel. Im Programm des Demokratischen Aufbruchs, das auf dem Parteitag verabschiedet wurde, setzt sich diese Partei für eine soziale, ökologisch orientierte Marktwirtschaft und für die Einheit der deutschen Nation auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechts ein. Die Programmdiskussion in Leipzig hat gleichzeitig deutlich gemacht, daß der Zusammenhalt der Oppositionsbewegung einer Belastungsprobe ausgesetzt ist, wenn sie sich nicht nur kritisch gegen das post-stalinistische System wendet, sondern einen eigenen programmatischen Konsens finden muß. Kontroverse Auseinandersetzungen über die künftige Orientierung blieben daher nicht aus und werden voraussichtlich auch bei den anderen Parteien und Oppositionsgruppen in den nächsten Monaten zutage treten.

Für die politische Entwicklung in der DDR werden die Diskussionen am „runden Tisch“ in der nächsten Zeit eine besondere Bedeutung haben. Auf

seiner zweiten Sitzung am 18. Dezember 1989 wurde der Teilnehmerkreis auf 38 Mitglieder erweitert. Zu den ursprünglich 15 Vertretern von sieben Oppositionsgruppen und 15 Vertretern der fünf Volkskammerparteien SED, CDU, LDPD, NDPD und DBD wurden bereits auf Beschluß der ersten Sitzung die Gewerkschaft FDGB sowie der Unabhängige Frauenverband zusätzlich am „runden Tisch“ aufgenommen. Am 18. Dezember wurden außerdem die Bauerninitiative und die Grüne Liga als Gesprächspartner berücksichtigt. Fünf weitere Organisationen, darunter der Jugendverband FDJ und der Kulturbund, erhielten Beobachterstatus. Nachdem die Legitimation der Volkskammer und der von ihr gewählten Regierung in der DDR-Gesellschaft häufig in Frage gestellt wird, erscheint der „runde Tisch“ einerseits als ein Kontrollorgan der politischen Institutionen, sucht andererseits aber auch politische Ziele zu formulieren und den Rahmen für einen Grundkonsens der konkurrierenden Parteien und Gruppierungen auszuloten. Dieses Gremium soll künftig wöchentlich tagen, doch muß sich erst noch zeigen, ob in einem solchen Rahmen über die notwendige Diskussion aktueller Probleme hinaus auch konkrete Maßnahmen projektiert und beschlossen werden können. Wichtig ist, daß der „runde Tisch“ in den nächsten Monaten eine effektive Rolle bei der Kontrolle der Regierung spielen kann und an den notwendigen Gesetzgebungsvorhaben wirksam beteiligt wird.

## X. Zurück zu Lenin — oder vorwärts zum „demokratischen Sozialismus“?

„Der Sozialismus steht zwischen Chance und Untergang.“ Diese Alternative stellt sich Dieter Klein, dem Prorektor der Berliner Humboldt-Universität und einem der entschiedenen Reformer in den Reihen der SED. Er sieht (oder sah Mitte November) eine wirkliche Chance, den Sozialismus zu erneuern: „Laßt uns eine Revolution machen, in deren Verlauf die Arbeit erstes Eigeninteresse ist.“<sup>64)</sup>

Für Günter Kunert klingen solche Überlegungen „traumverloren“. Er kommt zu der resignierenden Feststellung, daß der „deutsche Intellektuelle nebst seinen Visionen vom Guten, Schönen und Humanen . . . durch keine noch so massive Tatsachenfülle widerlegbar“ sei. Entgegen aller Erfahrung, auch der eigenen, „trotz überwältigender Kenntnis der trostlosen Lage und ihrer kaum minder trostlosen Ursache wird die längst mumifizierte Utopie beschworen.“ Christa Wolf und andere meinten ernsthaft, jetzt könne der demokratische Sozialismus eingeläutet werden. „Die nach vierzig Jahren Tristesse ungeduldige Mehrheit jedoch greift lieber

nach dem Nächstliegenden: den Bananen bei ‚Aldi‘.“<sup>65)</sup>

Dieter Klein und viele Tausende Mitglieder der SED, aber auch Nicht-Parteimitglieder haben den Traum von einem erneuerten Sozialismus noch nicht aufgegeben. Unter ihnen der große alte Mann der DDR-Gesellschaftswissenschaften, Jürgen Kuczynski. Er sah im Oktober/November 1989 in der DDR eine „konservative Revolution“ im Gange, eine Revolution zur Erneuerung des Sozialismus. Auch der Sozialismus sei nicht gefeit vor fatalen Fehlentwicklungen, die zur Erstarrung und zu einer, „sagen wir es ganz brutal, Entmündigung der herrschenden Klasse, ja des ganzen Volkes“ führen könne. Es entwickle sich „eine Art Absolutismus an der Spitze und ein entsprechender Machtverlust der herrschenden Klasse, deren Rechte verletzt werden“<sup>66)</sup>. Um diesen Prozeß zu stoppen, seien im Sozialismus Revolutionen nötig, und eine solche Revolution erlebe die DDR.

<sup>64)</sup> Kampfgeist und der Wille zur Einheit und Erneuerung der Partei. Mitglieder aus Grundorganisationen der Hauptstadt und Egon Krenz sprachen im Lustgarten, in: Neues Deutschland vom 11./12. November 1989, S. 3.

<sup>65)</sup> Günter Kunert, Traumverloren. Die Idee des Sozialismus scheitert, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 30. November 1989, S. 33.

<sup>66)</sup> Jürgen Kuczynski, Konservative Revolutionen, in: Neues Deutschland vom 8. November 1989, S. 4.

Kuczynski forderte, wieder zu Lenin zurückzukehren und sprach damit sicher für eine nicht geringe Zahl von „Kommunisten“. Rückkehr zu Lenin würde bedeuten, hinter die stalinistische Perversion des Sozialismus zurückzugehen, es würde aber auch heißen: Festhalten an der Avantgarde-Vorstellung, an der Idee der „Partei neuen Typs“ und an den zentralistischen Organisationsprinzipien der Partei, wie sie Lenin formuliert und durchgesetzt hatte.

Diese Überlegungen entsprechen, wie das Ende der SED zeigt, in keiner Weise der Haltung der Mehrheit der Parteimitglieder, noch gar der Mehrheit jener, die diese „Wende“ erzwungen haben. Sie orientieren sich vielmehr an den klassischen Forderungen nach der Verwirklichung der Ideale der amerikanischen und französischen Revolution, nach Teilung und Kontrolle der Macht, individueller Freiheit und bürgerlichen Rechten.

## XI. Reform des Sozialismus in einem halben Land?

Die Reformkräfte in den sozialistischen Ländern verbinden ihre Versuche, auf die Krisenerscheinungen des alten Systems zu reagieren, mit nationalen Antworten. Der erkennbare Zerfall des Systems des „realen Sozialismus“ korrespondiert mit einem Prozeß, den man – in Abwandlung des von Karl W. Deutsch, Shmuel Eisenstadt, Stein Rokkan<sup>68)</sup> u. a. eingeführten Begriffs „nation-building“ – als Wiedergewinnung nationaler Identität nach der Überwindung des Erbes des Stalinismus, als „nation re-building“ bezeichnen könnte. Erst die partielle Unabhängigkeit bietet die Chance, die ökonomische und soziale, politische und kulturelle Entwicklung in ein den Besonderheiten jedes Landes entsprechendes Modernisierungskonzept einzubinden. Als Teil einer Nation kann die DDR diesen Weg nicht gehen, ganz gleich, welche politischen Kräfte sie in Zukunft regieren werden.

Sie kann die Chancen nicht nutzen, die sich für die anderen sozialistischen Länder aus einer solchen nationalen Orientierung ergeben. Die Existenz der DDR rechtfertigt sich bisher einzig aus dem Versuch, in einem Teil Deutschlands den Sozialismus aufzubauen – also aus ihrer Funktion als politisches und soziales System „jenseits des Kapitalismus“. In den Zeiten der Ost-West-Konfrontation fungierte sie als Gegenmodell und Vorposten des Sozialismus gegenüber der „Welt des Kapitalismus“. Wenn beides, die Selbstbehauptung des alten, in seinen Wurzeln auf dem Stalinismus gründenden Systems und die Logik des kalten Krieges verabschiedet werden, stellt dies für die DDR langfristig die Existenzfrage – es sei denn, die Vision

Wenn man unter Revolution eine „tiefgreifende Veränderung der Struktur der politischen und sozialen Verhältnisse“<sup>67)</sup> und nicht nur einen Wechsel in der Zusammensetzung der Eliten, eine Veränderung oder einen Bruch mit der Verfassung und andere parlamentarische Mehrheitsverhältnisse versteht, dann ist das, was sich im Oktober/November 1989 in der DDR abgespielt hat, intentional sicher eine Revolution. Daß es keine „konservative“, den Sozialismus bewahrende und erneuernde Umwälzung im Sinne Jürgen Kuczynskis ist, zeichnet sich immer deutlicher ab. Angesichts der die DDR im wahrsten Sinne des Wortes überwältigenden ökonomischen Probleme wäre dies auch eine Aufgabe, die kaum lösbar erscheint. Gleichwohl stellt sich die Frage, ob es Anzeichen dafür gibt, daß dieser Versuch ernsthaft gewollt ist und erkennbare Schritte in diese Richtung gegangen werden.

eines erneuerten, demokratischen Sozialismus ließe sich verwirklichen. Die Vorstellung, die DDR müsse einen „dritten Weg“ zwischen „bürokratisch-administrativem Sozialismus“ und der „Herrschaft transnationaler Monopole“ suchen, und die Existenz der DDR ermögliche „eine historische Chance einer deutschen Alternative des demokratischen Sozialismus in gleichberechtigter Partnerschaft zu allen Staaten Europas“<sup>69)</sup>, ist zu diffus, um in der gegenwärtigen Umbruchsituation einen Weg aus der Krise weisen zu können. Sie wird zudem von einer Partei vorgetragen, die 40 Jahre lang alle demokratisch-sozialistischen Alternativen unterdrückt hat.

Die SED-Führung und die DDR-Publizistik wurden in den Monaten vor dem 40. Jahrestag der DDR nicht müde, den Zustand, der noch wenige Jahre zuvor mit dem Begriff „real existierender Sozialismus“ bezeichnet worden war, als „Sozialismus in den Farben der DDR“ darzustellen. Darin kam zum Ausdruck, daß die SED unter erheblichen Legitimationsdruck geraten war. Sie konnte sich der allgemeinen Reformdiskussion und dem Einfluß wiedererwachter nationaler Gefühle nicht mehr völlig verschließen und war zu der Behauptung genötigt, daß die DDR eine eigene Identität habe, die sie sowohl von den sich demokratisierenden sozialistischen Ländern als auch von der Bundesrepublik unterscheidet. Der propagandistische Charakter dieser Kampagne war zu offenkundig, um Glauben zu finden. Die Veränderungen in der Sowjetunion, in Polen und Ungarn übten eine wachsende Faszination auf die Menschen aus.

<sup>67)</sup> Iring Fetscher, *Revolution*, in: Pipers Wörterbuch der Politik. Politikwissenschaft, Bd. 1, München 1985, S. 870.

<sup>68)</sup> Shmuel Eisenstadt/Stein Rokkan (Hrsg.), *Building States and Nations*, 2 Bde., Beverly Hills-London 1973.

<sup>69)</sup> Für einen alternativen demokratischen Sozialismus (Anm. 49).

Die Zurückhaltung der DDR-Führung gegenüber einer Adaption sowjetischer Entwicklungen basierte auf der Furcht vor einer erneuten Infragestellung des Existenzrechtes der DDR. In den ostmitteleuropäischen Ländern ist der Zusammenhang von Reformbewegung und der Suche nach größerer nationaler Eigenständigkeit unverkennbar. Er stellt sich aber für die DDR völlig anders dar als für Ungarn oder Polen. Dort schafft größere nationale Unabhängigkeit Freiräume und stiftet innergesellschaftliche Legitimität, die nötig ist, entscheidende Fragen der gesellschaftlichen Entwicklung in der Phase des Übergangs von der Diktatur zur Demokratie zu lösen<sup>70</sup>). Die staatliche Teilung Deutschlands verhindert eine politisch-strategische Nutzung der nationalen Frage für die Sicherung der Eigenständigkeit der DDR. Auf längere Frist wird keine der alten und neuen politischen Gruppierungen darum herumkommen, den Bürgern der DDR glaubhafte Gründe für einen Fortbestand der DDR als Staat anzubieten.

Eine erste repräsentative Umfrage des Leipziger Zentralinstituts für Jugendforschung von Ende November 1989 zur Frage der Vereinigung von Bundesrepublik und DDR (vgl. Tabelle 1) zeigt, daß zwar noch eine knappe Mehrheit der Bevölkerung einer Wiedervereinigung skeptisch bis ablehnend gegenübersteht, belegt aber auch, daß es extreme Auffassungsunterschiede zwischen den Anhängern der verschiedenen Parteien und Gruppierungen gibt. Der faktische Zusammenbruch der SED und die zu erwartende Verschärfung der Krise werden das Bild in kurzer Zeit ändern<sup>71</sup>).

**Tabelle 1: Haltung zur Vereinigung von DDR und Bundesrepublik (November 1989, in Prozent)**

Politische Orientierung	sehr dafür	eher dafür	eher dagegen als dafür	sehr dagegen
Insgesamt	16	32	29	23
Anhänger Neues Forum	23	39	26	12
LDPD	13	40	29	18
SED	5	14	28	53

<sup>70</sup>) Vgl. Michal Reiman, Nationale Elemente in den Reformbewegungen Osteuropas, in: Hannelore Horn/Wladimir Knobelsdorf/Michal Reiman (Hrsg.), Der unvollkommene Block. Die Sowjetunion und Ost-Mitteleuropa zwischen Loyalität und Widerspruch, Frankfurt u. a. 1988, S. 231.

<sup>71</sup>) Demokratie braucht Demoskopie. Interview mit Prof. Dr. Walter Friedrich, Direktor des Zentralinstituts für Jugendforschung, in: Neues Deutschland vom 7. Dezember 1989, S. 6; die Befragung wurde zwischen dem 20. und 27. November, also vor der Aufdeckung der meisten Korruptionsvorgänge durchgeführt.

Die erste repräsentative Meinungsumfrage in der DDR, die in westlichem Auftrag und in deutsch-deutscher Zusammenarbeit durch das Institut für Soziologie und Sozialpolitik der Akademie der Wissenschaften der DDR Anfang Dezember 1989 durchgeführt wurde, erbrachte ähnliche Ergebnisse. Die Daten dieser Umfrage müssen jedoch insofern relativiert werden, als bei den Befragten SED-Mitglieder und Ost-Berliner Bürger überrepräsentiert waren:

**Tabelle 2: Haltung zur Vereinigung von DDR und Bundesrepublik (Dezember 1989, in Prozent)**

Politische Orientierung	dafür	dagegen
Insgesamt	27	71
Anhänger Neues Forum	41	59
bisherige Blockparteien	46	53
SDP	49	48
SED	7	93

Quelle: Der Spiegel, Nr. 51 vom 18. Dezember 1989, S. 89.

Die politische Stagnation, die Abwesenheit von selbstverständlichen bürgerlichen Freiheiten und die Unfähigkeit der alten politischen Führung, die alltägliche Lebenssituation der Bevölkerung spürbar zu verbessern, haben in der Vergangenheit entscheidend dazu beigetragen, daß die Bundesrepublik zum fernen, unerreichbaren „Traumland“ wurde<sup>72</sup>). Die Möglichkeit, sich nun ein eigenes Bild zu machen, hat die Diskrepanz im Lebensniveau und in den Lebenschancen eher noch deutlicher werden lassen. Sie wirft in ganz neuer Weise die Frage nach dem Verhältnis der DDR zur Bundesrepublik als dem „großen, reichen Bruder“ auf. Es sieht so aus, als ob die Mehrheit der DDR-Bürger nicht bereit sein wird, ein erneutes sozialökonomisches und politisches Projekt zu tolerieren, einen „dritten Weg“ zu versuchen, dessen positive Resultate erst in einer Reihe von Jahren zu erwarten wären. Der Druck in Richtung „Vereinigung“ dürfte rasch wachsen.

So scheint es auch die Regierung Modrow zu sehen. In seiner Rede auf dem SED-Parteitag am 8. Dezember 1989 ging der Regierungschef daher explizit auf den „10-Punkte-Plan“ von Bundeskanzler Kohl ein: Er nahm die Vorstellung zukünftiger „föderativer Strukturen“ positiv auf, schränkte aber zugleich ein, daß eine Wiedervereinigung nicht auf der Tagesordnung der europäischen Politik stehe“.

<sup>72</sup>) Vgl. hierzu Gert-Joachim Glaebner, Offene deutsche Fragen – von den Schwierigkeiten, einander anzuerkennen, in: ders. (Hrsg.), Die DDR in der Ära Honecker. Politik – Kultur – Gesellschaft, Opladen 1988, S. 30 ff.

„In der Welt breitet sich die Erkenntnis aus, die Existenz und ein ordentliches Verhältnis der beiden deutschen Staaten sind gewichtige, ja erstrangige Fragen der Weltpolitik. Aus der Verantwortung, die sich mit dieser Tatsache verbindet, hat die Regierung der DDR eine Vertragsgemeinschaft der beiden deutschen Staaten vorgeschlagen . . . Wenn Bundeskanzler Helmut Kohl diesen Gedanken aufgegriffen und mit dem Hinweis auf konföderative Schritte ausgebaut hat, so ist dies, meine ich, ein maßvoller Ansatz für bevorstehende Erörterungen . . . Es geht darum, erst einmal die Kooperation auszubauen, und ich streite mit niemandem darüber, ob dies schon ein konföderativer Schritt sein könnte.“ Die DDR habe nur eine Chance, wenn sie sich „in den Weg zur Überwindung der Teilung Europas“ einordne<sup>73)</sup>.

Ohne daß den Beteiligten bislang klar wäre, was „Konföderation“ oder „konföderative Strukturen“ konkret bedeuten, gewinnt der Begriff an Faszination. Er bietet allen Beteiligten die Chance, der Forderung nach sofortiger Wiedervereinigung entgegenzutreten, ohne den Weg zu einer zukünftigen Einheit in einem demokratischen Europa zu verbauen. Er nimmt auf Befürchtungen Rücksicht, die auf dem EG-Gipfel in Straßburg am 8./9. Dezember spürbar geworden sind und auch durch die überraschende Viermächtekonferenz auf Botschafterebene am 11. Dezember zum Ausdruck kamen, und öffnet eine Perspektive, die eine Intensivierung deutsch-deutscher Zusammenarbeit mit einem Fortschreiten des westeuropäischen Integrationsprozesses und dem Aufbau einer gesamteuropäischen Friedensordnung verknüpft.

<sup>73)</sup> Souveräne DDR (Anm. 52), S. 3; Das Neue Deutschland hatte am 1. Dezember die Vorschläge Kohls im Wortlaut abgedruckt.

Der Besuch von Bundeskanzler Helmut Kohl in Dresden und seine Begegnung mit dem DDR-Ministerpräsidenten Hans Modrow am 19. Dezember 1989 hat eindrucksvolle Zeichen für die gemeinsame Bereitschaft gesetzt, eine weitreichende „Vertragsgemeinschaft“ beider Staaten zu entwickeln. Die Öffnung des Brandenburger Tors mag ein symbolischer Ausdruck dafür sein, worauf sich die Hoffnungen und Erwartungen vieler Menschen richten. Beide Regierungschefs haben gegenüber einem weitgespannten Erwartungshorizont auf eine bald vollzogene Einheit und einer wachsenden Ungeduld in Teilen der DDR-Bevölkerung aber auch sehr deutlich erkennen lassen, daß zunächst die praktischen Fragen einer engen Zusammenarbeit in allen Bereichen im Vordergrund der Entwicklung der beiderseitigen Beziehungen stehen müssen. Noch im Januar wird eine gemeinsame Wirtschaftskommission ihre Arbeit aufnehmen, um die dringend erforderliche ökonomische Unterstützung der DDR konkret voranzubringen. Auch Begegnungen auf höchster Regierungsebene werden in der nächsten Zeit dazu beitragen, das Konzept der „Vertragsgemeinschaft“ genauer zu fixieren. Vernunft und Augenmaß, die Verantwortung gegenüber den Deutschen und die Rücksichtnahme auf die legitimen Interessen der europäischen Nachbarn werden als Leit motive einer künftigen deutsch-deutschen Politik betont, die unter dem Vorzeichen der „Vertragsgemeinschaft“ steht und in eine Zukunft weist, deren Konturen und Perspektiven sich noch nicht deutlich erkennen lassen.

Die gegenwärtige Krise der DDR muß nicht deren Ende bedeuten. Aber sie bedeutet das Ende einer mehr als vierzigjährigen Diktatur. Und sie bedeutet die Chance für einen demokratischen Neubeginn. Wenn er gelingt, wird niemand mehr von lauter verpaßten demokratischen Revolutionen in Deutschland reden können.

# Politische Opposition in der DDR

## Ursprünge, Programmatik, Perspektiven

Der radikale politische Umbruch in der DDR und Osteuropa hat nicht nur die Vertreter des westlichen politischen Establishment, sondern auch Politik- und Sozialwissenschaftler weitgehend unvorbereitet getroffen. Das Ausmaß gesellschaftlicher Unzufriedenheit in der DDR, der Grad der Instabilität des politischen Systems, die Anzeichen für die Entstehung oppositioneller Gegenkräfte sind von der DDR-Forschung offensichtlich unterschätzt worden. Unabhängig von den dadurch aktivierten generellen Zweifeln an der Prognosefähigkeit der Sozialwissenschaften steht deshalb auch die Forschung in gewisser Weise vor der Notwendigkeit einer Erneuerung sowie einer Aufarbeitung ihrer Versäumnisse. Sie hat die Chance und die Aufgabe, ihre eigenen Prämissen und Methoden kritisch zu überprüfen, ihre langjährige Orientierung am Status quo zu überwinden und – gemeinsam mit den Kollegen aus der DDR – die zahlreichen Forschungslücken zu schließen.

Eines der dringlich aufzuarbeitenden Defizite besteht bei der wissenschaftlichen Analyse politischer Oppositionsströmungen in der DDR<sup>1)</sup>. Während die DDR- und Osteuropaforschung die kritischen Organisationen, Gruppierungen und Einzelpersonen in den Staaten des Warschauer Paktes wegen ihrer marginalisierten Stellung im politischen System bis in die Gegenwart hinein als weitgehend irrelevante Größen betrachtete, sind sie durch den offenen Ausbruch der Krise gleichsam über Nacht in eine Schlüsselrolle geraten: Der rapide Legitimitätsverlust der herrschenden Kommunisten und der Bedarf an unbelasteten, glaubwürdigen politischen Kräften haben die Oppositionsbewegungen – oftmals zu ihrer eigenen Überraschung – zur entscheidenden politischen Kraft gemacht, die vor der Aufgabe steht, spätestens bei den angekündigten freien Wahlen die Macht ganz oder teilweise zu übernehmen. In einer ersten, vorläufigen Analyse soll deshalb im Folgenden untersucht werden, woher in der DDR die neuen Akteure auf der politischen Bühne kommen, welche programmatischen Vorstellungen sie mitbringen und welche Rolle sie in der weiteren Entwicklung spielen könnten.

Schwierigkeiten ergeben sich dabei zunächst auf der begrifflichen Ebene: Was bedeutet im Kontext der DDR „politische Opposition“? Ohne an dieser Stelle den politikwissenschaftlichen Definitionsversuchen der Begriffe „Dissens“, „Protest“, „Opposition“ oder „Widerstand“ nachgehen zu wollen, ist im Zusammenhang mit der DDR hervorzuheben, daß sich dort – im Gegensatz zu Polen oder Ungarn – Gegnerschaft zur herrschenden Politik lange Zeit bewußt *nicht* als Opposition definiert hat. Insbesondere die informellen Gruppen der Friedens- und Umweltbewegung, aber auch führende Vertreter der evangelischen Kirchen haben sich in den achtziger Jahren wiederholt dagegen gewandt, kritisches gesellschaftliches Engagement mit diesem Begriff zu belegen – und es damit aus dem Spektrum legaler Artikulationsmöglichkeiten auszugrenzen.

Erst die Zuspitzung der innenpolitischen Krise in der DDR und die dadurch vergrößerten Spannungen zwischen Kirche, Staat und Gruppen haben dazu geführt, daß der Begriff „Opposition“ seit etwa 1988 in das Selbstverständnis der kritischen Gruppen stärker Eingang gefunden hat<sup>2)</sup>. Die systematische Abdrängung innergesellschaftlicher politischer Konflikte in die Freiräume der evangelischen Kirchen und der Versuch der SED-Führung, sie dort mit Restriktionen und polizeilichen Mitteln zu bekämpfen, hat im Sommer 1989 schließlich auch führende Kirchenvertreter zu der Forderung veranlaßt, in der DDR eine legale Opposition zuzulassen, um damit die Kirchen von ihrer politischen Stellvertreterrolle zu entlasten<sup>3)</sup>.

Seit der Ablösung Erich Honeckers als Generalsekretär der SED, mit der die Tolerierung unabhängiger politischer Gruppierungen und die Emanzipation der bislang gleichgeschalteten „alten“ Organisationen eingeleitet wurde, ist der Begriff der „Opposition“ erneut unscharf geworden. Die neuen Organisationen verstehen sich bislang zum überwiegenden Teil nicht als Gegner des sozialistischen Systems; andere – wie unabhängige Berufsver-

<sup>2)</sup> Vgl. dazu die Äußerungen von Markus Meckel, dem späteren Mitbegründer der SDP, in: Gerhard Rein/Heino Falcke/Friedrich Schorlemmer/Markus Meckel/Vera Wollenberger/Erhart Neubert, Im Prinzip Hoffnung. Gespräche über Alternativen zum real existierenden Sozialismus, in: Kirche im Sozialismus, (1989) 4, S. 139.

<sup>3)</sup> Vgl. Matthias Hartmann, Teile und herrsche, in: Deutschland Archiv, (1989) 8, S. 834.

<sup>1)</sup> Die einzige Monographie zur DDR-Opposition stammt aus der Feder eines Journalisten: Karl Wilhelm Fricke, Opposition und Widerstand in der DDR. Ein politischer Report, Köln 1984.

bände oder Interessenverbände — sind hinzugekommen, die in traditionellen politischen und sozialen Milieus wurzeln. Die „befreundeten Parteien“ LDPD, NDPD, CDU und DBD versuchen, sich ebenfalls als kritisches Korrektiv zu profilieren, und auch die radikalreformerischen Strömungen in der SED haben für sich wiederholt die Bezeichnung „Opposition“ in Anspruch genommen.

Wenn im Folgenden von einem Oppositionsbegriff ausgegangen wird, der sich auf die neuen, aus den informellen Gruppen hervorgegangenen Organisationen beschränkt, dann liegt darin die Gefahr, daß

dieses Herangehen schon in kurzer Zeit von der weiteren Dynamik der Ereignisse und den sich neu ausbildenden Konfliktlinien widerlegt wird. Auf der anderen Seite stützt sich diese Definition auf den bisherigen Entwicklungsprozeß und spiegelt im großen und ganzen auch die gesellschaftliche Wahrnehmung wider. Die Erfahrung in Ländern, in denen der Reformprozeß bereits früher eingeleitet wurde, zeigt überdies, daß zumindest in der Periode des Übergangs vom Parteistaat zur Demokratie die Unterscheidung zwischen den etablierten und den oppositionellen Kräften die bestimmende ist.

## I. Ursprünge

Die politisch bedeutsamsten oder mitgliederstärksten neuen Gruppierungen in der DDR — das „Neue Forum“ (NF), die „Sozialdemokratische Partei“ (SDP), die Partei „Demokratischer Aufbruch“ (DA), die „Grüne Partei“, die „Bürgerbewegung ‚Demokratie Jetzt‘“ sowie die Sammlungsbewegung „Vereinigte Linke“ — wurzeln in einer marginalisierten politischen Gegen- oder Subkultur, die sich in den achtziger Jahren mangels anderer Artikulationsmöglichkeiten vor allem unter dem Dach der evangelischen Kirchen formierte. Dieses Potential setzt sich aus durchaus unterschiedlichen Segmenten zusammen, die im Verlauf von politischen Umbruchprozessen und individuellen Lebensentwicklungen zueinander fanden: Pazifisten, die mit der Politik der Wiederbewaffnung und Militarisierung in Konflikt kamen; unzufriedene und nach Selbstverwirklichung suchende Jugendliche; gesellschaftspolitisch engagierte Christen; Träger neuer postmaterieller oder emanzipatorischer Orientierungen; Marxisten, die mit der Politik der SED nicht einverstanden waren, etc.

Diese politischen Kräfte organisierten sich vor allem in Form von informellen Gruppen, die zumeist im Schutzraum der Kirchen arbeiteten und sich in erster Linie nur an eine innerkirchliche Öffentlichkeit richten konnten<sup>4</sup>). Seit Mitte der achtziger Jahre entstand darüber hinaus — ähnlich wie in anderen sozialistischen Staaten — eine „zweite Öffentlichkeit“ aus selbstverlegten innerkirchlichen oder unabhängigen Zeitschriften, anderen Publikationen sowie Veranstaltungen<sup>5</sup>).

<sup>4</sup>) Die Zahl der informellen Gruppen wurde 1988 mit 325 beziffert, wovon sich die großen unter ihnen oft noch in thematische Untergruppen untergliedern; vgl. Ulrike Poppe, Das kritische Potential der Gruppen in Kirche und Gesellschaft, unveröffentlichtes Manuskript, Berlin (Ost) 1988, S. 9.

<sup>5</sup>) Vgl. Frithjof Heller, Unbotmäßiges von „Grenzfall“ bis „Wendezeit“. Inoffizielle Publizistik in der DDR, in: Deutschland Archiv, (1988) 11, S. 1188—1196.

Auffällig ist, daß es nahezu keinerlei personelle oder ideologische Kontinuität gibt zwischen den informellen Gruppen der achtziger Jahre und den früheren, traditionellen Ansätzen politischer Opposition in der DDR wie der Kritik an Bodenreform und Kollektivierung, dem Arbeiterwiderstand, den sozialdemokratischen und bürgerlichen Strömungen oder den Oppositionsgruppen in der SED. Traditionsbildend wirken in erster Linie nur jene Aktivitäten, die innerhalb der evangelischen Kirchen angesiedelt waren: die Erfahrungen des Kirchenkampfes seit den frühen fünfziger Jahren, die Proteste von Wehrdienstverweigerern in den sechziger Jahren, die Formierung einer unabhängigen Friedensbewegung in den siebziger Jahren und die Entstehung eines ganzen Netzes von Friedens-, Menschenrechts-, Ökologie-, Frauen-, Homosexuellen- und Zwei-Drittel-Welt-Gruppen in den achtziger Jahren.

Ein zweiter, schwächerer Impuls ging von marxistisch orientierten Zirkeln aus, die in den sechziger und siebziger Jahren — zumeist in konspirativer Form — alternative Gesellschaftskonzepte diskutierten und erst in den achtziger Jahren zunehmend die Freiräume nutzten, die die evangelischen Kirchen für ein offenes politisches Engagement boten. Die kritischen Kräfte im kulturellen Sektor hielten sich dagegen bis auf wenige Ausnahmen weitgehend fern von diesem kirchlich-oppositionellen Milieu und nutzten die Kirchen bestenfalls als „host institution“.

Identitätsbildend wirkte diese Entwicklungsgeschichte der kritischen Gruppierungen in der DDR vor allem in zweierlei Hinsicht: Zum einen hat die dominante Rolle der evangelischen Kirchen starken Einfluß auf Bewußtsein und Gestalt der Opposition genommen; christliche Überzeugungen, religiöse Handlungsmuster sowie nicht zuletzt die materiellen und personellen Ressourcen der Kirchen spielen eine bedeutende Rolle. So ist es kein Zufall, daß die Oppositionsparteien SDP und DA vornehmlich von

kirchlichen Mitarbeitern gegründet wurden, und ohne die regelmäßigen Friedensgebete in Leipzig wäre es wahrscheinlich nie zur Entstehung der Demonstrationsbewegung vom Herbst 1989 gekommen. Auch die strikte Gewaltfreiheit der Massenproteste und die starke Akzentuierung sozialer Orientierungen dürften in christlich-kirchlichen Prägungen wurzeln.

Zum anderen ist die DDR-Opposition gekennzeichnet von einem Selbstverständnis, das man mit dem ungarischen Romancier György Konrád als „Anji-Politik“ bezeichnen könnte und das für die informellen Gruppen der neuen sozialen Bewegungen insgesamt kennzeichnend ist: Sie sind kulturorientiert statt machtorientiert, basisdemokratisch statt zentralistisch, reaktiv statt offensiv; sie thematisieren eher Einzelthemen und -konflikte als globale Politikstrategien. Hier wurzelt ein Großteil der Schwierigkeiten der DDR-Opposition, das von den zerfallenden politischen Institutionen hinterlassene Machtvakuum zu füllen.

Die allmähliche Transformation dieser „single issue“-Bewegung in eine politische Opposition setzte in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre ein und wurde durch die Politik der damaligen SED-Führung beschleunigt. Nach dem Machtantritt von Michail Gorbatschow in der Sowjetunion und den großen Veränderungen in Polen und Ungarn kristallisierte sie sich vor allem an der Forderung nach grundlegenden politischen Reformen auch in der DDR, die gegenüber den früheren Themen wie Umweltschutz, Friedenspolitik oder Dritte Welt eine neue Qualität besaß. Einzelne Gruppen wie die „Initiative Frieden und Menschenrechte“ gingen in diesem Prozeß voran, indem sie Kontakte zur osteuropäischen Opposition knüpften und Forderungen erhoben, die explizit auf eine Veränderung des politischen Systems zielten: Rechtsstaatlichkeit, Meinungs- und Pressefreiheit, Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit, Streikrecht, Aufstellung unabhängiger Kandidaten zu Kommunal- und Volkskammerwahlen, Erweiterung der Reisefreiheit, gesellschaftliche Selbstorganisation, Dezentralisierung, Demokratisierung und Anerkennung des in der Gesellschaft existierenden Pluralismus<sup>6)</sup>.

Vorläufer der Reformdiskussion finden sich auch in den Bemühungen der evangelischen Kirchen um die Gleichberechtigung der Christen, die zunehmend das gesamte Verhältnis zwischen Bürger und Staat in der DDR thematisierten. Das Werben für einen Dialog zwischen Christentum und Marxismus und um die Anerkennung eines eigenständigen Beitrages der Christen bei der Lösung gesellschaftlicher

<sup>6)</sup> Vgl. Initiative Frieden & Menschenrechte, Grenzfall. Vollständiger Nachdruck aller in der DDR erschienenen Ausgaben (1986/87), hrsg. von Ralf Hirsch und Lew Koplew, Berlin 1989 (Selbstverlag), S. VII f. und S. 1 f.

cher und politischer Probleme — zum Beispiel bei der Friedenssicherung — zielten ebenso in diese Richtung wie das Aufgreifen der Menschenrechtsproblematik durch die Kirchen und die Forderung nach mehr Information und Mitwirkungsmöglichkeiten der Bürger zum Beispiel im Umweltschutz.

Die Kirchen setzten damit dem konservativen, auf Sicherung der Machtstrukturen fixierten Konzept der SED eine Strategie politischer Stabilität durch Partizipation und Wandel entgegen, wie es auch die kommunistischen Reformpolitiker vertreten. „Was der Einzelne an Rechten wahrnehmen und an Möglichkeiten nutzen kann“, erklärte etwa die Synode des DDR-Kirchenbundes 1985, „bestimmt das Maß seiner schöpferischen Mitwirkung an der Gestaltung seines Landes und trägt zu dessen Stabilität bei. Ein Staat und eine Gesellschaftsordnung sind umso stabiler, je mehr sie auf die Loyalität und verantwortliche Mitarbeit ihrer Bürger zählen können.“<sup>7)</sup>

Daß die Reformdiskussion und der Demokratisierungsprozeß in der Sowjetunion, Polen und Ungarn die diesbezüglichen Erwartungen in der DDR ermutigten — nicht zuletzt weil sie konkrete Verfahren und Strukturen des Übergangs zu einem pluralen, demokratischen System vor Augen führten —, läßt sich deutlich zurückverfolgen. Insbesondere der Generalsekretär der KPdSU, Michail Gorbatschow, erschien vielerorts als Hoffnungsträger, dessen Schriften mit großem Interesse rezipiert wurden und dessen Bild auf selbstgefertigten Plaketten und Fotos verbreitet wurde.

Die ersten positiven Reaktionen auf die Veränderungen in der Sowjetunion erfolgten im Zusammenhang mit den Abrüstungsvorschlägen Gorbatschows vom Januar 1986, die von den Kirchen in verschiedenen Erklärungen als eine Bestätigung ihrer Friedensvorstellungen bezeichnet wurden und Hoffnungen auf einen allgemeinen politischen Umdenkungsprozeß weckten. Im Verlauf der Herbstsynoden des Jahres 1986 griffen die evangelischen Kirchen in der DDR die Forderung des sowjetischen Generalsekretärs nach einem „neuen Denken“ mit großer Zustimmung auf und gaben der Hoffnung Ausdruck, daß dieses in Form einer wirklich mündigen Mitwirkung aller Bürger „auch in unserer Gesellschaft ein tragfähiges Fundament findet“<sup>8)</sup>.

Die Anzeichen eines vorsichtigen Wandels im Zeichen der sowjetischen Reformpolitik auch in der DDR, als deren Höhepunkt der von offiziellen und kirchlichen Gruppen gemeinsam ausgerichtete

<sup>7)</sup> Synode des Bundes der Kirchen in der DDR, Erklärung, Dresden, 20.–24. September 1985, in: EPD-Dokumentation, 43/85, S. 44.

<sup>8)</sup> Kirchenleitung der Evang. Landeskirche Greifswald, Bericht an die Synode, in: EPD-Dokumentation, 52/86, S. 29.

Olof-Palme-Friedensmarsch im September 1987 betrachtet werden kann, nährten in den Kirchen die Hoffnung, daß die „Ansätze der Öffnung in unserer Gesellschaft“<sup>9)</sup> in eine umfassendere Reformpolitik münden könnten. Die Erweiterung der Reismöglichkeiten, die Veröffentlichung des gemeinsamen Dialog-Papiers von SED und SPD im August 1987 sowie der Besuch Erich Honeckers in Bonn im Oktober 1987 wurden als Ermutigung aufgefaßt. Die größeren Spielräume für die Kirchenzeitungen, die sich ausweitenden Aktivitäten der Gruppen, die vielversprechenden Ansätze eines offenen christlich-marxistischen Dialoges sowie die spürbar zunehmende kirchliche Berichterstattung in den staatlichen Medien erweckten den Eindruck, als ob die Kirchen zum Experimentierfeld für eine politische Öffnung gemacht werden sollten.

Die Kirchen dankten für diese Klima-Veränderung und bekannten sich mit gewachsenem Selbstbewußtsein zu ihrem „begrenzten politischen Mandat“ und zum Engagement der Gruppen<sup>10)</sup>. „Offenheit“ und „Öffentlichkeit“, die Übersetzungen des russischen Wortes „Glasnost“, aber auch Begriffe wie „Dialog“, „Streitkultur“ oder der des „gemeinsamen europäischen Hauses“ wurden zu wichtigen Stichworten der kirchlichen Diskussion. Zugleich wurde die Erwartung artikuliert, daß es zu weitergehenden Veränderungen komme; insbesondere setzten sich die Kirchen im Zusammenhang mit den Reiseerleichterungen – wie 1989 eingeführt – für klare gesetzliche Regelungen mit einem Einspruchsrecht der Bürger ein<sup>11)</sup>.

Skeptischer reagierten demgegenüber die informellen Gruppen, die nach wie vor die Erfahrung machen mußten, in der DDR nicht als Dialogpartner anerkannt und für ihre Aktivitäten – zum Beispiel durch Ordnungsstrafen oder Ungarn-Reiseverbote – sogar bestraft zu werden. „Selbst das, was wohlwollende Beobachter als Ansätze zu Veränderung auffassen möchten“, hieß es in einer Erklärung von Vertretern der Initiative „Frieden und Menschenrechte“ vom August 1987, „erscheint oft als unbeständige Lockerung, die nicht eingefordert werden kann, oder als reine Kosmetik“<sup>12)</sup>.

Diese Einschätzung bestätigte sich kurz darauf, als die SED-Führung mit der Durchsuchung der Räume der Ost-Berliner Umweltbibliothek im No-

vember 1987 und den Verhaftungen im Gefolge der Liebknecht/Luxemburg-Demonstration im Januar 1988 deutlich machte, daß sie die Grenzen der Liberalisierung bereits für überschritten hielt und die Formierung unabhängiger politischer Kräfte unter dem Dach der Kirche nicht zulassen wollte. Sie löste damit jedoch erstmals massenhaften Widerstand durch Mahnwachen und Fürbittgottesdienste aus, der immerhin durchsetzte, daß alle Verhafteten auf freien Fuß gesetzt wurden, wenngleich manche in den Westen abgeschoben wurden. Die Führung reagierte mit einer kirchenpolitischen Grundsatzerklärung, die Politbüro-Mitglied Werner Jarowsky im Februar 1988 gegenüber dem Vorsitzenden des DDR-Kirchenbundes, Bischof Leich, abgab<sup>13)</sup> und der mit der Zensur der Kirchenpresse und einer demonstrativen Polizeikontrolle vor einem Gottesdienst von Bischof Forck in der Ost-Berliner Sophienkirche Nachdruck verliehen wurde. Die zunehmend demonstrative Absage der DDR-Führung an jegliche Reformpolitik und die sich weiter vergrößernde Kluft zur Entwicklung in anderen sozialistischen Staaten ließ die Reformdiskussion jedoch nicht verstummen, sondern eher nüchterner und fordernder werden – mit Blick auf die Entwicklungen in der Sowjetunion, Polen und Ungarn auch konkreter und radikaler.

Nunmehr wurden auch auf den Synoden mit zunehmender Deutlichkeit grundlegende gesellschaftliche Veränderungen verlangt, die insbesondere zu größerer Offenheit, Rechtssicherheit und Mitbestimmung führen müßten. Im April 1988 begrüßte die Berlin-Brandenburgische Synode ausdrücklich „den Prozeß der sozialistischen Umgestaltung auf dem Wege der Offenheit und der Demokratisierung in der Sowjetunion und anderen sozialistischen Ländern“ und äußerte die Hoffnung „auf einen entsprechenden Prozeß der Demokratisierung und Offenheit auch in der DDR“<sup>14)</sup>. Auch der bis dahin als eher moderat geltende Kirchenbund-Vorsitzende, Bischof Werner Leich, legte Erich Honecker die diesbezüglichen Erwartungen der Kirchen in einem Gespräch im März 1988 mit großer Deutlichkeit dar und spielte im September vor der Bundes-synode sogar auf die tschechoslowakische Formulierung vom „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“ an, als er sagte: „Wir brauchen eine Gesellschaft, die im täglichen Erleben ein menschliches Angesicht hat.“<sup>15)</sup>

<sup>9)</sup> Synode der Evang. Kirche der Kirchenprovinz Sachsen, Beschluß zum Rechenschaftsbericht der Kirchenleitung, 29. Oktober–1. November 1987, in: EPD-Dokumentation, 52/87, S. 33.

<sup>10)</sup> Vgl. die Beratungen der Sächsischen und der Provinz-sächsischen Synode im Oktober 1987, zum Teil dokumentiert in: EPD-Dokumentation, 52/87, S. 1 ff. und S. 23 ff.

<sup>11)</sup> Vgl. Synode der Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg, Beschluß betr. „Reisemöglichkeiten“, in: EPD-Dokumentation, 25/87, S. 30.

<sup>12)</sup> Initiative Frieden & Menschenrechte (Anm. 6), S. 102.

<sup>13)</sup> Wiedergegeben in: EPD-Dokumentation, 43/88, S. 60 ff.

<sup>14)</sup> Berlin-Brandenburgische Synode, Beschluß betr.: „Umgestaltung in der UdSSR“, in: EPD-Dokumentation, Nr. 21/88, S. 74.

<sup>15)</sup> Landesbischof Werner Leich, Vorsitzender der Konferenz der Kirchenleitungen, Ansprache beim Treffen mit dem Staatsratsvorsitzenden Erich Honecker am 3. März 1988, in: EPD-Dokumentation, 12/88, S. 2 ff.; Matthias Hartmann, „Hier ändert sich nichts“. Zur Synodaltagung des Kirchenbundes, in: Deutschland Archiv, (1988) 10, S. 1025.



Informelle Gruppen legten währenddessen das erste in einem längeren Diskussionsprozeß von verschiedenen Vertretern erarbeitete politische Reformkonzept in Form von 20 Thesen zur gesellschaftlichen Erneuerung vor, die der Wittenberger Pfarrer Friedrich Schorlemmer im Juni 1988 auf dem Kirchentag in Halle vortrug und die in einem deutlichen Bezug zu den Thesen der KPdSU zur Vorbereitung der Parteikonferenz standen<sup>16)</sup>. Eine umfassende Demokratisierung forderten auch verschiedene Basisgruppen in einem „Brief an die Christen in der DDR und ihre Gemeindevertretungen – Neues Handeln“, der am Rande des Görlitzer Kirchentages vorgelegt wurde und in dem es u. a. hieß: „Nicht zuletzt die Veränderungen in der Sowjetunion regen uns an, über prinzipielle Fragen der gesellschaftspolitischen Erneuerung nachzudenken. Eine Reform des politischen Systems der Mitverantwortung einschließlich des Wahlsystems und der Wahlverfahren, die Herausbildung eines öffentlichen Meinungspluralismus zu den drängenden Lebensproblemen im Land – etwa durch Gründung von Bürgerinitiativen, Zeitschriften u. a. – erscheinen uns unumgänglich.“<sup>17)</sup>

Wie groß der Diskussionsbedarf über grundlegende Alternativen zur starren Politik der DDR-Führung geworden war, zeigten auch die „ökumenischen Versammlungen“ in Dresden und Magdeburg, die – ursprünglich auf das Thema „Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung“ ausgerichtet – trotz einer persönlichen Intervention des Staatssekretärs für Kirchenfragen einen umfassenden Katalog von Reformvorschlägen vorlegten<sup>18)</sup>.

Die Schaffung von Verhältnissen, „in denen niemand mehr Ausbürgerungsanträge stellen will“<sup>19)</sup>, erschien auch aufgrund des wachsenden Ausreisedrucks immer dringlicher, mit dem die Kirchen und die Gruppen in ihrer Arbeit schon seit Jahren unmittelbar konfrontiert waren. Da sich die Bleibeappelle und seelsorgerliche Begleitung der Kirchen als untauglich erwiesen hatten, das Problem zu entschärfen, wurden verstärkt Diskussionen geführt über die Ursachen des Weggangs und der darin spürbar werdenden gesellschaftlichen Depression. „Weil sich in der Gesellschaft Gleichgültigkeit, Resignation und Stagnation ausbreiten, und sich die Zahl der Menschen erhöht, die sich deshalb zurück-

ziehen oder hier nicht mehr leben wollen“, hieß es dazu in den 20 auf dem Kirchentag in Halle vorgelegten Thesen, „halten wir es für nötig, darüber offen zu reden und die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen so umzugestalten, daß mehr Bürger gesellschaftliche Mitarbeit als sinnvoll erleben.“<sup>20)</sup>

Während es bis zu diesem Zeitpunkt der SED noch weitgehend gelungen war, die kritischen Gruppen zu isolieren und die Bevölkerung stillzuhalten, so machten die Kommunalwahlen im Mai 1989 erstmals deutlich, daß die Unzufriedenheit immer breitere Kreise erfaßte und die Menschen allmählich ihre Angst verloren. Bei den früher kaum beachteten Nominierungsversammlungen kam es zu heftigen Diskussionen, vielfach wurden sie gar nicht erst öffentlich bekanntgegeben, damit sie nicht außer Kontrolle geraten konnten. Kirchliche Gruppen riefen daraufhin dazu auf, den Wahlen fernzubleiben oder mit „Nein“ zu stimmen, und organisierten in verschiedenen Städten eine möglichst flächendeckende Beobachtung der Auszählung. Dabei ergaben sich erhebliche Differenzen zwischen den offiziell mitgeteilten und den vom jeweiligen Leiter der Wahlbüros tatsächlich gezählten Stimmenergebnissen, insbesondere bei den Nein-Stimmen und bei der Wahlbeteiligung: Während Egon Krenz als Vorsitzender der Wahlkommission noch am Abend der Wahl von 98,85 Prozent Zustimmung zum „Gemeinsamen Wahlvorschlag der Nationalen Front“ sprach, wurden in vielen Wahlbüros rund 20 Prozent Nein-Stimmen oder Nicht-Wähler gezählt. In einem Fall hatte das „Neue Deutschland“ die Ergebnisse im Berliner Bezirk Weißensee mit 43 042 abgegebenen Stimmen angegeben, davon 24 ungültig, 42 007 für und 1 011 gegen den Wahlvorschlag der Nationalen Front; Vertreter kirchlicher Gruppen, die der Auszählung in 66 von 67 Wahllokalen beigewohnt hatten, hatten dagegen nur 27 680 abgegebene, davon 46 ungültige, 25 410 Ja- und 2 224 Nein-Stimmen registriert<sup>21)</sup>. Zahlreiche Personen erstatteten daraufhin Anzeige wegen Wahlfälschung, und die Kirchen baten um Aufklärung – beides ohne Erfolg.

Eine Politisierung lösten auch die Veränderungen in der außenpolitischen Orientierung der DDR aus. Während die SED unmißverständlich ihre Ablehnung des Aufbruchs in Polen und Ungarn zum Ausdruck brachte, verbündete sie sich demonstrativ mit den ultrakonservativen Kommunisten in Prag, Peking und Bukarest. War die feierliche Verleihung des Karl-Marx-Ordens an den rumänischen Diktator Nicolae Ceauşescu im November 1988 für viele schon ein zynischer Akt angesichts der gerade be-

<sup>16)</sup> Wider eine Gesellschaft der Gleichgültigen und Verantwortungslosen. Zwanzig Thesen zur Erneuerung und Umgestaltung, die auf dem Kirchentag in Halle vorgelegt und diskutiert wurden (im weiteren abgekürzt als „Thesen“), in: Frankfurter Rundschau vom 13. Juli 1988.

<sup>17)</sup> Brief an Christen in der DDR und ihre Gemeindevertretungen – Neues Handeln (im weiteren abgekürzt als „Brief“), in: EPD-Dokumentation, 39 a/88, S. 8.

<sup>18)</sup> Vgl. insbesondere das Papier „Mehr Gerechtigkeit in der DDR – unsere Aufgabe, unsere Erwartungen“, in: EPD-Dokumentation, 21/89, S. 27 ff.

<sup>19)</sup> Zitiert in: M. Hartmann (Anm. 15), S. 1026.

<sup>20)</sup> Thesen (Anm. 16).

<sup>21)</sup> Ausführliche Informationen und Zahlen zu den Wahlen enthält die im Selbstverlag erschienene Dokumentation: Wahlfall 89, hrsg. von der Koordinierungsgruppe Wahlen, Berlin (Ost) o. J. (1989).

kannt gewordenen Dorfvernichtungspläne, so erfüllte die feierliche Erklärung der Volkskammer vom Juni 1989, in der die DDR die Urheber des Massenmordes in Peking in Schutz nahm, die Bevölkerung mit Scham — und Egon Krenz lieferte bei seinem China-Besuch Anfang Oktober weitere Solidaritätsbeweise. Böse Erinnerungen weckte auch der Bericht des Politbüros vom Juni 1989 gegenüber dem Zentralkomitee, in dem es — wie im Jahre 1968 — hieß: „Unter der Fahne der Erneuerung des Sozialismus sind Kräfte am Werke, die die Beseitigung des Sozialismus anstreben. In diesem Zusammenhang erfüllt uns die Entwicklung in Ungarn mit großer Sorge.“<sup>22)</sup>

Die Kommunalwahlen, der Druck des Staates auf die Kirchen, die unter ihrem Dach wirkenden Gruppen zu disziplinieren, sowie negative Erfahrungen mit den kirchenleitenden Gremien in aktuellen Konfliktsituationen bestärkten Bestrebungen in den informellen Gruppen, sich von der Kirche zu emanzipieren und sich als eine unabhängige politische Plattform in der DDR zu konstituieren. Es verbreitete sich die Überzeugung, daß es — ähnlich wie in anderen sozialistischen Ländern — auch in der DDR einer organisierten Opposition bedürfe, die außerhalb der Kirche angesiedelt ist und alle kritischen Kräfte zusammenführt. Um die fatale Alternative „Instabilität oder Fortführung des Bisherigen“ zu überwinden, bedürfe es einer konstruktiven Alternative zur Politik der SED-Führung, deren Herausbildung durch die gesetzliche Festschreibung der führenden Rolle der Partei und die Fiktion von der politisch-moralischen Einheit von Partei und Volk verhindert worden sei<sup>23)</sup>.

Die Zuspitzung der Ausreise-Problematik im Sommer 1989 durch den Abbau der Sperranlagen an der österreichisch-ungarischen Grenze sowie durch die Botschaftsbesetzungen bildete den Auslöser dafür, daß der Initiativkreis „Absage an Prinzip und Praxis der Abgrenzung“ Mitte August zur Gründung einer DDR-weiten Sammlungsbewegung für die Erneuerung aufrief, die bei den Volkskammerwahlen 1991 eine „identifizierbare Alternative“ bilden sollte<sup>24)</sup>. Wenige Tage später gründete sich eine Initiativgruppe mit dem Ziel, in der DDR eine sozialdemokratische Partei aufzubauen und die Voraussetzungen „einer legalen Parteigründung und ihre Vorbereitung“ zu erarbeiten<sup>25)</sup>. In kurzer Zeit formierte sich dann in der DDR ein halbes Dutzend neuer Organisationen und Vereinigungen, deren separates Auftreten jedoch weniger auf unterschiedliche politische Programme als vielmehr auf Differenzen

zwischen Personen, Gruppen und Regionen zurückging. Lediglich einmal — am 4. Oktober 1989 — traten diese Oppositionsgruppen mit einem gemeinsamen Aufruf an die Öffentlichkeit, in dem sie eine demokratische Umgestaltung von Staat und Gesellschaft und demokratische Wahlen unter Kontrolle der UNO forderten<sup>26)</sup>. Durch die späteren Verhandlungen am „runden Tisch“ wuchs jedoch der Druck auf die Opposition, gemeinsame Positionen zu formulieren.

Das *Neue Forum* (NF) ist bisher die zahlenmäßig stärkste Oppositionsgruppe; sie wurde am 9. September 1989 von 30 Vertretern aus elf DDR-Bezirken in Grünheide, dem früheren Wohnsitz von Robert Havemann, gegründet. Zu den Erstunterzeichnern des Gründungsaufrufes gehörten die Ost-Berliner Malerin Bärbel Bohley, der Physiker Martin Böttger, die Havemann-Witwe Katja, der aus der SED ausgeschlossene und mit Berufsverbot belegte Rechtsanwalt Rolf Henrich, der Physiker Sebastian Pflugbeil, der Molekularbiologe Professor Jens Reich, der Maurer Reinhard Schult sowie der Direktor der Evangelischen Akademie Magdeburg, Hans-Jochen Tschiche. Das NF setzte sich in seinem ersten Aufruf lediglich zum Ziel, eine politische Plattform für die ganze DDR zu bilden, „die es Menschen aus allen Berufen, Lebenskreisen, Parteien und Gruppen möglich macht, sich an der Diskussion und Bearbeitung lebenswichtiger Gesellschaftsprobleme in diesem Land zu beteiligen“. Das NF verstand sich — bis Manuskriptabschluß Mitte Dezember — dementsprechend nicht als Partei, sondern als breite Sammlungsbewegung ohne Programm, deren Programmatik erst erarbeitet werden soll, obgleich die Initiatorengruppe wiederholt zu aktuellen Entwicklungen Stellung bezogen hat.

Im September wurde der Antrag des NF auf Registrierung als „Vereinigung“ vom Innenministerium abgelehnt; zunächst mit der Begründung, es handle sich um eine staatsfeindliche Organisation, dann, weil dafür keine „gesellschaftliche Notwendigkeit“ bestehe. Nach ersten Gesprächen auf lokaler Ebene zwischen Vertretern des NF und der SED Mitte Oktober zeichnete sich eine Tolerierung ab, später revidierte das Ministerium seine Entscheidung und ließ den Antrag auf Registrierung zu. Anfang Dezember erhielt das NF nach einer Wohnungsbesetzung erstmals staatliche Räume in Berlin zugewiesen. Zu diesem Zeitpunkt hatten über 200 000 Menschen den Gründungsaufruf unterzeichnet, und in der ganzen DDR konstituierten sich lokale, zum Teil auch betriebliche Gruppen des NF. Inzwischen haben diese Gruppen auf örtlicher, bezirklicher und Landesebene demokratische Vertretungen gewählt. Daneben ist eine Struktur aus Fachgruppen im Aufbau, die sich mit Themen wie

<sup>22)</sup> Vgl. Ilse Spittmann, Auf dem Drahtseil, in: Deutschland Archiv, (1989) 7, S. 722.

<sup>23)</sup> Vgl. das Interview mit Friedrich Schorlemmer in der Sendung „Kennzeichen D“ vom 30. August 1989.

<sup>24)</sup> Vgl. die ausführliche Berichterstattung in: die tageszeitung vom 15. August 1989.

<sup>25)</sup> Vgl. die tageszeitung vom 29. August 1989.

<sup>26)</sup> Vgl. die tageszeitung vom 9. Oktober 1989.

Volksbildung, Wirtschaft, DDR-Geschichte oder Umwelt beschäftigen.

Der *Demokratische Aufbruch* — sozial, ökologisch (DA) geht auf eine im Juni 1989 gegründete Initiativgruppe zurück, die überwiegend von kirchlichen Mitarbeitern ins Leben gerufen wurde. Nach einer von der Polizei behinderten Gründungsversammlung am 2. Oktober 1989, auf der der Entwurf einer „Programmatischen Erklärung“ vorgelegt wurde, hat sich der DA am 30. Oktober 1989 bei einer Delegiertenversammlung mit Vertretern aus allen DDR-Bezirken als Partei vorläufig konstituiert. Die endgültige Parteigründung erfolgte auf einem Parteitag Mitte Dezember. Vorsitzender ist der Rostocker Rechtsanwalt Wolfgang Schnur, Pressesprecherin die 22 Jahre alte Leipzigerin Christiane Ziller. Zu den Mitbegründern zählen der Ost-Berliner Pfarrer Reiner Eppelmann, der Weimarer Theologe Edelbert Richter und der wissenschaftliche Mitarbeiter des DDR-Kirchenbundes Erhart Neubert. Auch andere bekannte Wortführer in den evangelischen Kirchen wie der Wittenberger Theologe Friedrich Schorlemmer und der Erfurter Probst Heino Falcke sind Mitglieder des DA. Wie bei den anderen Oppositionsbewegungen nimmt die Mitgliederzahl rasch zu, Ende November waren es zwischen 10 000 und 20 000.

Die *Sozialdemokratische Partei* (SDP) hat sich am 7. Oktober 1989 formell als Partei gegründet. Zuvor hatten vier Pastoren und ein Historiker Ende Juli 1989 eine Initiativgruppe ins Leben gerufen, die Ende August mit einem Aufruf in der Öffentlichkeit um Unterstützung bat. Die Partei wird von einem elfköpfigen Vorstand geführt, Geschäftsführer ist Ibrahim Böhme. Zu ihrer Gründung legte die SDP eine Gründungsurkunde vor, ein Statut mit angehängten Grundpositionen zur Erarbeitung des Parteiprogramms sowie einen „Programmatischen Vortrag“ der Initiativgruppe mit Aussagen zu Politik, Wirtschaft, Landwirtschaft, Energiepolitik, Sozialpolitik und Außenpolitik. Ende November hatte die Partei etwa 10 000 Mitglieder, ihre Zentren liegen vor allem im sächsischen Raum und in Berlin. Wie das „Neue Forum“ sucht auch die SDP ausdrücklich die Zusammenarbeit mit allen demokratischen Initiativen, Gruppen und Personen in der DDR, ungeachtet ihrer weltanschaulichen und sozialen Bindung. Sie genießt weitgehende Unterstützung der SPD.

Die Bürgerbewegung *Demokratie Jetzt* geht auf einen Aufruf und „Thesen für eine demokratische Umgestaltung in der DDR“ vom 12. September 1989 zurück, den Mitglieder der oppositionellen „Initiative Frieden und Menschenrechte“, der „Initiative für Absage an Praxis und Prinzip der Abgrenzung“ und einige weitere Ost-Berliner Intellektuelle verfaßt hatten. Ihre Sprecher sind der Physiker und Synodale Hans-Jürgen Fischbeck, die Mit-

begründerin von „Frauen für den Frieden“, Ulrike Poppe, der Regisseur Konrad Weiß und der theologische Dozent Wolfgang Ullmann. Die Initiative wird getragen von einem kleinen Kreis der (hauptsächlich Berliner) Erstunterzeichner, in den meisten größeren Städten haben sich inzwischen jedoch eigene Gruppen gebildet. „Demokratie Jetzt“ versteht sich als ein informeller Arbeitszusammenhang ohne feste Mitglieder.

In verschiedenen Erklärungen hat die Initiativgruppe mit Forderungen von sich reden gemacht, die wenig später in die politische Praxis umgesetzt wurden. So machte „Demokratie Jetzt“ frühzeitig den Vorschlag, einen vierseitigen Tisch aus Vertretern der SED, der „befreundeten“ Parteien, der Kirchen und der Reform- und Oppositionsbewegungen zu bilden sowie über die Beibehaltung des Artikel 1 der DDR-Verfassung — in dem die führende Rolle der Partei festgelegt war — eine Volksabstimmung zu initiieren.

Die *Vereinigte Linke* ist ein lockerer Zusammenschluß von kommunistisch orientierten Gruppen und Einzelpersonen; sie umfaßte nach eigenen Angaben im September 1989 ein Potential von 300 bis 500 Personen. Ihr haben sich Vertreter oppositioneller Initiativen wie von der Gruppe „Gegenstimmen“ oder der Anti-IWF-Kampagne in der DDR angeschlossen. Die ihr angehörenden Zirkel hatten sich zum Teil konspirativ organisiert, manche davon im Gewerkschaftsbund FDGB. Im September 1989 legten die Gruppen ein umfangreiches programmatisches Papier, die „Böhleiner Plattform“, vor, das in Stil und Inhalt einen linken Traditionalismus widerspiegelt.

Im November 1989 ist eine Initiative zur Gründung einer *Grünen Partei* in der DDR mit einem Aufruf an die Öffentlichkeit getreten, in dem die Bevölkerung aufgefordert wird, sich aus Sorge um die katastrophale Entwicklung der Umwelt zu Basisgruppen einer Grünen Partei zusammenzuschließen. Zu den Initiatoren der Parteigründung zählen insbesondere das unabhängige grüne Netzwerk „Arche“, aber auch Umweltengagierte aus anderen kirchlichen Umweltgruppen, aus dem Schriftstellerverband und aus der offiziellen „Gesellschaft für Natur und Umwelt“. Die Ende November gegründete Partei soll für Christen, Kommunisten und andere Positionen offen sein, aber als eigene politische Kraft und als Teil der europäischen grünen Bewegung auch in den Parlamenten wirken.

Darüber hinaus haben sich verschiedene Initiativen gebildet zur Gründung unabhängiger Vereinigungen wie die *Grüne Liga*, der *Unabhängige Frauenverband*, die *Allgemeine Studentenunion* (ASU), die *Gesellschaft für kulturelle Erneuerung in der DDR* oder die unabhängige Gewerkschaft *Reform*. Neben der FDJ sind ein *Sozialistischer Studentenbund* (SSB) entstanden sowie ein christlicher und

ein liberaler Jugendverband (*Linksliberale Alternative*), die den DDR-Parteien CDU und LDPD nahestehen. Ein Teil dieser Gruppen hat erklärt, auch

zur Wahl der DDR-Volkskammer am 6. Mai 1990 kandidieren zu wollen. Weitere Neugründungen sind zu erwarten.

## II. Programmatik

Die Entwicklungsgeschichte der DDR-Opposition prägt auch ihre programmatischen Vorstellungen, die sich deutlich von denen der Oppositionsbewegungen in anderen Warschauer-Pakt-Staaten unterscheiden. Das wichtigste Spezifikum ist die positive Rezeption marxistischer Denkansätze, die man durch die Praxis des „real existierenden Sozialismus“ keineswegs als erledigt betrachtet, sondern von den stalinistischen Deformationen befreien will. Während in Polen oder Ungarn die Diskussion über einen „anderen“ Sozialismus oder einen „dritten Weg“ spätestens Ende der siebziger Jahre zunehmend verebbte, spielt diese in der DDR bis in die heutige Zeit hinein eine große Rolle. Nach der positiven Rezeption des Prager Frühlings, des Eurokommunismus und des Buches „Die Alternative“ von Rudolf Bahro fanden diese Überlegungen in den programmatischen Äußerungen von Michail Gorbatschow einen neuen Anhaltspunkt. Theologen und andere Intellektuelle<sup>27)</sup> kritisierten nicht den Sozialismus als solchen, sondern seine Auslegung im Staats- und Gesellschaftsverständnis der SED, an dem sie vor allem bemängelten:

- die Aufhebung des Unterschiedes zwischen Staat und Gesellschaft sowie zwischen Staat und Partei im real existierenden Sozialismus;
- die marxistische These vom Herrschaftscharakter und zukünftigen Absterben von Staat und Recht;
- das leninistische Prinzip der administrativ durchgesetzten „führenden Rolle der Partei“;
- den Anspruch des sozialistischen Staates, einen marxistischen Konsens der Gesellschaft zu erzeugen;
- das Glücks- und Wohlstandsversprechen des sozialistischen Staates und die unerfüllbare Utopie der kommunistischen Überflußgesellschaft.

Die Verknüpfung dieser Sozialismus-Diskussion mit den „single issues“ aus den Themenfeldern der informellen Gruppen und anderen gesellschaftlichen Erfahrungsbereichen führte seit den Hallenser Thesen vom Juni 1988 immer deutlicher zur Herausbildung von Konturen einer positiven Reform-

<sup>27)</sup> Vgl. dazu: Richard Schröder, Was kann DDR-Bürger verbinden? Gefährdungen und Möglichkeiten einer „DDR-Identität“, in: Kirche im Sozialismus, (1988) 5, S. 177 ff.; Edelbert Richter, Demokratische Umgestaltung. Ein Versuch, sie zu buchstabieren, in: Kirche im Sozialismus, (1989) 2, S. 60 ff.

strategie zur Umgestaltung von Staat und Gesellschaft, auf die sich auch die Programme der im Herbst 1989 entstandenen Oppositionsgruppierungen gründeten. Den Schwerpunkt bildeten dabei politische Reformen, doch durch den rasanten Zerfall der etablierten politischen Kräfte beschleunigte und radikalisierte sich die Programmbildung der Opposition, die nunmehr für die verschiedensten Politikfelder Alternativen zur bisherigen Politik entwickeln mußte. Da sich die Opposition noch in der Konstituierungsphase befindet, müssen ihre bisherigen Äußerungen allerdings als vorläufig erscheinen und als weitgehend unbeeinflusst von realpolitischen Zwängen, fachlich fundierten Strategien der Problembewältigung und den sich erst allmählich formierenden politischen Positionen in der Bevölkerung.

Auffällig ist die hohe programmatische Übereinstimmung nicht nur zwischen den Oppositionsgruppen, sondern auch zwischen der Opposition und den erneuerten etablierten politischen Kräften. Jene Grundvorstellung der Opposition, daß eine durch verschiedene Parteien ausgedrückte Pluralisierung des politischen Systems erforderlich sei, um überhaupt unterschiedliche Problemlösungskonzepte identifizierbar zu machen, konnte bislang in keiner Weise eingelöst werden, weil der gesellschaftliche Differenzierungsprozeß und die Diskussion über verschiedene politische Wege in der DDR gerade erst einsetzt. Die Rekonstruktion der „civil society“ – das zeigt auch die Entwicklung in Polen und Ungarn – ist in den sozial und politisch homogenisierten Staaten ein langer und mühseliger Prozeß.

Die Programmatik der Opposition<sup>28)</sup>, die sie in ihren Gründungsdokumenten und ersten Äußerungen formuliert hat, läßt sich wie folgt zusammenfassen:

### 1. Die Orientierung auf eine sozialistische Alternative zur kapitalistischen Konsumgesellschaft in der Bundesrepublik. Allen programmatischen Äuße-

<sup>28)</sup> Vgl. zum Folgenden: 40 Jahre DDR. . . und die Bürger melden sich zu Wort (Nachdruck eines im Selbstverlag in der DDR von Oppositionellen herausgegebenen Buches zum 40. Jahrestag), Frankfurt 1989; Gerhard Rein, Die Opposition der DDR, Berlin 1989; Gesamtdeutsches Institut, Bundesanstalt für gesamtdeutsche Aufgaben, Politische Zielvorstellungen wichtiger Oppositionsgruppen in der DDR, Bonn 1989; Hubertus Knabe (Hrsg.), Aufbruch in eine andere DDR. Reformen und Oppositionelle zur Zukunft ihres Landes, Reinbek 1989.

rungen gemeinsam ist eine starke sozial-ethische Perspektive, die von utopischen, sozialistischen und anti-kapitalistischen Momenten bestimmt wird. Das „Neue Forum“ hat in seinem Gründungsaufwurf den Begriff „Sozialismus“ zwar nicht ausdrücklich genannt, doch aus späteren Äußerungen von Gründungsmitgliedern geht hervor, daß diese sich zum Sozialismus bekennen als einer „Gesellschaft, die sich auf dem Gemeineigentum an den entscheidenden Produktionsmitteln begründet“<sup>29)</sup>. In der vorläufigen Grundsatzserklärung des „Demokratischen Aufbruch“ heißt es, daß die kritische Haltung zum real existierenden Sozialismus keine Absage bedeute an die Vision einer sozialistischen Gesellschaftsordnung. Ähnlich argumentiert der Aufruf von „Demokratie Jetzt“: „Der Sozialismus muß nun seine eigentliche, demokratische Gestalt finden, wenn er nicht geschichtlich verloren gehen soll. Er darf nicht verloren gehen, weil die bedrohte Menschheit auf der Suche nach überlebensfähigen Formen menschlichen Zusammenlebens Alternativen zur westlichen Konsumgesellschaft braucht, deren Wohlstand die übrige Welt bezahlen muß.“<sup>30)</sup> Auch die SDP will ihren Erklärungen zufolge „genau das, was in der Vision des Sozialismus ausgesprochen ist: ein gerechtes und soziales Gemeinwesen“<sup>31)</sup>.

2. *Die Schaffung eines demokratisch strukturierten politischen Systems und eines Rechtsstaates.* Dazu gehören die Möglichkeit der Teilhabe aller Bürger an den Entscheidungsprozessen, die klare Trennung von Staat und Gesellschaft sowie von Staat und Partei(en), die Teilung der Gewalten, ein Mehrparteiensystem und die Ausübung politischer Macht durch die dem Parlament verantwortliche Regierung, die Stärkung der Selbständigkeit der Gemeinden und der Bezirke bzw. der wiederherzustellenden Länder, die Garantie der Versammlungs-, Vereinigungs- und Meinungsfreiheit, die Aufhebung der Zensur und die ungehinderte Entfaltung einer gesellschaftlichen Öffentlichkeit, die Abschaffung der vormilitärischen Ausbildung und des Staatssicherheitsdienstes, die Zulassung eines zivilen Wehrersatzdienstes, die Herstellung voller Freizügigkeit für Reisen und Wahl des Wohnsitzes, die Schaffung einer Verwaltungsgerichtsbarkeit und eines Verfassungsgerichtes, die Schaffung eines Rechtsstaates mit einer unabhängigen Justiz, Begründungspflicht für die Behörden und einem revidierten Strafgesetzbuch.

Über die meisten dieser Forderungen besteht inzwischen Konsens zwischen der Opposition und den etablierten politischen Kräften, einige wurden bereits in die Praxis umgesetzt. Spezifische Züge einer

sozialistischen Demokratie werden lediglich von der Oppositionsgruppe „Vereinigte Linke“ benannt, die eine „starke basisdemokratische Verankerung der staatlichen Gewalt mittels Volksabstimmungen sowie politischer Rechte für Betriebsräte und Wohnbezirksräte“, die „Selbstverwaltung aller territorialen politischen Gemeinschaften (Gemeinden, Kreise usw.) einschließlich der Bildung ihrer Rechtspflege- und Polizeiorgane durch sie selbst bei ausschließlich gerichtlicher Kontrolle ihrer von staatlicher Aufsicht freien Tätigkeit“ sowie das „Recht von Gesetzesinitiativen und geregelte Veto-rechte für demokratische Massenorganisationen (Gewerkschaften usw.)“ vorschlägt<sup>32)</sup>.

3. *Die Herstellung von effektiven, demokratisch kontrollierten sowie ökologisch und sozial orientierten Wirtschaftsstrukturen.* „Auf der einen Seite“, heißt es im Gründungsaufwurf des „Neuen Forum“, „wünschen wir uns eine Erweiterung des Warenangebotes und bessere Versorgung, andererseits sehen wir deren soziale und ökologische Kosten und plädieren für die Abkehr von ungehemmtem Wachstum. Wir wollen Spielraum für wirtschaftliche Initiative, aber keine Entartung in eine Ellenbogengesellschaft.“ Der „Demokratische Aufbruch“ tritt in seinen ersten Äußerungen ein für die öffentliche und betriebliche Kontrolle der Großindustrie, die stärkere Zulassung von genossenschaftlichem und privatem Eigentum sowie für die Beschränkung des Planes zugunsten marktwirtschaftlicher Prinzipien und fordert wirtschaftliche Effektivität, soziale Gerechtigkeit und den ökologischen Umbau der Industriegesellschaft.

Auch die SDP verlangt eine Dezentralisierung und Demokratisierung des Wirtschaftslebens, eine ökologisch orientierte soziale Marktwirtschaft, die Förderung von Gemeinwirtschaft und Genossenschaften sowie gleichberechtigte Privatwirtschaft. Die Bürgerbewegung „Demokratie Jetzt“ will, daß der bestehende Staatsplandirigismus durch eine staatliche Rahmenplanung abgelöst wird, in der nur solche Aufsichts- und Lenkungsbestandteile bestehen bleiben, die für die Bindung jeglicher Wirtschaftstätigkeit an das Gemeinwohl erforderlich sind (Umwelt- und Sozialverträglichkeit). Die „Vereinigte Linke“ bezeichnet als die wirtschaftlichen und sozialen Grundlagen ihres Gesellschaftsmodells: „Öffentliches Eigentum an den Hauptproduktionsmitteln in demokratischer Mitbestimmung und Selbstverwaltung durch die Arbeitenden, konsequente Anwendung des Leistungsprinzips bei der Verteilung der Einkommen, kollektive Kontrolle der Arbeitenden über den Produktionsprozeß in Betrieb und Gesellschaft, Verbot der Ausbeutung

<sup>29)</sup> Interview mit Rolf Henrich in: Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt vom 13. Oktober 1989.

<sup>30)</sup> Frankfurter Rundschau vom 3. Oktober 1989.

<sup>31)</sup> Berliner Morgenpost vom 29. Oktober 1989.

<sup>32)</sup> Vereinigte Linke. Appell von Vertretern verschiedener sozialistischer Tendenzen in der DDR, verabschiedet nach einem Treffen Anfang September in Böhlen, abgedruckt in: Gesamtdeutsches Institut (Anm. 28), S. 74.

des Menschen durch den Menschen (Aneignung fremder Arbeit)“.

Insgesamt wirken die wirtschaftspolitischen Vorstellungen der Opposition noch allgemein und unausgereift; an einer Konkretisierung und Neubeurteilung wird gegenwärtig gearbeitet.

4. *Die Förderung von Gleichberechtigung, Eigenverantwortung und Kreativität in Kultur, Erziehung und den sozialen Beziehungen.* „Notwendig ist der Übergang zu Unabhängigkeit und Selbständigkeit im Kultur- und Geistesleben, in Wissenschaft, Presse und Publikationswesen sowie der Aufbruch der Volksbildung aus Disziplin und Langeweile“, heißt es in einem „offenen Problemerkatalog“ des „Neuen Forum“ vom Oktober 1989<sup>33</sup>). Die SDP tritt in ihren Grundpositionen für die „Gleichberechtigung und geschlechtsspezifische Förderung von Mann und Frau“ ein sowie für die „Verbesserung der Lage der Kinder (Kindeswohl)“ als übergeordneter Entscheidungsfaktor auf allen Ebenen.

In den Thesen der Bürgerbewegung „Demokratie Jetzt“ heißt es: „Die Schulen, Hochschulen und Ausbildungseinrichtungen dürfen nicht länger Instrumente ideologischer Ausrichtung und der Indoktrination einer Partei bleiben, auch wenn sie die Regierung stellt. Die Schule und die bisherige Kinder- und Jugendorganisation sollten entflochten werden. Neue Kinder- und Jugendorganisationen müssen möglich sein. Eltern sollten das Recht erhalten, über Lehrpläne und -methoden mitzubestimmen . . . Wissenschaft, Kunst und Kultur müssen bei Selbstverwaltung ihrer Institutionen gemäß der Verfassung die Möglichkeit erhalten, sich frei und ohne ideologische Gängelung zu entfalten.“<sup>34</sup>)

5. *Die Entwicklung einer Außenpolitik, die der Abrüstung, der weltweiten Gerechtigkeit, dem europäischen Einigungsprozeß und einer deutschen Zweistaatlichkeit verpflichtet ist.* Obwohl im Gründungsauftrag des „Neuen Forum“ weder außenpolitische Fragen noch die Zukunft der beiden deutschen Staaten thematisiert werden, haben sich einzelne Gründungsmitglieder wiederholt dazu geäußert. Ende September 1989 erklärte Bärbel Bohley, für die Oppositionsgruppen sei die Wiedervereinigung kein Thema<sup>35</sup>). Rolf Henrich vertrat die Auffassung, die DDR müsse zunächst ihre eigene Identität auf sozialistischer Grundlage entwickeln, so daß sie

sich auch künftig von der Bundesrepublik „in gewisser Weise unterscheiden“ werde, was aber keine Abgrenzung bedeute<sup>36</sup>). Reinhard Schult schrieb Ende November 1989, „als Verursacher von zwei Weltkriegen sollten die Deutschen die nationale Trommel in der Rumpelkammer stehenlassen, die Nachkriegsgrenzen endlich anerkennen und den Heimatvertriebenenverbänden den Status der Gemeinnützigkeit entziehen . . . Wir wollen also keinen Anschluß etwa als zwölftes Bundesland.“<sup>37</sup>)

Die SDP bekennt sich in ihren frühen programmatischen Erklärungen zur „derzeitigen Zweistaatlichkeit Deutschlands als Folge der schuldhaften Vergangenheit“, ohne damit künftige Veränderungen im Rahmen einer europäischen Friedensordnung auszuschließen. Sie bejaht jedoch „besondere Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland aufgrund der gemeinsamen Nation, Geschichte und der sich daraus ergebenden Verantwortung, insbesondere für den Frieden in Europa“. Darüber hinaus tritt sie für eine gerechtere Weltwirtschaftsordnung, für Solidarität mit entrechteten und unterdrückten Völkern sowie für die Auflösung der Militärbündnisse ein.

Auch der „Demokratische Aufbruch“ ging in seinen ersten programmatischen Erklärungen von der deutschen Zweistaatlichkeit aus, unterstützte aber ein aktives Aufeinanderzugehen der beiden deutschen Staaten im Rahmen einer europäischen Friedensordnung.

In dem Mitte Dezember 1989 vom Gründungsparteitag verabschiedeten Programm wird demgegenüber gefordert, das Recht der Deutschen zur Einheit in die DDR-Verfassung aufzunehmen. Die Deutschen sollten von einem Staatenbund zu einem Bundesstaat im Rahmen einer europäischen Friedensordnung gelangen bei Anerkennung der polnischen Westgrenze.

Die Bürgerbewegung „Demokratie Jetzt“ schrieb in ihren Gründungsthesen zu diesem Komplex: „Als Deutsche haben wir eine besondere Verantwortung. Sie gebietet, daß das Verhältnis der deutschen Staaten beiderseits von ideologischen Vorurteilen befreit und im Geist und Praxis ehrlicher und gleichberechtigter Nachbarschaft gestaltet wird . . . Beide Staaten sollten um der Einheit willen aufeinander zu reformieren.“ Mitte Dezember legte die Gruppe einen Dreistufenplan zur deutschen Einigung vor.

<sup>33</sup>) Vgl. Der Tagesspiegel vom 10. Oktober 1989.

<sup>34</sup>) Frankfurter Rundschau vom 3. Oktober 1989.

<sup>35</sup>) Vgl. Süddeutsche Zeitung vom 26. September 1989.

<sup>36</sup>) Vgl. Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt vom 13. Oktober 1989.

<sup>37</sup>) Reinhard Schult, Offen für alle — das „Neue Forum“, in: Hubertus Knabe (Anm. 28), S. 168 f.

### III. Perspektiven

Die Frage, welche Rolle die DDR-Opposition in Zukunft spielen und welche politischen Konzepte sie präferieren wird, ist in einer akuten Krisensituation wie der gegenwärtigen, in der sich gesellschaftliche Strukturen und Kräfteverhältnisse in Tagen oder Stunden verschieben können, außerordentlich schwer zu beantworten. Gleichwohl lassen sich aus der Entstehungsgeschichte und der programmatischen Entwicklung der Oppositionsgruppierungen schon heute einige analytische Überlegungen über ihre Entwicklungsperspektiven ableiten.

Für die zukünftige Rolle der Opposition von außerordentlicher Bedeutung ist die Lösung des Widerspruchs zwischen dem durch den Zerfall der etablierten politischen Kräfte entstandenen Machtvakuum und den fehlenden personellen, materiellen und politischen Voraussetzungen der Opposition, dieses Vakuum zu füllen. Während in Polen die Opposition schon vor der Übernahme von Regierungsverantwortung zusammen mit der katholischen Kirche umfassende Strukturen einer „Gegen-gesellschaft“ entwickeln konnte, während in Ungarn die politische Emanzipation der fachlichen Apparate schon vor dem Umbruch weit gediehen war und die Opposition für ihre Konstituierung vergleichsweise viel Zeit besaß, ist die DDR-Opposition mit der gleichsam über Nacht notwendig werdenden Ausübung politischer Macht offenkundig überfordert.

Ihrer Herkunft nach entstammt sie einem alternativen, subkulturellen Milieu, das auf positive Politikstrategien und ihre Umsetzung in die politische Praxis kaum vorbereitet ist. Es fehlt an Fachkompetenz (die meisten Fachleute gehörten der SED an), an Organisationserfahrungen, an materiellen Ressourcen, an Führungspersönlichkeiten und auch am Willen, sich überhaupt an der Machtausübung zu beteiligen oder — wie beim „Neuen Forum“ und der Bürgerbewegung „Demokratie Jetzt“ — sich nur als Partei zu organisieren. Das von der SED hinterlassene Vakuum kann nur gefüllt werden entweder durch die erneuerten traditionellen Parteien oder durch eine rasche Organisation und Professionalisierung der Oppositionsparteien unter Einbeziehung der Fachleute aus dem Apparat oder durch stabilisierende Kräfte aus der Bundesrepublik. Es liegt auf der Hand, daß die zukünftige Rolle der DDR-Opposition entscheidend davon abhängt, welche dieser Optionen sich durchsetzt.

Profil und Bedeutung der Opposition werden darüber hinaus davon bestimmt werden, wie die Differenz zwischen der Breite des realen gesellschaftlichen Bewußtseins und der Enge von Programmen und Rekrutierungsklientel der Oppositionsgruppierungen aufgelöst wird. Die Analyse von Herkunft

und Programmatik der Opposition macht deutlich, daß diese zunächst nur ein schmales gesellschaftliches Spektrum abdeckt, auch wenn sie sich in verschiedenen Parteien und Gruppierungen organisiert hat. Während die Oppositionsgruppen beim Ausbruch der Krise von weiten Teilen der Gesellschaft als Sprachrohr und Hoffnungsträger anerkannt wurden und vorübergehend eine hohe Identität zwischen Opposition und Gesellschaft herrschte, machten sich in den Wochen danach in wachsendem Maße bestehende oder sich neu entwickelnde Differenzen bemerkbar. Auf programmatischer Ebene bestehen diese insbesondere in der Betonung der sozialistischen Entwicklungsperspektive und der deutschen Zweistaatlichkeit. Widersprüche sind auch in der ökologischen Orientierung angelegt, die in Gegensatz zu den materiellen Erwartungen der Bevölkerung geraten könnte, sowie in den wirtschaftspolitischen Vorstellungen der Opposition, die einen eigenen, dritten Weg der DDR mit bestenfalls nur flankierender Hilfe aus der Bundesrepublik vorsehen.

Die gesellschaftliche Akzeptanz für diese programmatischen Orientierungen sinkt allem Anschein nach und dürfte noch weiter nachlassen, je mehr das ganze Ausmaß der ökonomischen und politischen Krise der DDR deutlich wird, so daß weder der Spielraum noch die Bereitschaft in der Bevölkerung für ein solches gesellschaftspolitisches Experiment vorhanden sein wird.

In einer solchen Situation sind verschiedene Entwicklungsszenarien denkbar. Erstens: Die Oppositionsparteien verlieren ihre Schlüsselrolle an andere — neue oder alte — Organisationen, weil diese die unabgedeckten Orientierungen besser zu vertreten scheinen. LDPD, NDPD und CDU zeigen bereits deutliche Bereitschaft für eine Umprofilierung, im Norden und im Süden der DDR häufen sich die Hinweise auf die Gründung gänzlich neuer Organisationen. Die zweite Möglichkeit besteht darin, daß sich die oppositionellen Führungskader programmatisch umorientieren und damit die Identität mit den in der Gesellschaft virulenten Stimmungen wieder herstellen, wofür es insbesondere beim „Demokratischen Aufbruch“ und der SDP Anzeichen gibt. Wie stark der gesellschaftliche Druck in dieser Hinsicht bereits ist, zeigt die Tatsache, daß ganze Ortsgruppen ihren Austritt ankündigen oder sogar schon vollzogen haben, weil sie mit der Vorstellung eines dritten Weges nicht einverstanden sind. Die dritte Entwicklungsvariante ist, daß es im Zuge des rapiden Mitgliederzuwachses, des weiteren Organisationsaufbaus und der damit einhergehenden Schaffung von demokratisch legitimierten Sprechergremien zu einer Ablösung der Gründergeneration kommt. Eine solche Ent-

wicklung zeichnet sich nicht nur beim „Demokratischen Aufbruch“ ab, sondern auch beim „Neuen Forum“, wo die Differenzen zwischen dem Kreis der Initiatoren und dem neu gebildeten Sprecherrat — insbesondere in der Frage der Zweistaatlichkeit — deutlich zu Tage treten. Je näher der Wahltermin rückt, desto mehr müssen sich alle politischen Kräfte darum bemühen, die Stimmungen in der Bevölkerung einzufangen, wobei auch regionale Unterschiede an Bedeutung gewinnen.

Angesichts dieser unbekanntenen Variablen ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt kaum vorauszusagen, welche Rolle und welches Profil die DDR-Opposition letztendlich ausfüllen wird. Angesichts ihrer eigenen Schwäche ist sie auf die Kooperation mit den etablierten politischen Kräften angewiesen, die ihrerseits die Opposition benötigen, um ihren eigenen Glaubwürdigkeitsverlust auszugleichen. Den organisatorischen Rahmen dieser „Koalition der Vernunft“ bildet bis zu den Wahlen im Mai 1990 der „runde Tisch“, der der Opposition einerseits Einfluß, andererseits aber auch politische Mitverantwortung für die krisenhafte Lage einträgt. Entscheidend wird sein, ob es der Opposition gelingt, den Vertrauensvorschuß der Bevölkerung zu bewahren

und durch konkrete politische Strategien zu rechartigen. Nimmt man ihre Programme zum Ausgangspunkt, sind die Voraussetzungen — insbesondere bei der SDP — dafür nicht schlecht, weil die konkreten Vorschläge für die einzelnen Politikfelder offener angelegt sind, als es die in den Vordergrund gerückte Orientierung auf einen dritten, sozialistischen Weg zunächst scheinen läßt. Auch die gegenwärtige Enge des sozialen und politischen Rekrutierungsmilieus sowie der Mangel an personellen und materiellen Ressourcen könnten durch den raschen Mitgliederzustrom und den Verfall der etablierten politischen Kräfte in der weiteren Entwicklung aufgehoben werden.

Der Zustand der gegenseitigen Schwächung der Oppositionsgruppen durch ihre hohe programmatische Übereinstimmung könnte sich schließlich durch einen organisatorischen Zusammenschluß, durch eine politische Differenzierung oder durch den unvermeidlichen Selektionsprozeß allmählich auflösen. Anzeichen dafür lassen sich bereits heute erkennen. Gelingt es der Opposition nicht, die gesellschaftlichen Erwartungen auf diesem Wege zu erfüllen, werden andere politische Kräfte ihren Platz einnehmen.



## DDR-Wirtschaft: Ende oder Wende?

Es war die erfolgreichste Wirtschaft im RGW-Raum. Die Industrie produzierte ein breites Sortiment, in den High-tech-Bereichen wurden beachtliche Leistungen erreicht. Die Landwirtschaft brachte relativ hohe und stabile Erträge bei annehmbaren Arbeits- und Lebensbedingungen. Die Bevölkerung lebte in gewissem Wohlstand. Ein sozialpolitisches Programm hatte den Bau von Wohnungen zum Kernstück gemacht, der Grundbedarf wurde zu niedrigen — subventionierten — Preisen angeboten, Arbeitslosigkeit war unbekannt. Die Partei- und Staatsführung pries ihre wirtschaftspolitische Strategie und ihre Übereinstimmung mit der

breiten Masse der Werktätigen. Aber auf einmal war alles ganz anders. Unerwartet entlud sich die latente Unzufriedenheit der Bevölkerung. Massenhafte Ausreisen über die Botschaften der Bundesrepublik Deutschland in Ungarn und der ČSSR brachten das Musterland des Ostblocks ins Wanken. Eine ganz andere Republik wurde sichtbar: Ein Land mit vernachlässigter Infrastruktur und veralteten Industrieanlagen, eine Bevölkerung voller Unzufriedenheit mit Einkommen und Versorgung. Die offizielle Selbstzufriedenheit wurde hinweggefegt, Zweifel an allem tauchten auf. Was war falsch und wie geht es weiter?

### I. Die Planwirtschaft

Die DDR hat laut Verfassung (Art. 9) eine „sozialistische Planwirtschaft“. Das Eigentum an den Produktionsmitteln liegt überwiegend beim Staat, z. T. bei Genossenschaften. Die Wirtschaft basierte auf zentralen Entscheidungen über die Produktion und auf zentralen Zuteilungen der für die Produktion notwendigen Mittel. Die Betriebe erhielten ihre Plankennziffern und in Abstimmung damit die Investitionen, die Rohstoffe und Vorerzeugnisse. Der Staat bestimmte die Ziele, die Proportionen, die Löhne und die Preise und über das Außenhandelsmonopol den Außenhandel. Die damit verbundenen Schwachstellen sind bekannt. Es fehlte Wettbewerb, es fehlten die Signale, die von einer freien Preisbildung ausgehen. Das bürokratische System von Auflagen und Zuteilungen sicherte nicht das reibungslose Ineinandergreifen der vielen miteinander verbundenen Produktionsprozesse. Bei den Produzenten bestand die Tendenz, sich in dem vorgegebenen Rahmen auf eine verständliche, aber gesamtwirtschaftlich verhängnisvolle Weise zu arrangieren. Die mengenmäßige Planerfüllung fiel

am leichtesten mit dem gewohnten Produktionsprogramm, die Sicherstellung der notwendigen Ressourcen gelang am besten mit überhöhten Bedarfsanmeldungen und umfangreicher Lagerhaltung. Wirtschaftlichkeit, Qualität, Nachfrageorientierung und insbesondere die Innovationen blieben in diesem System auf der Strecke.

Diese Defizite haben in der DDR — wie in den meisten Planwirtschaften — zu einem ständigen Experimentieren an den Instrumenten der Planung geführt. Am weitesten ging bisher in der DDR das „Neue ökonomische System“ (NÖS, später „Ökonomisches System des Sozialismus“, ÖSS) in den sechziger Jahren. Den Betrieben wurde damals ein größerer Entscheidungsspielraum gewährt. Allerdings ist der Erfolg dieser Strategie ausgeblieben; es gab zunehmende Engpässe und Ungleichgewichte. Statt das Experiment weiterzuentwickeln, wurde es Anfang der siebziger Jahre abgebrochen. Es begann die gegenwärtig so heftig kritisierte Ära Honecker.

### II. Die Ära Honecker

Im Wirtschaftssystem kehrte man zurück zu den zentralisierten Methoden der Planung und Leitung. Der Bewegungsspielraum der Betriebe wurde eingeschränkt, die — in Grenzen — freie Investitionsentscheidung wieder aufgehoben, die Zahl der den Betrieben vorgegebenen Plankennziffern erhöht und ein genereller Preisstopp verfügt. Dazu paßte

auch die fast vollständige Übernahme der Betriebe mit staatlicher Beteiligung und der noch verbliebenen Privatbetriebe in der Industrie in Volkseigentum bis Mitte 1972. Eine „Wende“ gab es auch in der Wirtschaftspolitik. Während in der Ulbricht-Ära die Investitionstätigkeit in der Rangfolge ganz oben gestanden hatte, wurde jetzt die „weitere Er-

höhung des materiellen und kulturellen Lebensniveaus der Bevölkerung“ zur „Hauptaufgabe“ erhoben und ein sozialpolitisches Programm mit dem Kernstück Wohnungsbau entwickelt. Außerdem wurde die forcierte Förderung der „strukturbestimmenden Bereiche“ und der „wissenschaftlich-technischen Revolution“ beendet und eine „planmäßige proportionale Entwicklung“ angestrebt.

Nach der Konsolidierung und einer kurzen Zeit relativ günstiger und störungsfreier Entwicklung wurde das gesamte Konzept von der weltwirtschaftlichen Entwicklung überrollt. Ende 1973 gab es den ersten Ölpreisschock, an den sich Preissteigerungen auch für andere industrielle Rohstoffe anschlossen. Für die DDR wie für alle Industrieländer verschlechterten sich die Terms of Trade (Veränderung der Exportpreise in Relation zur Veränderung der Importpreise). Auf dem Weltmarkt wurde der Konkurrenzkampf härter. Neue Technologien wurden entwickelt. Risikofreude, Kreativität und Flexibilität waren gefragt – und gerade darin ist eine Planwirtschaft unterlegen. Als Mitte der siebziger Jahre das ganze Ausmaß der weltwirtschaftlichen Veränderungen offenbar geworden war, begann wieder das Experimentieren an den Instrumenten der Planung.

Ein wichtiger Schritt wurde 1976 getan. Mit der Anpassung der inländischen Preise an die veränderten Weltmarktpreise wurden die Betriebe in der DDR mit den neuen Weltmarktbedingungen konfrontiert. Die Preise wurden seitdem jedes Jahr angepaßt, weiter gab es eine Agrarpreisreform (1984) sowie ein ständiges Herumprobieren bei den Kalkulationsrichtlinien für neue Erzeugnisse. Auf dem Gebiet der Strukturpolitik war der Beschluß der 6. ZK-Tagung der SED im Juni 1977 zur Entwicklung der Mikroelektronik eine wichtige Markierung. Die Förderung der modernen Technologie wurde nachdrücklich in die Planziele aufgenommen. 1979/80 wurde in der Industrie die mittlere Leitungsebene, die „Vereinigung Volkseigener Betriebe“ (VVB) aufgelöst; es wurden durchgängig Kombinate gebildet, die man als entscheidend für die Weiterentwicklung der Planwirtschaft („Rückgrat der Planwirtschaft“) angesehen hat. Seit Beginn der achtziger Jahre wurde das „Prinzip der wirtschaftlichen Rechnungsführung“ propagiert: Kostenbewußtsein und Rentabilität sollten einen höheren Stellenwert bekommen. Es folgte das „Prinzip der Eigenerwirtschaftung der Mittel“: Die Investitionen sollten vom Gewinn abhängig gemacht werden. Außerdem wurden „Experimentierkombinate“ ausgewählt, die größere Entscheidungsfreiheit erhalten sollten.

Diese „Reform in kleinen Schritten“ ist aber nicht über den Rahmen des bestehenden Systems hinausgegangen:

– Die *Preise* wurden immer administrativ festgelegt und die Preisbildung reglementiert. Auch nach den Veränderungen blieb die Preisstruktur willkürlich, es gab keinen Preiszusammenhang zwischen den einzelnen Ebenen. Preiserhöhungen auf der Betriebsebene wurden in vielen Fällen durch Ausgleichszahlungen des Staatshaushalts kompensiert, so daß sich ein undurchdringliches Dickicht von Subventionen und Abführungen entwickelte.

– Die *Kombinate* umfassen meist einen ganzen Industriezweig, ihre Monopolstellung verhindert jeden Wettbewerb im Inland. Außerdem wurden die Kombinate verpflichtet, ihre „strukturbestimmenden“ Zulieferungen und ihre Investitionen selbst zu fertigen. Damit wurde der Aufbau einer differenzierten innovativen Zulieferindustrie weiter in den Hintergrund gedrängt.

– Die *Selbständigkeit der Betriebe* blieb beschränkt. Die Ansätze der Eigenerwirtschaftung waren nur isolierte Regelungen in einem Umfeld, in dem die sonstigen planwirtschaftlichen Regelungen weiter galten. Die Zahl der Kennziffern wurde im Zug der Verfeinerungen sogar sukzessive erhöht. Anfang der achtziger Jahre galten für die Jahresplanung der zentralgeleiteten Industrie (einschließlich Unterpositionen) etwa 90 Kennziffern, zuletzt waren es rund 200. Das System der Zuteilungen („Bilanzierung“) ist überhaupt nicht verändert worden.

– In *Forschung und Entwicklung* waren die organisatorischen und planmethodischen Änderungen ein Paradebeispiel für den „Versuch am untauglichen Objekt“. Die meisten Forschungsbetriebe wurden in die Kombinate einbezogen, später wurde eine enge Zusammenarbeit mit den Hochschulen vorgeschrieben. Kennziffern wurden entwickelt (z. B. Anteil neuer Produkte an der Produktion), gefordert wurden ausführliche Dokumente über die Forschungstätigkeit und ihre Ergebnisse (Pflichtenheft, Erneuerungspaß, ökonomische Gesamtrechnung, Jahresschlußrechnung). Als Anreiz wurden die Preisbildungsvorschriften für neue Produkte mehrfach geändert. Technischer Fortschritt ist jedoch ein Bereich, in dem Kreativität und Risikofreude die impulsgebenden Kräfte sind. Er ist mit planmethodischen Regelungen vermutlich überhaupt nicht in den Griff zu bekommen.

### III. Wirtschaftsentwicklung und Bilanz

Die reale Wirtschaftsentwicklung in der Ära Honecker ist zur Zeit mit manchen Fragezeichen zu versehen. Über viele Fakten hat die Statistik nie berichtet (z. B. über die Zahlungsbilanz und die Verschuldung aus dem Außenhandel), manches wurde bewußt verschleiert (z. B. das Defizit im Staatshaushalt), einiges wurde von der Realität widerlegt (z. B. der Index der Einzelhandelsverkaufspreise, der seit 1970 reglos bei 100 lag). Jetzt wurde eingestanden, daß die Statistik vielfach nicht korrekt war. Ein gründlich verändertes „Statistisches Jahrbuch“ ist zu erwarten.

Auch bisher konnte man aber die wirtschaftlichen Probleme der DDR deutlich erkennen:

– Das wirtschaftliche *Wachstum* hat seit Mitte der siebziger Jahre nachgelassen.

– Im *Außenhandel* kam es zunächst zu hohen Defiziten; der vor allem politisch motivierte Abbau der Verschuldung Anfang der achtziger Jahre hat das inländische Wachstum erheblich gestört.

– Die *Fortsetzung des sozialpolitischen Programms* (Wohnungsbau, Renten, Familienförderung) bei veränderten Bedingungen ging zu Lasten der *Investitionen* im Unternehmensbereich. Die Investitionsquote (produzierender Bereich) sank von 16 Prozent im Jahr 1970 auf 10 Prozent im Jahr 1988.

– In der DDR wurde ein großer Teil des Industriesortiments selbst produziert. Mit der *Mikroelektronik* wurde ein sehr kostspieliger neuer Schwerpunkt gesetzt, teuer war auch die Konzentration auf die heimische Braunkohle. Damit war das relativ kleine Land überfordert; in vielen Bereichen konnten nicht einmal die verbrauchten Anlagen ersetzt werden.

Die *Bilanz der Produktionsfaktoren* nach dem Ende der Honecker-Ära ist bedenklich. Arbeitskräfte sind knapp. Rund 90 Prozent der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter sind berufstätig. Damit ist das Arbeitskräftepotential ausgeschöpft, allerdings ist der rationelle Einsatz in vielen Fällen nicht gegeben. Arbeitskräfte behielten ihren Arbeitsplatz, obwohl sie vom Arbeitsprozeß her entbehrlich waren. Ein aufwendiger bürokratischer Apparat hat viele Arbeitskräfte gebunden. Ein positiver Faktor ist das hohe Qualifikationsniveau, drei Viertel der Arbeitskräfte verfügen über eine abgeschlossene Berufsausbildung, allein knapp 20 Prozent über einen Hochschul- oder Fachschulabschluß. Ein großer Aderlaß war die Übersiedlung in die Bundesrepublik Deutschland. Von 1984 bis 1988 sind rund 150 000 Personen aus der DDR ausgewandert, davon waren etwa 60 Prozent Erwerbspersonen (= 90 000 Berufstätige). Für 1989 dürfte sich die Übersiedlung auf mehr als 320 000 Personen belau-

fen, bei der gleichen Quote wie in den Vorjahren wären das 190 000 Erwerbspersonen. Insgesamt hat die DDR somit rund zwei Prozent des gesamten Potentials an Erwerbstätigen verloren, in einigen Regionen und Berufsgruppen sind die Lücken sehr spürbar.

Ein ungünstiges Bild zeigt der Zustand der Produktionsanlagen und der Infrastruktur. Der Altbestand an Anlagen ist zu hoch, die angewandte Technik ist teilweise veraltet. Ein enormer Anteil der Beschäftigten wird für Reparaturen eingesetzt. Das Verkehrswegenetz der DDR genügt nicht den Anforderungen, die Bevölkerung und Wirtschaft heute stellen. Das gilt für die Eisenbahn, das Straßennetz und den innerstädtischen Nahverkehr. Das Fernmeldernetz ist völlig überlastet und veraltet. Im Wohnungsbau wird mit sieben Millionen Wohnungen (das entspricht 420 Wohnungen je 1 000 Einwohner) quantitativ eine relativ gute Versorgung erreicht. Knapp 27 Quadratmeter Wohnfläche stehen durchschnittlich je Einwohner zur Verfügung. Die Probleme liegen aber beim Altbestand, über vier Millionen Wohnungen wurden vor 1945 gebaut. In vielen Städten sind ganze Stadtzentren sanierungsbedürftig.

Im *Außenhandel* mit den westlichen Ländern hat die DDR in den letzten Jahren an Wettbewerbsfähigkeit verloren. Der Westhandel ist seit 1985 rückläufig. Der Anteil der DDR an den Importen der OECD-Länder (ohne innerdeutscher Handel) ist kontinuierlich gesunken. Eine ähnliche Entwicklung gilt für den innerdeutschen Handel. Gleichzeitig ist die „Devisenrentabilität“ der DDR-Produktion dramatisch zurückgegangen. Um 1 DM im Westhandel zu Erlösen, mußten 1980 im Inland 2,40 Mark aufgewendet werden. 1989 waren es 4,40 Mark. Die Devisensituation der DDR ist nur teilweise bekannt. Nach westlichen Statistiken (Bank für internationalen Zahlungsausgleich BIZ, OECD, innerdeutscher Handel) belief sich die Nettoverschuldung der DDR gegenüber dem Westen Mitte 1989 auf 9,3 Milliarden US-Dollar. Keine Informationen gibt es über die Verschuldung bei Banken, die nicht an die BIZ berichten, sowie über die bankmäßig nicht abgesicherten Lieferantenkredite.

Die materiellen Lebensbedingungen in der DDR waren schon seit längerem in eine heftige Diskussion geraten. An erster Stelle stand dabei die nicht leistungsgerechte Bezahlung. Von der Theorie her war das dominierende Prinzip der Einkommensverteilung in der DDR das Leistungsprinzip. In der Realität herrschte aber „Gleichmacherei“. Die Spanne von den unteren zu den oberen Einkommen war relativ gering. Beschäftigte mit höherer Verantwortung verdienten kaum mehr als andere. Die

Prämien wurden gleichmäßig „mit der Gießkanne“ ausgeschüttet. Höhere Leistung zahlte sich nicht aus, mit allen negativen Konsequenzen für die Motivation. An nächster Stelle stand die Kritik am Angebot. Die Grundversorgung war immer leidlich gesichert, wenngleich auch hier das Einkaufende Mühe machte und die Regale in den Verkaufsstellen gegen Abend häufig leer waren. Auf höhere Ansprüche war die DDR-Wirtschaft unzureichend eingestellt. Qualität, Sortimentsvielfalt, Mode, Technik und Neuerungen wurden kaum angeboten.

In der Regel gelten einheitliche, administrativ festgesetzte Konsumgüterpreise. Lebensnotwendige Waren und Dienstleistungen wie Grundnahrungsmittel, Kinderbekleidung, öffentliche Verkehrsleistungen, Leistungen der Wäschereien, Energie und Brennstoffe, Mieten werden stark subventioniert. Demgegenüber werden Erzeugnisse des gehobenen Bedarfs mit hohen Verbrauchsabgaben (indirekte Steuern) belastet. Hierzu rechnen die Mehrzahl der technischen Erzeugnisse, insbesondere langlebige Gebrauchsgüter wie Autos, Fernsehgeräte, Waschmaschinen. Ähnlich verhält es sich mit den meisten Genußmitteln.

Die DDR wendet erhebliche Mittel auf, um den Grundbedarf durch Subventionen vor Preissteigerungen zu schützen. Seit 1979 — als die Welle der planmäßigen Preissteigerungen auf der Betriebs-ebene bei den Fertigprodukten angekommen war — erhöhten sich die Subventionen für industrielle Konsumgüter. Mit der Agrarpreisreform verdoppelten sich die Subventionen für Nahrungsmittel. 1988 entfielen mit 50 Milliarden Mark fast

20 Prozent der Ausgaben des Staatshaushalts auf die Subventionierung der Verbraucherpreise. Weitere 16 Milliarden Mark waren notwendig, um das niedrige Mietenniveau zu finanzieren. Die Konzentration auf den Grundbedarf ging aber offenbar an den inzwischen entwickelten Bedürfnissen vorbei.

In ihrer Leistungsfähigkeit hat die DDR-Wirtschaft immer an der Spitze aller Länder im RGW-Raum gelegen. Der Vergleich mit der Bundesrepublik fällt dagegen weniger gut aus. In den „Materialien zum Bericht zur Lage der Nation 1987“ hat das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung dazu eine Modellrechnung vorgelegt. Diese ergab, daß die Produktion je Beschäftigten in der DDR nur rund halb so hoch war wie in der Bundesrepublik. Ein ähnlich großer Unterschied wurde auch für den privaten Verbrauch je Einwohner errechnet. Der Eindruck eines großen, sogar wachsenden Abstands zur Bundesrepublik bestand auch bei der DDR-Bevölkerung. Dabei kümmerte es sie wenig, daß ihre Planwirtschaft im Vergleich mit den anderen Ländern des RGW noch sehr gut abschneidet.

1985 kam Gorbatschow in der Sowjetunion an die Spitze. Er setzte grundsätzlich neue Vorstellungen über die politische und wirtschaftliche Entwicklung durch. Die DDR-Führung blieb dagegen beim alten Motto: „Mit hoher Kontinuität setzen wir unseren bewährten Kurs fort.“ Als Insel der Beharrung in einer sich verändernden Welt wurde die DDR für die eigene Bevölkerung immer fragwürdiger, zumal die wirtschaftlichen Schwierigkeiten nicht mehr zu übersehen waren. Ausreisearträge nahmen rapide zu, bis 1989 das ganze System hinweggefegt worden ist.

#### IV. Reformdiskussion und Handlungsbedarf

Die Dynamik der politischen Reformen war atemberaubend, die wirtschaftlichen Reformen gibt es bisher aber kaum in Ansätzen. Die westlichen Beobachter, deren Erfahrungen durch das Funktionieren der „sozialen Marktwirtschaft“ in der Bundesrepublik geprägt sind, sehen die Marktwirtschaft als beste Lösung für alle Probleme an. Eine auf Wettbewerb aufbauende marktwirtschaftliche Ordnung schließt eine Orientierung auf gewünschte „sozialistische“ Elemente nicht aus. Existierende Marktwirtschaften sind gemischte Wirtschaften mit einem mehr oder minder großen Anteil des Sozialprodukts, über dessen Verteilung nach anderen als Marktgesetzen entschieden wird. Das betrifft besonders Lösungen im Eigentumsbereich, im Bereich öffentlicher Güter und in der Gewinnbeteiligung. Über die Produktion und Konzeption von Marktgütern wird jedoch am effizientesten im Wettbewerb entschieden.

Folgende Elemente einer Umorientierung sind danach unerlässlich:

— Der erste Baustein ist die Schaffung von *Wettbewerb*, *Gewerbefreiheit* in allen Wirtschaftsbereichen, weitgehende Entflechtung der Kombinate, Gleichbehandlung aller Eigentumsformen.

— Kernstück ist die *dezentrale Preisbildung* für alle am Markt gehandelten Güter. Die Unternehmen müssen unabhängig und eigenverantwortlich ihre Absatzpreise kalkulieren. Nur wenn die Preise freigegeben werden, bilden sich aussagefähige relative Preise, die über Gewinn und Verlust eines Unternehmens entscheiden und damit auch über die Tragfähigkeit seiner Produktions- und Investitionsentscheidungen.

Die *Konvertibilität* der Mark der DDR ist ein weiterer wichtiger Baustein. Bei solchen Austauschre-

lationen wird sich erweisen, mit welchen Produkten die DDR-Unternehmen international konkurrenzfähig sind.

– Als weiterer Baustein ist ein *dezentraler Lohnfindungsprozeß* zwischen Unternehmen und Gewerkschaften notwendig.

– Die Einführung dieser fundamentalen Wettbewerbselemente muß von vielfältigen Änderungen begleitet sein, insbesondere von der *Abschaffung des Außenhandelsmonopols*, einer *Steuerreform*, einer *Reform des Bankwesens*.

In der DDR sind die Diskussionen über wirtschaftliche Reformen inzwischen außerordentlich lebhaft. Im Bereich der Wissenschaftler hatten sie schon vor der „Wende“ begonnen, mit den Positionspapieren zum für Mai 1990 geplanten XII. Parteitag der SED. Die Probleme einer wirksamen Anwendung des Leistungsprinzips sind mit bemerkenswerter Offenheit in der Zeitschrift „Einheit“ behandelt worden<sup>1)</sup>. Einer der ersten Beiträge im Herbst 1989 kam von Wolfgang Heinrichs und Wolfram Krause<sup>2)</sup>. Ein funktionierender Marktmechanismus wurde gefordert, eine andere Preisgestaltung, die differenzierte Nutzung aller Eigentumsformen. Seitdem sind die Stellungnahmen nicht abgerissen. Sie sind alle an marktwirtschaftlichen Modellen ausgerichtet, unterscheiden sich aber im Bezug auf die Rolle der staatlichen Rahmenplanung und die Frage, ob die notwendigen Änderungen schrittweise oder mit einem radikalen Schnitt erfolgen sollen<sup>3)</sup>.

Offizielle Institutionen in der DDR haben ebenfalls ihre Vorstellungen vorgelegt, z. B. die Regierung Modrow, die Staatliche Plankommission und das Ministerium für Finanzen und Preise<sup>4)</sup>. Auch in diesen Papieren wird der Übergang zu einem neuen Wirtschaftssystem herausgestellt, die Entwicklung von Märkten, verschiedenen Eigentumsformen, selbständigen Betrieben, die Reform des Geld-, Preis-, Kredit- und Versicherungssystems, der Übergang zur Konvertibilität. Einen großen Teil der Erörterungen nehmen aber die Überlegungen

zu einem Stabilisierungsprogramm ein. Ausgangspunkt dafür sind die aktuellen Probleme: Die Produktion muß weiterlaufen, die Engpässe bei den Zulieferungen, beim Transportwesen sind zu bekämpfen. Der notwendige Einfuhrüberschuß muß finanziert werden, ebenso die fälligen Tilgungen und Zinsen. Freiwerdende Arbeitskräfte aus Verwaltung und anderen Organen sind einzugliedern. Die Finanzierung des öffentlichen Haushalts ist zur Zeit völlig ungeklärt. Die Versorgung der Bevölkerung muß sichergestellt werden, und das unter erschwerten Bedingungen: Nach Öffnung der Grenzen und Abschaffung des Mindestumtauschs für Westbesucher wird mit zahlreichen Touristen gerechnet, und die Angst vor einem „Ausverkauf“ der DDR geht um.

Die bisherige Praxis der Subventionierung der Verbrauchsgüterpreise gilt als überholt. Sie ist ökonomisch unsinnig, weil sie der Vergeudung Tür und Tor öffnet, außerdem ist es ziemlich unerträglich, wenn subventionierte Güter von Touristen aus anderen Staaten gekauft werden. Ein Übergang von der Objektförderung zur Subjektförderung wird vorbereitet<sup>5)</sup>, d. h. ein Wegfall der Subventionen und ihr Ersatz durch Transferzahlungen (Wohngeld, Kindergeld, allgemeine Ausgleichszahlungen an alle Bürger). Die konkrete Ausgestaltung dieser notwendigen Änderung liegt noch nicht vor, der zu Beginn des Jahres 1990 erwartete Touristenstrom macht die Entscheidung jedoch dringlich.

Es steht außer Frage, daß die DDR Stabilisierung und Reformen nicht allein schaffen kann. Es sind massive Unterstützungen durch die Bundesrepublik notwendig. Diese Tatsache ist unstrittig. Art und Möglichkeiten sind auch schon vielfach erörtert worden. Es geht dabei erstens um öffentliche Hilfe zur Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen in der DDR, z. B. durch Maßnahmen im Verkehrswesen (Straßen und Eisenbahn), Modernisierung des Telefonnetzes, Verbesserungen im Umweltschutz. Zweitens sind die privaten Initiativen wichtig: Kooperationen zwischen Betrieben der Bundesrepublik und der DDR bis hin zu Joint-Ventures könnten die Produktivität der DDR-Unternehmen verbessern. Hierbei ist eine öffentliche Flankierung denkbar, z. B. über Kredite und Bürgschaften. In der DDR wird zur Zeit an den gesetzlichen Regelungen für ein Joint-Venture-Gesetz und ein Investitionsschutzabkommen gearbeitet. Die westlichen Unternehmer sind bereits unter-

<sup>1)</sup> Vgl. insbesondere Frank Adler, Zur stimulierenden Wirkung leistungsgerechter Entlohnung, in: Einheit, 44 (1989) 8, S. 719–724.

<sup>2)</sup> Wolfgang Heinrichs/Wolfram Krause, Wirtschaftsreform – Element der Erneuerung des Sozialismus, in: Neues Deutschland vom 3. November 1989, S. 4.

<sup>3)</sup> Beispielsweise Helmut Richter, Wie unsere Wirtschaft leiten?, in: Neues Deutschland vom 17. November 1989, S. 5; Uwe Schmidt, Die Wirtschaftsreform brisanter denn je, in: Der Morgen vom 17. November 1989, S. 3; Hans Knop/Gert Wilde, Mit Kopf auf die Füße, in: Junge Welt vom 29. November 1989, S. 3.

<sup>4)</sup> Um es an einem Beispiel zu illustrieren: Statt die Preise für Kinderbekleidung zu subventionieren, sollte das Kindergeld erhöht werden. Nur dadurch wird verhindert, daß auch Käufer aus dem Ausland begünstigt werden. Diesen unerwünschten Effekt kann man sonst nur durch ein Verkaufs- und Ausfuhrverbot verhindern.

<sup>5)</sup> Vgl. Hans Modrow, Aktuelle ökonomische Aufgaben und nächste Schritte der Wirtschaftsreform, in: Neues Deutschland vom 11. Dezember 1989, S. 6; Arbeitsgruppe Wirtschaftsreform der Staatlichen Plankommission der DDR, Diskussionsvorschlag für Ansatzpunkte zu einer Wirtschaftsreform in der DDR, in: Neues Deutschland vom 6. Dezember 1989, S. 6; Arbeitsgruppe des Ministeriums der Finanzen und Preise, Die Rolle von Geld, Finanzen und Preisen in der Wirtschaftsreform, in: Neues Deutschland vom 4. Dezember 1989, S. 4.

wegs, um nach Partnern Ausschau zu halten, Banken und Kreditinstitute sind zur Kreditvergabe bereit. Offenbar fehlt aber für eine breit angelegte Aktion der Startschuß. Abzuwarten bleibt, welche Impulse sich aus dem Kanzlerbesuch in Dresden und der im Januar beginnenden Arbeit des gemeinsamen Wirtschaftsausschusses ergeben.

Der Aufholprozeß in der DDR steht unter ungewöhnlichen Bedingungen: Jeder DDR-Bürger kann jederzeit das Land verlassen. Bisher ist der Umfang der Abwanderungen noch erschreckend hoch. Das macht die Lage brisant sowohl für die DDR, die damit Kräfte für den Neuanfang verliert, als auch für die Bundesrepublik, die bei weiteren umfangreichen Zuwanderungen vor sozialen und politischen Spannungen steht. Ein „Dahinwelken“ oder sogar ein Zusammenbruch in der DDR wäre ein deutsches und auch ein europäisches Drama, und noch dazu ein sehr kostspieliges.

Die DDR-Bevölkerung braucht eine handfeste Perspektive; sie braucht Vertrauen in die Zukunft ihres Landes, die Zuversicht, daß es sich lohnt, dort zu bleiben, dort zu leben und zu arbeiten. Schnelle, präzise Beschlüsse zur Wirtschaftsreform wären wünschenswert, aber in diese Auseinandersetzung in der DDR kann sich die Bundesrepublik nicht einmischen. Sie muß aber ihrerseits die bisher nur vage bezeichneten Absichten rasch in die Tat um-

setzen. Einige unkonventionelle Vorschläge sind leider bisher nicht auf große Resonanz gestoßen. Da ist einmal der Vorschlag, bei der Kursbildung der Mark der DDR eine Kursstützung durch die Bundesbank vorzunehmen<sup>6)</sup>. Ein stabiler Wechselkurs mit einem Kursstützungsabkommen in der international üblichen Form zwischen der Staatsbank der DDR und der Bundesbank wäre eine entscheidende Hilfe für den Aufholprozeß. Noch weiter geht der Gedanke, zwischen der Bundesrepublik und der DDR eine Währungseinheit herzustellen<sup>7)</sup>. In beiden Fällen wäre der Prozeß der Vertrauensbildung enorm. Schließt man diese Möglichkeit aus, so sollte angesichts der schwierigen Lage in den anderen Bereichen gehandelt werden: Wann und wo wird die bundesdeutsche Technik bei der Modernisierung der Eisenbahn eingesetzt? Wann und wo beginnt die Modernisierung des Telefonnetzes? Wann beginnt die Finanzierung aus Mitteln der Kreditanstalt für Wiederaufbau? Taten sind gefragt, und zwar rasch.

<sup>6)</sup> Vgl. Wilhelm Hankel, Für eine „Solidaritätsabgabe DDR“, in: Handelsblatt vom 15. November 1989, S. 2; ders., Die Mark der DDR sollte direkt in das Europäische Währungssystem einbezogen werden, in: Handelsblatt vom 21. November 1989, S. 8.

<sup>7)</sup> Vgl. Wolfram Engels, Die Gesamtdeutsche Mark, in: Wirtschaftswoche, Nr. 49 vom 1. Dezember 1989, S. 182.

## Die soziale Integration von DDR-Übersiedlern in der Bundesrepublik Deutschland

Das Jahr 1989 hat — völlig überraschend — deutschlandpolitischen Themen eine ungewöhnliche öffentliche Aufmerksamkeit verschafft. Im Unterschied zu 1984, wo dies aus Anlaß einer ersten — für die Zeit nach 1961 atypischen und gleichfalls überraschenden — „Übersiedlerwelle“ auch schon der Fall gewesen ist, wurde jetzt jedoch das Thema „Übersiedler“ überlagert und zurückgedrängt durch die „November-Revolution“ und den Machtwechsel in der DDR sowie die Öffnung der Mauer. Dabei machte die Zahl der Übersiedler 1989 sogar ein Vielfaches derjenigen von 1984 aus; und die Massenausreise von DDR-Bürgern über die bundesdeutschen Botschaften in Budapest, Prag und Warschau sowie durch den geöffneten „Eisernen Vorhang“ über Ungarn und schließlich in unkontrolliertem Transit durch die Tschechoslowakei bildeten sicherlich einen der radikalen Veränderungen in der DDR mitauslösenden — also durchaus nicht nebensächlichen — Faktor. Am Ende geriet, zusammen mit der neuen durchgängigen Reisefreiheit der DDR-Bürger, die Möglichkeit zum Verlassen der DDR und zur nahezu formlosen Übersiedlung in die Bundesrepublik — sowie schließlich auch die Möglichkeit für ehemalige DDR-Bürger zur Rückkehr in die DDR — fast zu einem Stück Normalität in den deutsch-deutschen Verhältnissen.

In Relation zu den großen deutschlandpolitischen Fragen, die sich somit jetzt stellen, bildet das Thema „Übersiedler“ also nur noch einen Randaspekt, der auch nur für kurze Zeit im Zentrum der öffentlichen Aufmerksamkeit gestanden hat. Fanden die quantitativen Aspekte der deutsch-deutschen Wanderungsbewegung von Ost nach West zunächst noch erhebliches Interesse in den Medien, weil sie eine seit dem Mauerbau nicht mehr gekannte Größenordnung erreichten und man unsicher war, ob man die aktuellen Zahlen vielleicht bis hin zu einer „Wiedervereinigung der Deutschen auf dem Boden der Bundesrepublik“ würde extrapolieren müssen, so stellt sich inzwischen eher das Problem, im massenhaften Reiseverkehr zwischen Ost und West sowie angesichts völlig unkontrolliert erfolgreicher Rückwanderungen von Übersiedlern in die DDR überhaupt genaue Übersiedlungszahlen registrieren zu können.

Einen Beleg für die inzwischen wieder eingetretene Entdramatisierung des Übersiedler-Themas in den Medien bildet auch die Tatsache, daß die zwischenzeitlich aus dem Blickfeld geratenen — dabei quantitativ keineswegs marginalen — anderen Zuwanderergruppen — die „volksdeutschen“ Aussiedler aus Polen, der UdSSR, Rumänien und anderen osteuropäischen Staaten sowie die ausländischen Asylbewerber — in den Medien und in der Politik wieder Erwähnung finden.

Die Beschäftigung mit DDR-Übersiedlern stellt unter den genannten Umständen ein akademisches Unterfangen dar, das deutlich im Schatten anderer deutschlandpolitischer Debatten steht. Das erscheint zunächst einmal als vorteilhaft, weil somit keine Politisierung die wissenschaftliche Seriosität bedroht. Andererseits stellt dies dann ein Problem dar, wenn sich die Erkenntnisse solcher Forschung als politisch bedeutsam erweisen — aber keine entsprechende öffentliche und politische Aufmerksamkeit erfahren.

Es gibt noch einen weiteren Interessenten an der Übersiedler-Forschung, der angesprochen werden soll: In den — immer nur kurzen — Perioden öffentlichen Interesses am Thema der Übersiedler investieren die Medien viel Zeit und Geld in die Recherche — weit mehr, als dies der sozialwissenschaftlichen Forschung normalerweise möglich ist. Allerdings zielen diese journalistischen Recherchen regelmäßig — „mediengerecht“ — auf Einzelschicksale, deren exemplarischen Charakter, d. h. deren Repräsentativität man dabei — zwangsläufig ungeprüft — unterstellt. Ein wissenschaftlicher Themenzugriff kann sich dieses Manko nicht leisten. Der wissenschaftliche Anspruch auf wenigstens einigermaßen abgesicherte Verallgemeinerungsfähigkeit der Aussagen bedeutet allerdings — nicht zuletzt wegen fehlender Forschungsmittel — den Verzicht auf Detailtiefe beim Einzelfall. In dieser Hinsicht sind die Medienberichte der Wissenschaft also zumeist überlegen; hier ist die normale Sozialwissenschaft nicht konkurrenzfähig. Die Tugend aus dieser Not für den Wissenschaftler lautet: Verfolgung von Fragestellungen und Produktion von Erkenntnissen, auf die die Medien mit ihrem Rechercheansatz nicht kommen können, die aber gleichermaßen relevant sind. Derartige Erkennt-

## Zuwanderung aus der DDR in die Bundesrepublik (in Tsd.)

	Zuwanderer*) insgesamt	davon Übersiedler	- in % -
1974-1983 im Durchschnitt	13	9	69
1984	41	35	85
1985	25	19	76
1986	26	20	77
1987	19	11	58
1988	40	29	73
1989	ca. 350	?	?

Quelle: Bundesnotaufnahmeverfahrens-Statistik (bis 1988).

\*) Außer den „Übersiedlern“ gibt es unter den „Zuwanderern“ Flüchtlinge und sog. Sperrbrecher — die nicht legal aus der DDR-Staatsbürgerschaft entlassen wurden — sowie freigeverkaufte ehemalige politische Häftlinge.

nisse können jedoch mit den eingängigen Schicksalsberichten der Medien — was Spannung und Plausibilität anbetrifft — kaum konkurrieren.

Meine Ausführungen zur Übersiedler-Thematik sind in folgender Weise zwischen deutschlandpolitischer Bedeutsamkeit und journalistischer Problem-

behandlung zu plazieren: Einerseits konzentriere ich mich in thematischer Hinsicht auf die soziale Integration von DDR-Übersiedlern in die Gesellschaft der Bundesrepublik. Als „Übersiedler“ gelten dabei — gemäß der bis vor kurzem gültigen (mit dem Jahr 1989 umgestellten) amtlichen Definition — Zuwanderer aus der DDR, die mit Genehmigung der DDR-Behörden aus der DDR-Staatsbürgerschaft entlassen wurden und ausreisen durften und die anschließend auf Dauer im Westen bleiben bzw. geblieben sind. Mit dem Terminus der „Integration“ ziehe ich auf längerfristige Prozesse ab, die jenseits der ersten Tage, Wochen oder auch Monate nach Übersiedlung ablaufen (für die sich, ihren kurzfristigen Aufmerksamkeitszyklen entsprechend, die Medien vornehmlich interessieren).

Andererseits strebe ich Erkenntnisse an, die mit einiger — aus der methodischen Untersuchungsanlage resultierender — Sicherheit über Einzelfälle hinaus verallgemeinerungsfähig sind. Dabei verbleibe ich jedoch im Bereich sogenannter qualitativer Methoden, die immerhin etwas komplexere Falldetails ermöglichen als bloße Demoskopie. Ich beschreibe also einen mittleren Weg zwischen Einzelfallgeschichten und bloßen quantitativ-repräsentativen Aussagen.

## I. Integration nach Übersiedlung

Aus soziologischer Perspektive handelt es sich beim Vorgang der Übersiedlung aus dem östlichen in den westlichen deutschen Staat um eine Migration zwischen zwei Gesellschaften. Einen besonderen — und zugleich besonders interessanten — Fall bildet diese Migration allerdings insofern, als es sich dabei um Menschen handelt, die einerseits der gleichen Nation angehören wie die Menschen der Zuzugsgesellschaft, andererseits aber in einem sozialstrukturell deutlich unterschiedlichen — konzeptionell („weltanschaulich“) sogar antagonistischen — Gesellschaftssystem aufgewachsen und sozialisiert worden sind.

Man kann sich mit Blick auf die deutsch-deutsche Ost-West-Migration für vielerlei Fragen interessieren: Beispielsweise für die politische Frage, was denn ein Ausreiseprozess dieser Größenordnung für die zurückgelassene Gesellschaft — also die Gesellschaft der DDR — für Folgen hat. Eine bedeutsame politische Frage — für beide deutschen Gesellschaften — ist auch, wie sich die Übersiedlerzahlen in Zukunft entwickeln werden und durch welche Faktoren diese Entwicklung bestimmt wird. Weiterhin lassen sich die Übersiedlungsvorgänge auch deutschlandpolitisch deuten, z. B. als Beleg für nationale Zusammengehörigkeit der Ost- und Westdeutschen, als „Wiedervereinigung der Men-

schen“ (nicht der Staaten bzw. geographischen Räume). Man kann sich auch für die vielen individuellen Schicksale — oder, neutraler, Biographien — von Übersiedlern interessieren, etwa tendenziell psychologisch fragen, wie die Einzelnen mit dem einschneidenden Erlebnis der Migration bzw. Emigration umgehen und „fertigwerden“. Den Soziologen interessiert demgegenüber insbesondere die Frage, in welcher Weise die DDR-Übersiedler sich in der Bundesrepublik sozial integrieren. Diese soziologische Fragestellung hat übrigens durchaus politische Aspekte und Implikationen. Beispielsweise würde eine soziologische Erkenntnis, wonach die DDR-Übersiedler Probleme bei der sozialen Integration haben, das herrschende deutschlandpolitische Verständnis in der Bundesrepublik konterkarieren, wonach solche Integrationsprobleme deshalb gar nicht erwachsen könnten, weil es sich bei den Übersiedlern ethnisch, kulturell und rechtlich um Deutsche handele, die nur von Ost- nach West-Deutschland „umgezogen“ seien, d. h. ihr „Land“ eigentlich gar nicht gewechselt hätten.

Der Soziologe rechnet natürlich von vornherein — d. h. hypothetisch — mit Integrationsproblemen der DDR-Übersiedler im Westen, weil seine Perspektive die genannten Aspekte von Ethnizität (Nationalität), kultureller Tradition, Recht und Politik



in einem wesentlichen Punkt überschreitet, nämlich die aus vierzigjähriger getrennter und antagonistischer Gesellschaftsentwicklung resultierende Unterschiedlichkeit der Wertsysteme und Sozialstrukturen einbezieht, die sich den Individuen ja tief einprägt. Die DDR-Übersiedler bringen demnach ein „Sozialisationsgepäck“ mit, das sich an den bundesdeutschen Werten und Sozialstrukturen mutmaßlich stößt und bricht. Und daraus resultieren — so die Hypothese — Integrationsprobleme der Übersiedler, deren Bewältigung vornehmlich ihnen als der Minorität zufällt.

Ohne hier ausführlich auf theoretische Probleme der sozialen Eingliederung eingehen zu wollen, ist doch eine Bemerkung angebracht: Selbstverständlich stellt sich soziale Integration als „Interaktivität“, als zweiseitiger Vorgang zwischen Migranten und Zuzugsgesellschaft dar. Dieses Aufeinandertreffen ist aber nicht einfach interaktionistisch zu deuten. Der Migrant stößt z. B. keineswegs unmittelbar auf die generellen Einstellungen der Bevölkerung der Zuzugsgesellschaft (die sich so schön demographisch erheben lassen und z. B. Aufnahmebereitschaft, Fremdenfeindlichkeit oder „Wohlschauvinismus“ beinhalten). Seine „Interaktionspartner“ sind vielmehr einerseits — immer relativ wenige — konkrete Einzelne in der Zuzugsgesellschaft — Helfer im Aufnahmelaager, Verwaltungsbedienstete aller möglichen Behörden, Kollegen und Vorgesetzte am Arbeitsplatz, Nachbarn am

Wohnort, vielleicht Verwandte, Freunde —, deren Einstellungen ja nicht unbedingt ein Abbild durchschnittlicher oder mehrheitlicher demographischer Einstellungen darstellen müssen, und andererseits soziale Institutionen — vor allem Bürokratie wie Sozialamt, Arbeitsamt, Ausgleichsamt, Schulverwaltung und Schulen, Gerichte usw. —, welche aber nicht in erster Linie durch die Einstellungen und Verhaltensweisen ihrer Bediensteten, sondern vornehmlich durch rechtliche Normen, Verwaltungsroutinen usw. repräsentiert oder auch durch bloßes (Nicht-)Vorhandensein (siehe etwa Kinderkrippen- und Kindergartenplätze oder rechtsstaatliche Beschwerdemittel) integrationsbedeutsam werden.

Die soziale Integration von Übersiedlern ebenso wie von anderen Personen läßt sich nach bestimmten Lebensbereichen bzw. Dimensionen differenzieren: Wohnung, Arbeit, Kontakte zu Ämtern, alltägliche Sozialbeziehungen (Verwandte, Freunde, Bekannte, Nachbarn, Schulkameraden usw.). Auf abstrakterer Ebene lassen sich kulturelle Muster und Wertsysteme sowie Sozialstrukturen in differenzierten Funktionssystemen der Gesellschaft unterscheiden. Die Messung des Grades oder Erfolgs von Integration ist dagegen viel schwieriger. Für sie bleibt am Ende eigentlich nur der — von den Betroffenen geäußerte — Grad ihrer Zufriedenheit mit ihrer neuen sozialen Situation, wobei dies eine sehr komplexe Variable darstellt.

## II. Der Zeitbedarf sozialer Integration

Die folgenden Ausführungen zum Thema „Übersiedler“ beruhen in der Hauptsache auf einer Langzeituntersuchung der Integrationsprozesse und -ergebnisse an einer willkürlich ausgewählten Gruppe von Übersiedlern, die mit der „Übersiedlerwelle“ des Jahres 1984 in die Bundesrepublik gekommen sind. Über einen Zeitraum von fünf Jahren hinweg wurden diese Übersiedler — am Anfang 30 Haushalte mit rd. 120 Personen; die Zahl verminderte sich über Zeit auf schließlich die Hälfte (sogenannter Panelschwund, verursacht nicht durch Befragungsverweigerung, sondern vornehmlich durch Fortzüge, die aus Kostengründen nicht verfolgt werden konnten) — dreimal in aufwendigen Tonband-Interviews befragt: nach etwa einem halben Jahr im Westen, nach einem und schließlich letztmalig nach fünf Jahren<sup>1)</sup>.

Eine derartige Langzeitbeobachtung — die eigentlich zeitlich noch weiter auszudehnen wäre — ist m. E. die einzig angemessene Art der Untersuchung von Prozessen der sozialen Integration, weil diese sich nur in langen Fristen vollzieht. Der Zeitaspekt spielt natürlich in den verschiedenen Integrationsfeldern und -dimensionen eine unterschiedliche Rolle. Um davon nur eine Andeutung zu geben: Ein Dach über dem Kopf braucht der Übersiedler im Westen sofort; es macht dann freilich einen erheblichen Integrationsunterschied, ob man bereits nach wenigen Tagen oder erst nach vielen Monaten aus einem Wohnheim in eine eigene Privatwohnung ziehen kann. Oder der Zeitaspekt bei der Arbeitssuche, der immer wieder übersehen wird: Weil die allermeisten Übersiedler-Haushalte ein Jahr lang mindestens einen, häufig sogar zwei Arbeitslosengeldansprüche haben, die ihnen ein Auskommen deutlich oberhalb des Sozialhilfeniveaus sichern, ergibt sich für ihre ökonomische Integration eine Art Schonfrist mit vermindertem materiellen Druck zur Aufnahme einer Erwerbstätigkeit. Somit entscheidet sich die ökonomische Integration häufig — und pauschal gesehen: überhaupt — erst nach Ablauf eines Jahres im Westen, wenn nämlich die Arbeitslosenunterstützung auf die

<sup>1)</sup> Vgl. die ausführliche Berichterstattung dazu in den folgenden drei Aufsätzen: K. Pratsch/V. Ronge, So einer wartet nicht auf das Arbeitsamt, in: Deutschland Archiv, 18 (1985) 2, S. 158 ff.; dies., Arbeit finden sie leichter als Freunde, in: Deutschland Archiv, 18 (1985) 7, S. 716 ff.; dies., Ganz normale Bundesbürger?, in: Deutschland Archiv, 22 (1989) 8, S. 904 ff.

deutlich niedrigere Arbeitslosenhilfe reduziert wird. Ein letztes Beispiel: Gerade etwas ältere Übersiedlerfamilien kommen nicht selten hauptsächlich deshalb in den Westen, um ihren Kindern eine im Vergleich zur DDR bessere, vielleicht weniger politisierte, berufliche Zukunft zu ermöglichen.

Dafür stecken sie mit ihren eigenen Integrationsansprüchen zurück. Hier — wie überhaupt hinsichtlich der Übersiedler-Kinder — muß die Integrationsperspektive zeitlich weit ausgreifen, mindestens einige Jahre, vielleicht sogar eine ganze Generation.

### III. Veränderungen der Übersiedlung zwischen 1984 und 1989

Die nachfolgend zusammengefaßten Erkenntnisse basieren auf der Langzeitbeobachtung von Übersiedlern aus der 1984er Welle und sind in ihrem Aussagenanspruch entsprechend beschränkt. Von Bedeutung sind dabei, wenn man die aktuelle Übersiedlerbewegung vergleichend in Betracht zieht, insbesondere die folgenden Umstände:

a) Obwohl sie im Vergleich zur vorherigen Zeit ungewöhnlich hoch waren, lagen die Zuwanderungszahlen von 1984 doch noch weit unterhalb derjenigen des Jahres 1989.

b) Bei den Übersiedlern der 1984er Welle handelte es sich in der Regel um Personen, die zwischen ihrem (ersten) Ausreiseantrag und der Ausreise genehmigung noch eine längere Zeit, häufig unter erheblicher Verschlechterung ihrer Lebensverhältnisse, in der DDR zubringen mußten. Im Durchschnitt betrug diese „Wartezeit“ etwa zwei Jahre; in Einzelfällen erreichte sie bis zu zwölf Jahre. (Die DDR wollte sich damals mit einem Schläge der seit Jahren aufgestauten Ausreiseanträge entledigen.) Diese Wartezeit, die m. E. für den späteren Integrationsprozeß im Westen von größter Bedeutung ist (s. u.), hat sich bei den jüngeren Übersiedlerjahrgängen wesentlich verkürzt; unter den Übersiedlern der großen 1989er Welle ist ein erheblicher, freilich nicht genau zu beziffernder Anteil überhaupt ohne vorherigen Ausreiseantrag in den Westen gekommen.

c) Der Übersiedler-Jahrgang 1989 ist, verursacht vor allem durch die ohne vorherigen Ausreiseantrag über Drittländer (Ungarn, Tschechoslowakei) gekommenen „Spontanflüchtlinge“, im Durchschnitt etwa zehn Jahre jünger als derjenige von 1984. Das hat Bedeutung für die ökonomische Integration im Westen, weil bei Jüngeren die Phase der beruflichen Ausbildung in der DDR weniger lange zurückliegt als bei Älteren und sie somit an relativ — für DDR-Verhältnisse — modernen Produktionsmitteln qualifiziert wurden, was ihre Anpassung an den hochtechnologisierten Produktionsapparat im Westen erleichtert.

d) Die allgemeine ökonomische Lage in der Bundesrepublik hat sich von 1984 bis 1989 — trotz immer noch hoher Arbeitslosigkeit — wesentlich verbessert. Die Zahl der Arbeitsplätze hat zugenommen, und inzwischen herrscht in einigen Bereichen des gewerblichen, insbesondere des industriellen Sektors Facharbeitermangel. Im Handwerk besteht bereits ein erheblicher Nachwuchsmangel. Die

Aufnahmemöglichkeiten des bundesdeutschen Arbeitsmarkts haben sich also vor allem für gewerblich-technisch ausgebildete Zuwanderer, wie das bei den (jedenfalls den männlichen) DDR-Übersiedlern verbreitet der Fall ist, inzwischen deutlich verbessert und zwar in einem Maße, das die im Vergleich zu 1984 wesentlich höhere quantitative Zuwanderung vermutlich auf dem Arbeitsmarkt verkraftet werden kann.

e) Gegenteilig nimmt sich die Lage auf dem Wohnungsmarkt aus. Die im Vergleich zur aktuellen noch relativ niedrige Zuwanderung von 1984 konnte vom Wohnungsmarkt ohne große Probleme bewältigt werden. Inzwischen ist der Wohnungsmarkt jedoch ausgesprochen angespannt und für die deutlich gestiegenen Zuwanderungen, zu denen auch noch die Aussiedler und Asylbewerber hinzuzurechnen sind, nurmehr begrenzt aufnahmefähig.

f) Beide genannten Integrationsbereiche — Wohnung und Arbeit — werden mitbestimmt durch das Ausmaß an — privater — Hilfe, das die Übersiedler bei ihren Integrationsanstrengungen erfahren. Hier ist zu konstatieren, daß bei den Übersiedlungen 1984 häufig verwandtschaftliche Hilfe in Anspruch genommen werden konnte, während von den heutigen Übersiedlern ein großer Teil keine — auch keine entfernten — Verwandten im Westen hat, was sich natürlich erschwerend auswirkt. Dies hängt nicht zuletzt damit zusammen, daß die früheren Übersiedler ihren Ausreiseantrag gegenüber den DDR-Behörden begründen mußten und sich dabei häufig auf Familienzusammenführung — die in der von der DDR anerkannten Schlußakte von Helsinki privilegiert worden war — beriefen, obwohl es sich nicht selten um ziemlich entfernte, oft erst neu aktivierte Verwandtschaftsbeziehungen handelte. Für viele der 1989er Übersiedler, deren Ausreise seitens der DDR wesentlich „lockerer“ legalisiert wurde, konnte dieser Zusammenhang entfallen, weshalb sie dann auch eher auf administrative und wohlfahrtsverbandliche Integrationshilfestellung angewiesen waren und sind.

g) Die generelle Einstellung der Bundesbevölkerung gegenüber den Übersiedlern hat sich, wenn man den diversen Umfragen Glauben schenkt, ganz allgemein im Verhältnis zu 1984 eher in Richtung erhöhter Aufnahmebereitschaft verbessert, und dies trotz der erheblich angestiegenen Zuwanderungszahlen. (Erst nachdem die neue Regierung

der DDR ihrer Bevölkerung praktisch Reisefreiheit gewährt hat, haben die Bundesbürger weniger Verständnis für weitere Übersiedlungen.) Dafür ist vermutlich sowohl die Medienberichterstattung hinsichtlich der Botschafts- und Ungarnflüchtlinge vom Herbst 1989 verantwortlich, die bei der Bundesbevölkerung weithin positive Emotionen freigesetzt hat, als auch die Tatsache, daß die Bundesbürger von den drei großen, unbeeinflussbar einströmenden Zuwanderergruppen — den Übersiedlern aus der DDR, den volksdeutschen Aussiedlern und den ausländischen Asylbewerbern — noch am ehesten zugunsten der „eindeutig deutschen“ Übersiedler-„Landsleute“ votieren.

Die Einstellungsdaten aus Umfragen sind aber nicht ganz unproblematisch; sie sind vermutlich

stark durch „sozial erwünschtes Antwortverhalten“ geprägt. In ihnen reflektieren sich somit nicht unbedingt die „wirklichen“ Einstellungen, in denen die Übersiedlungswelle, die Motive und Ansprüche der Übersiedler und ihre politisch-administrative Behandlung in der Bundesrepublik weit kritischer gesehen werden dürften, als sich das in den Umfragedaten ausdrückt.

Die weiteren Ausführungen berichten zusammenfassend über die Ergebnisse unserer Langzeituntersuchung der Integration von DDR-Übersiedlern in der Bundesrepublik, wobei analytisch auf die angesprochene Differenzierung von Integrationsfeldern bzw. -dimensionen abgestellt wird. Auf detaillierte Angaben zur Untersuchungsanlage und -methodik wird an dieser Stelle verzichtet.

#### IV. Ökonomische Integration

In einer „Arbeitsgesellschaft“ wie der unsrigen, die vom Einzelnen (bzw. vom einzelnen Privathaushalt) erwartet, daß seine wirtschaftliche Basis durch eigenes Erwerbseinkommen gesichert wird, bildet die ökonomische Dimension selbstverständlich den Kern aller sozialen Integration — für Zuwanderer ebenso wie für Einheimische. Das stellt für die DDR-Übersiedler auch keinerlei Überraschung dar, kommen sie doch aus einer Gesellschaftsordnung, in der — marxistischer Weltanschauung gemäß — die Bedeutung der Arbeit noch um einiges höher rangiert als in der tendenziell bereits „postmateriell“ orientierten bürgerlich-kapitalistischen Welt.

Die individuellen Integrationsvoraussetzungen der Übersiedler sind, insgesamt gesehen, ausgesprochen günstig. Die Übersiedlungsmotivation sehr vieler von ihnen, ein im Westen vieldiskutiertes Thema, ist nämlich deutlich arbeits- bzw. berufsbezogen. Viele Übersiedler — vor allem solche im mittleren Lebensalter, d. h. mit einiger Berufserfahrung und mit höherer beruflicher Qualifikation — haben die DDR verlassen, weil sie sich dort durch die im Wirtschafts- und Arbeitsleben bestehenden Bedingungen des „real existierenden Sozialismus“ in ihrer beruflichen Entfaltung gehemmt sahen. Diese Übersiedler haben in erster Linie unter den negativen Folgen der Planwirtschaft, deren Realbedingungen die individuellen Arbeitsleistungen eher hemmten als unterstützten, sowie unter der Politisierung der Wirtschaft und der beruflichen Karrieren gelitten. Es waren nicht selten die besonders arbeits- und leistungsmotivierten, aber „politik-unwilligen“ DDR-Bürger, die aus Enttäuschung über die realsozialistische Ökonomie im Westen ihre von Politik entlastete berufliche Selbstverwirklichung anstrebten und natürlich auch die Früchte ihrer Arbeit — in Gestalt von arbeits- und leistungsgerechter Entlohnung und Konsumgüterteilhabe — ernten wollten. Diese Übersiedlungsmotivation fällt sozusagen zwischen das üblicherweise disku-

tierte Raster entweder politischer oder privatistisch auf Konsum und Wohlstand gerichteter Motive.

Weil es sich verbreitet um sehr individuelle und stark auf Arbeit, Beruf und Leistung bezogene Übersiedlermotivation handelt, läßt sich von für die ökonomische Integration im Westen guten Integrationsvoraussetzungen bei vielen Übersiedlern sprechen. Es handelt sich bei vielen von ihnen — also beim untersuchten 1984er Übersiedler-Jahrgang — um beruflich gut qualifizierte, leistungswillige, aktive, selbstbewußte Personen. Diese Übersiedler haben keine Angst vor dem Kapitalismus, seinem Leistungs- und Konkurrenzdruck und seinen strengen Anforderungen an die Menschen. Vielmehr war die Leistungsgesellschaft gerade das, was sie suchten und wollten.

Obwohl die ökonomischen Bedingungen für die Übersiedler des 1984er Jahrgangs sich noch wesentlich schlechter darstellten, vor allem die Arbeitslosigkeit noch erheblich höher lag als heute, gelang den meisten ein sehr schneller Berufseinstieg. Sie kamen zumeist mit dem Ziel, möglichst schnell Arbeit zu finden und nicht, obwohl ihnen diese Möglichkeit offenstand, von Leistungen der Arbeitslosenversicherung zu leben<sup>2)</sup>. Viele dieser Arbeitsverhältnisse wurden schon nach wenigen Tagen oder Wochen im Westen begründet, und häufig wurde dabei nicht die Vermittlung der Arbeitsverwaltung in Anspruch genommen<sup>3)</sup>. Man begab sich nicht in die Obhut des Arbeitsamts und wartete dessen Vermittlungsangebote ab, sondern machte sich — aktiv und nicht selten mit für westliche Augen unkonventionellen Methoden — selber auf die Arbeitssuche: häufig genug mit Erfolg, weil gerade

<sup>2)</sup> Vgl. ein entsprechendes Befragungsergebnis bei H. Hofbauer, Die berufliche Eingliederung von Übersiedlern aus der DDR und Berlin (Ost), in: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, (1985), S. 340 ff.

<sup>3)</sup> Vgl. ebd., S. 349.

diese Aktivität bei vielen — vor allem kleinen und mittelständischen — Unternehmen Anklang fand.

Zur aktiven Arbeitsplatzsuche gehörte auch die verbreitet vorhandene Bereitschaft der Übersiedler zur regionalen Mobilität, die ihnen als gerade Zugezogenen natürlich auch leichter fallen konnte als beispielsweise einem arbeitslos gewordenen Einheimischen. Insbesondere Alleinstehende zogen an die Orte, an denen sie Arbeit finden konnten, d. h. sie zogen um, nachdem die meisten 1984er Übersiedler ihren ersten Zuzugsort bei Verwandten oder Bekannten gefunden hatten (wodurch sich auch kaum Wohnungsprobleme einstellten).

Arbeitsplätze fanden die Übersiedler in der Hauptsache bei kleinen und mittelständischen Unternehmen<sup>4)</sup>. Sowohl der öffentliche Dienst als auch die Großunternehmen waren dagegen ausgesprochen zurückhaltend mit Einstellungen. Das hat sicherlich etwas mit den stärker bürokratisierten und langwierigen Prozeduren in großen — sei es öffentlichen, sei es privatwirtschaftlichen — Organisationen zu tun. Vor allem aber dürften dabei Sicherheitsprobleme eine Rolle gespielt haben. Die Sicherheitsbedürfnisse sowohl des staatlichen Bereichs (Verfassungsschutz) als auch der hochtechnologisierten Großindustrie (Industriespionage) behinderten eine gegenüber Zuwanderern aus der DDR offene Einstellungspraxis. In der Meinung der Bundesbevölkerung drückte sich das übrigens deutlich dahingehend aus, daß verbreitet angenommen wurde, unter den DDR-Übersiedlern befänden sich viele Spione<sup>5)</sup>.

Natürlich gab es auch Probleme beim beruflichen Einstieg der Übersiedler. Aber zunächst einmal ist festzustellen, daß schon innerhalb eines halben Jahres sechzig Prozent der erwerbsfähigen und -willigen Übersiedler unserer Samples Arbeit gefunden hatten. Betrachtet man — was die angemessene Perspektive darstellt — nicht die Personen, sondern die Haushalte, so waren nach einem halben Jahr nur noch fünf unserer dreißig Haushalte ohne jegliches Einkommen aus Erwerbstätigkeit.

Probleme bei der beruflichen Integration der Übersiedler lassen sich relativ eindeutig spezifizieren: Schwierigkeiten auf dem bundesdeutschen Arbeitsmarkt hatten und haben bis heute

— Akademiker aus nicht-technischen und -naturwissenschaftlichen Disziplinen, insbesondere solche, deren Berufsfeld in der Hauptsache zum öffentlichen Dienst gehört (prototypisch: Lehrer);

— Erwerbspersonen aus Handels- und Dienstleistungsberufen, die in der DDR häufig sozialismustypisch geprägt oder auch in der Bundesrepublik besonders nachgefragt und überlaufen sind (typi-

scherweise: kaufmännische und administrative Berufe);

— weibliche Erwerbspersonen insofern, als bei ihnen überproportional häufig die beiden erstgenannten Merkmale zutreffen<sup>6)</sup>, sie zudem verbreitet Teilzeitarbeitsplätze suchen, die hier besonders rar sind und stark nachgefragt werden, und sie — sofern es sich um Mütter mit kleineren Kindern handelt — ihre Erwerbstätigkeit von der Möglichkeit der Versorgung ihrer Kinder in Kindergärten oder -horten abhängig machen müssen, bei denen jedoch der Versorgungsgrad in der Bundesrepublik erheblich unter demjenigen der DDR liegt.

Als nicht besonders problematisch hat sich — entgegen anderslautenden Erwartungen — die Heranführung der Übersiedler an die technologische Ausrüstung der Arbeitsplätze in der bundesdeutschen Wirtschaft herausgestellt<sup>7)</sup>. Zur Begründung dieses Ergebnisses muß man darauf hinweisen, daß sich die technologische Entwicklung in der Produktion und die individuelle berufliche Qualifikation in unserer Wirtschaft seit längerem entkoppelt haben: Kaum jemand erwirbt in seiner Berufsausbildung heutzutage noch eine Qualifikation, die für sein gesamtes Berufsleben ausreicht; den Normalfall bildet vielmehr die mehrfache Anpassung der Qualifikation an relativ schnell veraltende und wechselnde Produktionsmittel am Arbeitsplatz. (Die bildungspolitische Denkfigur des lifelong learning hat diese Situation schon vor Jahrzehnten auf den Begriff gebracht, und die Ausbildungsordnungen sind in dieser Richtung revidiert worden — übrigens auch, z. T. sogar früher als in der Bundesrepublik, in der DDR.) Bei guter beruflicher Basisqualifikation gelingt es den DDR-Übersiedlern ebensogut, sich den für sie zunächst zweifellos fremden, nämlich höher als in der DDR technologisierten betrieblichen Produktionsapparaten im Westen anzupassen, wie dies den einheimischen westdeutschen Arbeitnehmern oft genug abverlangt wird und normalerweise gelingt.

Gab es in unserem Übersiedler-Sample nach einem Jahr des Lebens im Westen noch — oder wieder — Arbeitslose in der Größenordnung von etwa einem Drittel (der Erwerbspersonen), so zeigte sich nach fünf Jahren nur noch ganz marginale Arbeitslosigkeit. Keiner der Haushalte lebte von Sozialleistungen. Auch die meisten Frauen mit Kindern waren, wie zuvor in der DDR, wieder berufstätig. Allerdings konnten nicht alle im erlernten und zuvor in der DDR ausgeübten Beruf oder auf gleichem beruflichen Niveau Arbeit finden. In etwa der Hälfte der Fälle mußte die Übersiedlung mit einem beruflichen Abstieg oder erzwungenen Berufswechsel bezahlt werden, was sich in der Regel natürlich auch negativ auf die Einkommensverhältnisse auswirkt. In diesen Fällen wird das — im Verhältnis

<sup>4)</sup> Vgl. ebd., S. 353.

<sup>5)</sup> Vgl. V. Ronge, Von drüben nach hüben, Wuppertal 1985<sup>2</sup>, S. 41 f.

<sup>6)</sup> Vgl. dazu V. Ronge, „Indirekt-empirische“ DDR-Sozialforschung, in: deutsche studien, (1987), S. 301 ff.

<sup>7)</sup> Vgl. H. Hofbauer (Anm. 2), S. 353.

zum unter optimalen Umständen der Integration erreichbaren — niedrigere Einkommen nicht selten durch Überstunden oder zweite Arbeitsverhältnisse zu kompensieren versucht, insbesondere von Männern.

Das letztlich angestrebte Resultat ökonomischer Integration liegt natürlich beim Lebensstandard, d. h. beim aus Erwerbseinkommen abgeleiteten Konsum. Obwohl die Übersiedler — gerade diejenigen der 1984er Welle, die überwiegend bereits ein mittleres Lebensalter erreicht hatten — keineswegs aus (unter DDR-Verhältnissen) ärmlichen Umständen in den Westen gekommen sind, haben die meisten ihren alten Lebensstandard nach wenigen Jahren im Westen wieder erreicht oder übertroffen,

## V. Soziale Integration

Die separate Behandlung von ökonomischer und sozialer Integration reflektiert eine theoretische Unterscheidung zwischen gesellschaftlichen Funktionssystemen — wozu insbesondere auch die Ökonomie zählt — und einem nicht systemisch strukturierten Bereich, den man heute bevorzugt „Lebenswelt“ nennt und als „privat“ ansieht. Nach Darstellung der ökonomischen Integration geht es folglich jetzt um die soziale Integration im engeren Sinne. Es handelt sich dabei, das ist zu betonen, um eine *analytische* Differenzierung. Beispielsweise findet soziale Integration im hier gemeinten, engeren Sinne durchaus auch am Arbeitsplatz statt, den wir zunächst der ökonomischen Integration zugeordnet hatten.

Während sich für die ökonomische Integration der Übersiedler die grundsätzlich in beiden deutschen Staaten auf der Mikroebene übereinstimmenden „arbeitsgesellschaftlichen“ Verhältnisse positiv auswirken, weil insoweit vom integrationswilligen Übersiedler kein prinzipielles Umlernen gefordert wird, stellt sich die Situation in der sozialen Dimension (immer gemeint im engeren Sinne) etwas anders dar. Diese Dimension ist einerseits durch die Gesamtsozialstruktur der Gesellschaft geprägt, die sich zwischen Sozialismus und bürgerlichem Kapitalismus markant unterscheidet (das jeweilige Verhältnis zwischen ideologischem Programm und Realität einmal ganz beiseite gelassen). Andererseits wirken sich im Bereich der „Lebenswelt“ kulturelle Werte und Traditionen — und zwar nicht nur historisch langsam „gewachsene“, sondern auch politisch in Gestalt von Ideologien „produzierte“ — weit deutlicher aus als bei den Funktionssystemen.

Die „Lebenswelt“ besteht — und soziale Integration erfolgt dementsprechend — in den „kleinen“ sozialen Alltagsbeziehungen der Menschen: am Arbeitsplatz in der Beziehung zu Arbeitskollegen und Vorgesetzten, in der Schule in der Beziehung zu Mitschülern, am Wohnort in der Beziehung zu

nicht selten zum „Neidwesen“ ihrer sozialen Umgebung. Einen Teil der Erklärung dieses Integrationserfolgs muß man freilich darin sehen, daß bei den Übersiedlern ganz verbreitet die erwähnte arbeits- und leistungsorientierte Einstellung parallel geht mit einem quasi-investitionsartigen Konsumverhalten, indem man sich zunächst auf einige wesentliche, langlebige Güter — insbesondere Wohnungsausstattung (von Möbeln bis zum Videorecorder) und Auto — konzentriert und dafür an den Ausgaben des täglichen Lebens spart. Die einzige Ausnahme davon bilden nicht selten Reisen, um ein in diesem Bereich in der DDR lange aufgestautes Bedürfnis zu befriedigen.

Nachbarn, in Kneipen, Restaurants, Kinos, Freizeitgestaltungsvereinen oder auch Kirchengemeinden.

Meine aus sozialwissenschaftlicher Langzeitbeobachtung bezogene These lautet, daß der relativ erfolgreichen und problemlosen ökonomischen Integration der DDR-Übersiedler in der Bundesrepublik eine soziale Integration gegenübersteht, die erheblich problemgeladen ist, worin sich die zwischenzeitlich eingetretene tiefgreifende Unterschiedlichkeit der beiden deutschen Gesellschaftsordnungen der Nachkriegszeit widerspiegelt. Das sozialistische „Sozialisationsgepäck“, das die heutigen Übersiedler in den Westen mitbringen und das sich ja nicht einfach durch Umlernen abschütteln und auswechseln läßt, bricht sich in vielerlei Situationen an den hier vorherrschenden Verhaltenserwartungen, -orientierungen und -mustern. Die Last der daraus erwachsenden Probleme tragen die Übersiedler in Gestalt von verbreiteter sozialer Isolation. Daraus auszubrechen, würde von den ehemaligen DDR-Bürgern eine fast übermenschliche Fähigkeit zur Rationalisierung der erfahrenen alltäglichen Probleme als solche der Konfrontation unterschiedlicher Kultur- und Gesellschaftsmuster bedingen.

Es gibt, um ein mögliches Mißverständnis auszuschließen, keinen Sinn, die ökonomische mit der sozialen Integration „zu verrechnen“ — etwa dergestalt, daß man von den Übersiedlern verlangte, sie sollten angesichts ihrer erfolgreichen ökonomischen Integration doch zufrieden sein (was sie im übrigen meistens sind). *Beide* Dimensionen haben ihren gleichberechtigten Stellenwert. Es geht uns ja auch hier nicht um die Mobilisierung von Mitleid oder Hilfe für die Übersiedler, sondern allein um das Konstatieren von Integrationsproblemen (die die Betroffenen gar nicht unbedingt als belastend empfinden) und deren soziologische Interpretation.

Die problematischen Zusammenhänge im Bereich der sozialen Integration der Übersiedler sollen hier nur exemplarisch angesprochen werden:

— Dasselbe Verhalten, das vielen Übersiedlern überraschend schnell zu einem Arbeitsplatz verholten hat — die unkonventionelle, aktive Art der Stellensuche, die demonstrative Bereitschaft zum Lernen und zur beruflichen Fortbildung, die bereitwillige Ableistung von Überstunden, die Bereitschaft zur unferqualifizierten und vielleicht auch untertätig entlohnten Arbeit, in Mehrpersonenhaushalten die Erwerbsbeteiligung auch der Frau (sogar bei Vorhandensein kleiner Kinder) —, all das bereitet im Arbeitskollegenkreis und beim Betriebsklima (an dem auch der Arbeitgeber interessiert sein muß) einige Probleme. Die individualistisch-egozentrischen Übersiedler-„Pioniere“ erscheinen als Streber, als allzu arbeitgeberfreundlich, als — um es pointiert zu überzeichnen — „potentielle Streikbrecher“, als Gefahr für das Betriebsklima. Es liegt nahe, daß sich unter solchen Umständen nur schwer intensivere Sozialkontakte oder gar Freundschaften von Übersiedlern mit Arbeitskollegen ergeben. (Es hat durchaus Fälle gegeben, in denen Übersiedler, die zunächst einen Arbeitsplatz gefunden hatten, aus solchen betriebsklimatischen Gründen wieder arbeitslos wurden.)

— Denselben Effekt verursachen aber auch andere Probleme. Ein großer Teil zumindest der 1984er Übersiedler war — häufig verstärkt oder ausgelöst durch eine langjährige Wartezeit nach gestelltem Ausreiseantrag — aus den sozialen Netzen der DDR-Lebenswelt ausgeschert. Einen nicht unerheblichen Anteil an der Ablehnung der Lebensbedingungen in der DDR machte für viele Übersiedler die ihnen aufgezwungene Organisationsbeteiligung (Parteien und Massenorganisationen) aus, die für die DDR-Gesellschaft typisch ist. Die erfolgreiche Ausreise bedeutete für sie auch die Befreiung vom Organisationszwang. Eine solche, individuelle Autonomie anstrebende Haltung führt den Übersiedler natürlich im Westen nicht als erstes in die Gewerkschaft. Mit dieser — individuell sehr rationalen und verständlichen — Abstinenz macht er sich aber bei gewerkschaftlich organisierten Arbeitskollegen nicht gerade Freunde.

— In den gleichen Zusammenhang gehört schließlich auch die in den beiden deutschen Gesellschaften unterschiedliche Differenzierung zwischen den verschiedenen Lebensbereichen Arbeit, Wohnen, Freizeitgestaltung. Während die Arbeitskollegen und Freunde in der privaten Freizeit in der DDR zumeist dieselben sind, hat sich in der Bundesrepublik in dieser Hinsicht eine relativ starke Trennung herausgebildet. Das hängt u. a. mit den durchschnittlich größeren Entfernungen zwischen Wohnung und Arbeitsstätte, aber auch damit zusammen, daß hier inzwischen für die Freizeitgestaltung in erheblichem Maße Freizeitvereine und -stätten zuständig geworden sind, in denen sich dann ganz andere Menschen zusammenfinden als am Arbeitsplatz. Die Übersiedler kennen aus der DDR den

einen Modus der Gesellschaftlichkeit und erwarten ihn natürlicherweise zunächst auch im Westen; sie stoßen hier aber auf einen anderen Modus, der sie nicht nur befremdet, sondern in seinen Auswirkungen oft auch enttäuscht.

— Ein ganz anderer, aber gleichfalls soziale Isolation bewirkender Faktor zeigt sich im Lebensbereich des Wohnens, also hinsichtlich der nachbarschaftlichen Kontakte. Auch er hat mit dem „Vorleben“ der Übersiedler in der DDR und den dortigen Erwartungen und Erfahrungen zu tun, die auf die entsprechenden Muster hier nicht recht passen. Weil sie in der DDR ein im Vergleich zum Westen wesentlich niedrigeres Mietpreinsniveau gekannt haben und das Wunschbild einer Wohnung in der DDR in einer Neubauwohnung mit Zentralheizung und Bad besteht — die es freilich in der Regel nur schwer und dann in großen Wohnkomplexen zu haben gibt, welche somit nicht mit einem negativen Image behaftet sind —, ziehen die DDR-Übersiedler bevorzugt in für bundesdeutsche Verhältnisse relativ preiswerte, oft sozial geförderte Wohnkomplexe. Das im Westen inzwischen ziemlich negative Image dieser Wohnkomplexe ficht die Übersiedler nicht an; sie sind glücklich, das zu bekommen, was ihnen in der DDR als erstrebenswert galt: eine — zumindest relativ — preiswerte Neubauwohnung mit Heizung und Bad. Sie ignorieren dabei das *Wohnumfeld*, konzentrieren sich auf die Ausstattung ihrer Wohnung.

Das sozialintegrative Problem besteht dann darin, daß die Übersiedler auf diese Weise in eine Nachbarschaft von sozial Schwächeren, verstärkt von Ausländern geraten, der gegenüber sie sich fremd fühlen. Pointiert: Sie leben als Mittelschichtangehörige in einem Unterschichtumfeld. (Man sollte hier nicht moralisieren, sondern die Sache nüchtern und durchaus aus der Sicht der Übersiedler konstatieren, die sich jedenfalls in entsprechendes Verhalten umsetzt.) Im Ergebnis fällt daher für die Übersiedler der lebensweltliche Sektor „Nachbarschaft“ weitgehend aus. Übersiedlerfamilien wenden sich dann nach innen, isolieren sich gegenüber ihrem sozialen Wohnumfeld.

— Soziale Kontakte finden heutzutage nicht nur im unmittelbaren räumlichen Umfeld — etwa der Wohnung (mit Nachbarn) oder des Arbeitsplatzes (mit Arbeitskollegen) — statt, sondern lassen sich auch über gewisse Entfernungen herstellen und aufrechterhalten. Man kann sich gegenseitig besuchen. Derartige Besuchsmöglichkeiten hängen jedoch von vielen Faktoren ab, wie z. B. den Verkehrsverbindungen oder den finanziellen Mitteln zum Reisen. Soziologisch relevant sind die Muster des Kontaktverhaltens, die übrigens auch weitgehend im Wege der Sozialisation gelernt werden — und in diesem Punkt gibt es zwischen der DDR und der Bundesrepublik einen konkreten, herausragenden Unterschied, der mit der extrem unterschiedlichen Telefondichte in beiden Gesellschaften zusammenhängt. Im Westen gehen Besuchen, selbst solchen

über kurze Entfernungen am gleichen Ort, in der Regel telefonische Ankündigungen oder Absprachen voraus. Selbst kleine Kinder lernen dieses Kontaktmuster frühzeitig und halten sich daran. Die Basis dafür bildet eine Telefondichte von über 90 Prozent der Haushalte. In der DDR liegt die Telefondichte nur bei ca. zehn bis zwanzig Prozent. Dementsprechend besteht dort das normale Verhalten eher darin, die Kontaktpartner, zumindest am selben Ort, ohne Ankündigung aufzusuchen. Obwohl nun die Übersiedler aus der DDR an ihrem neuen Wohnort im Westen das Telefon als Medium für sich vorfinden, läßt sich denken, daß sie damit nicht in der gleichen selbstverständlichen Weise umgehen, wie dies Westdeutsche tun, die mit dem Telefon aufgewachsen sind.

— Auch aus dem angesprochenen übersiedlertypischen Konsumverhalten ergeben sich — negative —

Effekte auf ihre Sozialkontakte. Indem sie sich, zumindest in den ersten Jahren, auf den Erwerb langlebiger Konsumgüter konzentrieren, sparen sie an Ausgaben, die an typischen Orten der sozialen Kommunikation anfallen: Kneipen, Restaurants, Kinos, Veranstaltungen. Damit begeben sie sich dann allerdings auch der dort möglichen sozialen Kontakte.

Diese Beispiele ließen sich vermehren; wesentlich ist mir ihre „Logik“: Die empirisch feststellbare Isolation vieler Übersiedler — die, sofern gegeben, durch betonte Wendung ins Innere der Familie kompensiert wird — muß als Resultat des Aufeinandertreffens von sozialisatorisch erworbenen, divergierenden Mustern der Gesellschaftlichkeit interpretiert werden, die sich — bei aller übergreifenden „deutschen“ Charakteristik — in den beiden deutschen Staaten herausgebildet haben.

## VI. Zufriedenheit, Enttäuschung, Rückkehrwünsche

Insgesamt und nach Ablauf von fünf Jahren Aufenthalt im Westen gesehen, findet man unter den Übersiedlern kaum Enttäuschung — geschweige denn Rückkehrwünsche —, hinter der sich ein Bereuen der Entscheidung zum Verlassen der DDR und zur Übersiedlung in die Bundesrepublik verbergen würde. Der durchgängige Tenor lautet, man hätte schon früher als tatsächlich geschehen in den Westen kommen sollen. Die grundsätzliche Zufriedenheit sowohl mit dem, was man hier vorgefunden und inzwischen erreicht hat, als auch mit der Entscheidung für die Übersiedlung besteht meistens im vollen Bewußtsein einer gewissen sozialen Isolation in der neuen „Heimat“ (und eines Verlustes an alter Heimat). Selbstverständlich wünschen sich insbesondere diejenigen, die nur eine unterqualifizierte oder berufsfremde Arbeit gefunden haben mit entsprechend geringerer Bezahlung, eine Verbesserung ihrer Lage. Aber das ändert nichts an ihrer grundsätzlichen Zufriedenheit — und ist im übrigen nichts, was allein für Übersiedler zuträfe.

Bei der Interpretation dieser generellen Zufriedenheit ist allerdings auf einen — m. E. durchaus wesentlichen — Faktor hinzuweisen, an den man nicht unmittelbar denkt: Die Übersiedler der 1984er Welle (wenngleich nicht nur diese) haben, wie erwähnt, in der DDR meist eine längere Wartezeit zwischen Ausreiseantrag und Ausreisegenehmigung absolviert, die nicht selten mit erheblicher sozialer Diskriminierung verbunden war. Diese Wartezeit hat für die spätere Bewältigung von Problemen beim Integrationsprozeß in der Bundesrepublik erhebliche Auswirkungen. In dieser Zeit konnte — neben der Sammlung von Informationen

über die Bundesrepublik als dem angestrebten Lebensort — vor allem eine ausreichende psychosoziale Verarbeitung der Ausreiseentscheidung erfolgen, die dann im späteren Leben im Westen — auch unter Problemdruck — verhinderte, daß an der einmal getroffenen und umgesetzten Entscheidung mental gerüttelt wurde. Die mit solcher Wartezeit verbundene Entscheidung der Übersiedler für ihren biographisch einschneidenden Schritt in den Westen war also mit der Ausreise verarbeitet und endgültig. Daraus resultiert eine — sehr funktionale — erhöhte Frustrationstoleranz gegenüber Schwierigkeiten im Integrationsprozeß und schließlich Zufriedenheit mit der erreichten Integration, wie auch immer deren Niveau aussehen mochte. Der hypothetische Vergleich mit einem in der DDR fortgesetzten Leben bildet für diese Übersiedler keine verunsichernde, dysfunktionale Störung ihrer Befindlichkeit in der neuen Heimat des Westens.

Ganz unabhängig vom — individuell natürlich unterschiedlichen — Maß ihrer Zufriedenheit kann man für die Übersiedler (des 1984er Typs) generell feststellen, daß sie auch in der Hinsicht ausgesprochen integrationsaktiv sind, als sie sich bemühen, möglichst schnell möglichst „richtige“, unauffällige Bundesbürger zu werden.

Was sie in rechtlicher Hinsicht in der Bundesrepublik sind — einfach Deutsche (und nicht: ehemalige DDR-Bürger) —, das versuchen sie mit erstaunlichem Nachdruck auch sozial tatsächlich zu sein, was freilich — wie deutlich gemacht werden sollte — durchaus beträchtliche sozialisatorische Anpassungsleistungen von ihnen erfordert.

## **Gert-Joachim Glaeßner: Vom „realen Sozialismus“ zur Selbstbestimmung. Ursachen und Konsequenzen der Systemkrise in der DDR**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 1-2/90, S. 3-20

Innerhalb weniger Wochen brach in der DDR das über 40 Jahre existierende politische System fast völlig zusammen. Die SED, bislang unangefochten die führende politische Kraft, hat nach 43 Jahren ihre dominierende Machtposition verloren. Der Aufsatz versucht eine erste Zwischenbilanz der laufenden Ereignisse. Er untersucht zunächst die strukturellen Ursachen der Krise, die im wesentlichen im Überdauern poststalinistischer politischer und ökonomischer Strukturen gesehen werden — in einer Zeit, in der sich in den anderen sozialistischen Ländern und der Führungsmacht Sowjetunion ein rascher Wandel vollzog.

Zweitens wird auf die Widersprüchlichkeit der sogenannten „Wende“ eingegangen, mit der die erneuerte alte SED-Führung versuchte, so viel wie möglich an alten Strukturen zu bewahren. Das sechs Wochen währende Interregnum von Egon Krenz ist zwiespältig: Zwar wurden entscheidende Weichen in Richtung Erneuerung gestellt, der Kurs der SED blieb aber unklar und schwankte. Der Partei gelang es nicht mehr, sich an die Spitze der Reformbewegung zu stellen. Die Entwicklung nach dem Rücktritt von Krenz wird dargestellt und eine vorläufige Einschätzung der Ergebnisse des außerordentlichen Parteitages der SED gegeben.

In einem Schlußteil werden die neuen Formen des institutionalisierten Pluralismus im politischen Organisationsgefüge der DDR skizziert sowie einige thesehafte Überlegungen über die Bedeutung und die gesellschaftspolitische Richtung des revolutionären Prozesses in der DDR formuliert.

## **Hubertus Knabe: Politische Opposition in der DDR. Ursprünge, Programmatik, Perspektiven**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 1-2/90, S. 21-32

Der jähe politische Umbruch in der DDR hat — wie in anderen Staaten des Warschauer Paktes auch — die jahrelang an den Rand gedrängte Opposition in eine Schlüsselrolle gebracht. Der Beitrag untersucht zunächst die Ursprünge der DDR-Opposition, die sich in den achtziger Jahren in Form von alternativen Gruppen vor allem unter dem Dach der evangelischen Kirchen formierte. Diese Herkunft gibt nicht nur sozialethischen und christlichen Orientierungen großes Gewicht, sondern führt auch zu einer eingeschränkten Bereitschaft, politische Macht zu übernehmen.

Die programmatischen Vorstellungen, die die neuen Oppositionsgruppen bislang vorgelegt haben, sind häufig noch allgemein und unfertig. Obwohl mindestens vier größere Organisationen entstanden sind, unterschieden sich deren Programme bislang nur in Nuancen. Übereinstimmung beteht insbesondere im Bekenntnis zu einer sozialistischen Entwicklungsperspektive, zu Rechtsstaat und Demokratie sowie zu einer effektiven, sozial und ökologisch orientierten Wirtschaftsweise. Die beginnende politische Differenzierung in der DDR-Bevölkerung zwingt jedoch auch die Opposition dazu, ihre anfänglich eingenommenen Standpunkte zu überprüfen.

## **Doris Cornelsen: DDR-Wirtschaft: Ende oder Wende?**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 1-2/90, S. 33-38

Die DDR war bisher eine „sozialistische Planwirtschaft“. Das Eigentum an den Produktionsmitteln lag überwiegend beim Staat. Er bestimmte die Ziele und Proportionen, der Wirtschaft, die Löhne, Preise und den Außenhandel. Es fehlte an Wettbewerb und den Signalen freier Preisbildung. Theoretisch galt in der DDR das Leistungsprinzip. In der Praxis herrschte aber „Gleichmacherei“. Wurden in den sechziger Jahren noch Reformen mit einem erweiterten Entscheidungsspielraum für die Betriebe begonnen, legte die Ära Honecker die Wirtschaft wieder auf vollständig zentralisierte Planung und Leitung fest. Zwar blieb die DDR-Wirtschaft in den folgenden Jahren die erfolgreichste im RWG-Raum, aber im Vergleich zur Bundesrepublik verfügte sie 1987 nur über die Hälfte der Leistungsfähigkeit: In den letzten Jahren wurde die Wirtschaft der DDR durch die seit 1984 steigende Zahl von Übersiedlern in die Bundesrepublik zusätzlich geschwächt.

Nach dem Ende des SED-Regimes ist eine schnelle Umorientierung der Wirtschaft unerlässlich. Für die Bevölkerung muß es sich lohnen, in der DDR zu bleiben, dort zu leben und zu arbeiten. Freier Wettbewerb, Gewerbefreiheit, dezentrale Preisbildung und dezentraler Lohnfindungsprozeß müssen die neue Wirtschaftsform charakterisieren. Unerlässlich ist auch eine Stabilisierung der Währung. Schnelle, präzise Beschlüsse zur Wirtschaftsreform sind notwendig, doch kann sich die Bundesrepublik nicht einmischen. Sie muß aber die bisher nur vage bezeichneten Hilfs- und Kooperationsabsichten rasch in die Tat umsetzen.

## **Volker Ronge: Die soziale Integration von DDR-Übersiedlern in der Bundesrepublik Deutschland**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 1-2/90, S. 39-47

Auf der Basis einer empirischen Langzeitbeobachtung der sozialen Integration von DDR-Übersiedlern in der Bundesrepublik wird die These entwickelt, daß deren relativ problemlose ökonomische Integration einhergeht — wenn nicht „bezahlt“ wird — mit erheblichen Schwierigkeiten bei der sozialen Integration. Die verbreitete soziale Isolation der Übersiedler im deutschen Westen wird erklärt mit der gesellschaftlichen Divergenz der beiden deutschen Staaten, die (von westlicher Seite) gegenüber der ihnen gemeinsamen deutschen Nationalität eine zu geringe Berücksichtigung und Anerkennung findet. Die bei der Übersiedler-„Welle“ von 1984 gefundenen Erkenntnisse sind allerdings nicht ohne weiteres auf diejenigen ehemaligen DDR-Bürger zu übertragen, die seit Öffnung der innerdeutschen Grenze in die Bundesrepublik strömen. Hierzu bedarf es neuer Untersuchungen.